Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (20. 07. 2005)

Sand im Getriebe 45

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de

Antwort auf G8: Neue Süd-Süd-Vernetzung



Nun haben sie sich wieder getroffen, die Mächtigsten der Mächtigen, mit ihren Fototerminen und Zeremonien auf dem gestriegelten Golf-Rasen der britischen Aristokratie. Und sie rufen der Welt zu: **Wir machen weiter so**. Mal wieder ein paar Almosen für Afrika, keine Wende in der Klimapolitik. Wir machen weiter so. Im Schatten der G8- verschieben sich allerdings die Gewichte der Welt und auf vielen verschiedenen Ebenen treten erfolgreiche Gegenbewegungen auf.

Zum vierten Mal fand in Mali der **Gegengipfel Afrikas zu G8** statt. *„Diese Staatschefs der reichsten Länder der Welt behaupten, dass sie sich für die Entwicklung Afrikas einsetzen, aber in Wirklichkeit sind sie dabei, die Konkurrenz unserer Volkswirtschaften mit den Märkten des Nordens durch ihre Freihandelspolitik auszuschalten"* erklärte A. Touré. Gegen Einmischung, Liberalisierung und Privatisierung, gegen Almosen (die nicht mal sicher sind, Bericht S. 15) setzen sie auf ihre eigene Kraft und fordern u.a. die **Streichung aller öffentlichen Schulden der Dritten Welt** (S. 18). Solche Forderungen erhoben auch die ProtestteilnehmerInnen in Gleneagles (**Erklärung der europäischen attacs)**

Vor 50 Jahren fand die **Bandung-Konferenz** statt *„Dort wurde das Bewusstsein des Südens geboren"* (Chavez S. 10) 50 Jahre später beobachten wir – unter völlig neuen weltpolitischen Bedingungen – ein Wiederaufleben antihegemonialer Kräfte im Süden. (**Samir Amin** S. 8). **Venezuela** z.B. hat gerade mit anderen lateinamerikanischen Ländern die ersten Schritte zu einer solidarischen Nutzung der Erdölschätze des Subkontinents unternommen. Präsident **Hugo Chavez** verkörpert dieses neue Selbstbewusstsein des Südens, wenn er zuruft: *„Das Imperium ist nicht unbesiegbar, es ist wichtig, das zu wissen. (...) Goliath ist nicht unbesiegbar. Das macht ihn noch gefährlicher, das stimmt. Denn der Imperialismus beginnt seine Schwächen zu spüren, deshalb greift er zur brutalen Gewalt."*

Der Irak-Krieg ist ein Beispiel dafür. *„Können wir wirklich,* fragt **Walden Bello**,*" den Schmerz unserer an Armut leidenden Brüder und Schwestern in Afrika fühlen, ohne zugleich das Leid unserer Brüder und Schwestern im Irak zu spüren"*(S. 13) Wir dokumentieren die einleitende Rede von **Arundathi Roy** und die Ergebnisse des **Iraktribunals in Istanbul** und veröffentlichen einen Beitrag von J. Guilliard, der sich mit den **„Besatzermythen**" auseinandersetzt. Zu den Bombenanschlägen in London bemerkt **Tariq Ali**: *„Die wirkliche Lösung liegt in der schnellen Beendigung der Besetzung des Iraks, Afghanistans und Palästinas" (S. 20).*

Bei all dem ist Selbstverständigung jenseits der Tagespolitik nötig. In einem offenen Brief an einen jüngeren Mitstreiter stellt **Klaus Meschkat**, ein Veteran der 68-Bewegung, die Frage nach dem Verhältnis von **Rudi Dutschke** und der Antiglobalisierungs-Bewegungen heute. Alles antiquiert und verstaubt?**"** *(S. 3).*

In **Europa** gilt es jetzt, den Erfolg des „Nein" zu der EU-Verfassung zu sichern (S. 28) Dazu sind auch unabhängige Medien erforderlich, dies entwickelt I. Ramonet *„Die Qualität der Demokratie hängt von der Qualität der demokratischen Debatte ab. Und die funktioniert nur, wenn unabhängige Medien, die vor ökonomischen Repressalien keine Angst haben, ihr eigenes Informationskonzept entwickeln können." (S. 31)*

Inhalt

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. -Die Redaktion dieser Nummer: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich)- 2. verb. Auflage

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen:
– Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:. 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 5 €, 3 Hefte: 7 €, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft
Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.

– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

Attac Sommerakademien

Deutschland: 9.8.-14.8 in Göttingen http://www.attac.de/sommerakademie2005/

Schweiz: 15.9.-18.9. in Les Rasses http://www.schweiz.attac.org/rubrique.php3?id_rubrique=120

An welches Erbe sollen wir anknüpfen?

Rudi Dutschke und die Antiglobalisierungs-Bewegungen heute

Offener Brief an einen jüngeren Mitstreiter



68 und kein Ende. In der TAZ wurde im Frühjahr 2005 anlässlich der Veröffentlichung eines „schlimmen Buches des Reemtsma-Instituts, das Rudi Dutschke in die Nähe der RAF rückte“ (Klaus Meschkat) eine Essay-Reihe über den “langen Marsch durch die Deutungen einer Revolte“ gestartet. Klaus Meschkat (Attac) nahm daran teil, indem er sich gegen die Anfeindungen des Buches gegen Dutschke verwahrte; Christoph Bautz(Attac) erklärte einen großen Teil von Dutschkes Theorie und Praxis für antiquiert und verstaubt. Um ein Gespräch zwischen den Generationen und rebellischen Protagonisten damals und heute in Gang zu bringen, haben wir Klaus Meschkat gebeten, auf diese Einschätzung zu antworten.

***Christoph Bautz,** Jahrgang 1973, widmete sich in den letzten Jahren dem Aufbau von Attac Deutschland und der Bewegungsstiftung. Im vergangenen Jahr gründete er die Online-Kampagnen-Organisation Campact.de, als deren Pressesprecher er arbeitet.*

***Klaus Meschkat**, Jahrgang 1935, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac, 1975-2001 Professor für Soziologie an der Uni Hannover.1958 VDS-Vorsitzender(Verband deutscher Studentenschaften), seit 1954 Mitglied im SDS (Sozialistischer deutscher Studentenbund), 1967/68 Vorsitzender des Republikanischen Clubs in Westberlin, einem der Think-Tanks der 68er Rebellion. Verfasser zahlreicher Analysen zu sozialen Bewegungen in Lateinamerika und zur Geschichte der kommunistischen Weltbewegung.*

Überholter Zündstoff

VON CHRISTOPH BAUTZ

Unbestritten: Dutschke und seine Generation erstritten viele Freiheiten, die längst gesellschaftliche Normalität geworden sind. War die Teilnahme an einer Demonstration 68 als bloße Handlung eine Provokation des herrschenden Mainstreams und des familiären Friedens, ist dies längst fester Bestandteil einer pluralen Gesellschaft geworden.

Seiner Zeit voraus

Zugegeben: Dutschke war **in vielen Fragen seiner Zeit voraus**. Doch was damals innovativ war, ist mittlerweile die Normalität sozialer Bewegungen. Dutschke verstand sich auf politisches Netzwerkeln - gerade auch mit Bewegungen anderer Länder und Kontinente. Denn wenn auch der Widerstand der 68er-Jahre global stattfand, so agierten die einzelnen Bewegungen doch in engen nationalstaatlichen Grenzen. Mittlerweile hat sich die von Dutschke angestrebte **Internationalität** herausgebildet. Mit dem World Social Forum findet die globale Vernetzung alljährlich ihren Höhepunkt.

Dutschke suchte die Einheit in der Vielfalt und stellte sich vehement links-dogmatischem Sektierertum und ideologischen Grabenkämpfen entgegen - mit wenig Erfolg. Es sollte Jahrzehnte dauern, bis es der globalisierungskritischen Bewegung gelang, verschiedene Bewegungsströmungen auf einen Minimalkonsens zu einigen - obgleich dieser auch heute auf tönernen Füßen steht. Ihre Aktivisten ziehen trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Visionen und Utopien an einem Strang. Sie suchen die Veränderungen der kleinen Schritte, auch wenn die Ziele weit auseinander liegen.

Dutschkes Verhältnis zur Mediengesellschaft war weit unverkrampfter als das vieler seiner Weggefährten. Er wollte die Menschen mit Hilfe der **Massenmedien** erreichen. Bewegungen haben diese mittlerweile längst als zentralen Adressaten entdeckt. Der durch intensive Medienberichterstattung getragene rasante Aufstieg von Attac nach den Protesten von Genua ist hier sicher ein eindrückliches Beispiel.

Zentral für die 70er-Jahre war zudem die Entdeckung der

ökologischen Frage als bisher völlig übersehender eklatanter gesellschaftlicher Missstand. Hingen viele der 68er-Generation noch einem unkritischen Fortschrittsglauben an, so trug Dutschke stark dazu bei, Umweltaspekte auf die Agenda von Bewegungen zu bringen. So weit Dutschkes auch heute noch aktuellen Ansätze.

Antiquiert und verstaubt

Andere entbehren hingegen jeglicher Relevanz für heutige Bewegungen, wirken **antiquiert und verstaubt**. Die "**Gewaltfrage**", die in den 68er-Jahren und erst recht in den bleiernen 70ern noch Zündstoff für nächtelange Debatten lieferte, schlägt kaum mehr hohe Wellen. Die meisten Bewegungen ziehen - zumindest für demokratisch verfasste Gesellschaften - eine klare Grenzlinie jenseits von Aktionen zivilen Ungehorsams. Darüber hinausgehende Aktionen finden in demokratischen Gesellschaften kein Verständnis und keine Legitimation.
Umso unverständlicher der Appell **Klaus Meschkats** in der taz, sich doch auf Militanz und die Aktionsformen von Dutschke & Co zu besinnen, "wenn Millionen friedlicher Demonstranten in ganz Europa einen völkerrechtswidrigen **Angriffskrieg nicht verhindern konnten**". Das zeugt von einer verkürzten Sicht auf die Wirkungsweise von Bewegungen. Bewegungen beeinflussen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zumeist **nur langfristig**. Die Antikriegsdemonstrationen haben den Krieg nicht verhindert. Sie haben aber die Schwelle für die Bush-Administration erhöht, sich im Kampf gegen die "Achse des Bösen" in neue Abenteuer zu stürzen. Wie Dutschkes Stadtguerilla-Fantasien und die ominös bleibenden "neuen Aktionsformen" die Invasion hätten aufhalten können, bleibt Meschkats Geheimnis.
Auch Dutschkes Hoffnung seiner letzten Jahre, durch einen verlängerten Arm im **Parlament** Politik entscheidend beeinflussen zu können, hat spätestens nach sechs Jahren grüner Regierungsbeteiligung viel Faszination eingebüßt. Entscheidend sind die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse außerhalb des Parlaments. Wenn der zivilgesellschaftliche Druck groß genug ist, reagiert die Politik. Diesen Druck gilt es zu organisieren. Deshalb bleibt heute die Begeisterung von Bewegungen gegenüber neuen Parteigründungen gering.

Wenige Antworten heute

Dutschkes Ansätze liefern wenig Antworten auf die Herausforderungen, die sich Bewegungen heute stellen. Dies ist wenig verwunderlich, haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen doch fundamental geändert. In den 68ern ging es darum, Freiheit von staatlichen Eingriffen zu erkämpfen, die Täter des Faschismus aus den Institutionen zu jagen und den Muff unter den Talaren zu vertreiben. Diese zutiefst kritische und misstrauische Haltung gegenüber dem **Staat** zeichnete Dutschke aus. Sie bleibt bis heute tief in allen Ebenen der Grünen verankert und erklärt ihre Offenheit gegenüber neoliberalen Politikansätzen des schlanken Staats.

Sozialstaat

Das libertäre Element Dutschkes ist Bewegungen fremd geworden, die in Zeiten neoliberalen Angriffs auf soziale Sicherungs- und Steuersysteme für einen regulierenden und umverteilenden **Sozialstaat** eintreten. Denn: Ging es 68 noch um übertriebene und fehlgeleitete Steuerungsfähigkeit des Staats, so droht diese in Zeiten eines globalen Standortwettbewerbs zerrieben zu werden. Globalisierung liefert die (Droh-) Kulisse, vor der soziale Sicherung und gesellschaftliche Umverteilung abgebaut werden. Als Folge bröckelt der soziale Kitt der Gesellschaften.
Die Verteidigung gesellschaftlicher Selbstbestimmung mit Hilfe des Staats als **Gegengewicht zur entfesselten Macht der Marktkräfte** wird zu einem zentralen Fokus für Bewegungen. Auf internationaler Ebene ist das anders. Hier gilt es zivile, soziale und ökologische Standards und damit demokratische Steuerungsfähigkeit überhaupt erst zu erstreiten. Dass sich die Aufgaben und Herausforderungen heutiger Bewegungen diametral von denen der Zeit Dutschkes unterscheiden müssen, liegt auf der Hand.

Mitte der Gesellschaft

Bei der Entwicklung neuer Ansätze stehen Bewegungen und ihre Organisationen vielfach noch am Anfang. Bewegungen müssen klarere und vermittelbarere politische **Alternativvorschläge** zu einer neoliberal geprägten Politik von Regierung und Opposition entwerfen. Sonst drohen zukünftige Protestwellen ähnliche Strohfeuer wie bei Hartz IV zu bleiben. Sie müssen Strategien entwickeln, um Menschen jenseits des Bewegungsmilieus in der **Mitte der Gesellschaft** zu erreichen und für emanzipative, solidarische Ziele zu mobilisieren. Sonst werden sie nicht genügend politisches Gewicht in die Waagschale legen können. Sie müssen reaktionsschneller werden und gezielt dann intervenieren, wenn politische Entscheidungen getroffen werden. Und sie sollten die Möglichkeiten neuer Kommunikationstechnologien stärker nutzen, um sehr viele Menschen schnell und kostengünstig zu erreichen.

Führungsfigur

Dutschke wird ihnen hierbei wenig helfen können - doch seine Bedeutung lag nicht nur in der Rolle des Vordenkers. Er war eine **charismatische Führungsfigur**, die trotz seiner eher hölzern wirkenden Reden eine enorme Ausstrahlung hatte. Er konnte Menschen für seine Ideen begeistern. **Solcher Figuren entbehrt die Bewegung**, was gerade in Zeiten eines personalisierten Mediensystems eine **Schwäche** ist. Die weit stärkere und einflussreichere globalisierungskritische Bewegung in Frankreich zeigt, wie wichtig charismatische Persönlichkeiten sind: José Bové und Susan George als Bewegungsaktivisten, Pierre Bourdieu und Ignacio Ramonet als Intellektuelle. Entscheidend ist, dass sie Teil einer Bewegung bleiben und nicht zu deren Helden hochstilisiert werden oder zu bloßen Medienkonstrukten mutieren. Die Bedeutung charismatischer Persönlichkeiten führt Dutschke sicherlich eindrucksvoll vor Augen.

Etwas für Historiker

Den Streit um die Interpretation der Gesellschaftsanalyse Dutschkes und um sein Verhältnis zur Gewalt können wir **getrost den Historikern überlassen**. Als ein deutscher Che Guevara mag Dutschke manchen Revolutionsträumer noch erfreuen. Auch als Abziehbild in Werbekampagnen hilft er dem einen oder anderen Media-Designer bei der **Bewältigung nostalgischer Revoluzzergefühle**. Von praktischer Relevanz für Bewegungen, die "eine andere Welt möglich" machen wollen, ist er nicht.

Die Aufgabe ist noch nicht erledigt , eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu erstreiten!

Offener Brief an einen jüngeren Mitstreiter

KLAUS MESCHKAT

Lieber Christoph Bautz,

Sie sind in der „taz" mit einem Beitrag zu einer Debatte um Rudi Dutschke[1] zu Wort gekommen, in dem Sie zum Schluß über ihn sagen: „Von praktischer Relevanz für Bewegungen, die „eine andere Welt möglich" machen wollen, ist er nicht." Weil Sie als Attac-Aktivist bekannt sind, und natürlich auch, weil Sie mich direkt angreifen, habe ich Ihren Beitrag mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen und darin eine Reihe bedenkenswerter Argumente gefunden. Vielen kann ich zustimmen, anderen möchte ich widersprechen. Aber bevor wir darüber streiten, wo wir (in dieses „wir" schließe ich mich als Attac-Mitglied durchaus ein) an Rudi Dutschke anknüpfen können und sollen und wo besser nicht, gibt es wohl eine grundsätzliche Differenz zu klären. Sie betrifft die **Frage nach dem Verhältnis zur eigenen Geschichte und Vorgeschichte, die sich nach meiner Auffassung auch die Aktivisten einer neuen Bewegung wie Attac stellen müssen**. Da verfallen auch Sie leider in den modischen Gestus einer überlegenen Abgrenzung. Sie möchten kühl und distanziert überprüfen, was man aus einer ziemlich verkorksten Vergangenheit allenfalls zu uns hinüberretten könnte, und Sie drücken ziemlich selbstbewusst die Überzeugung aus, dass eine neue Praxis alte Irrtümer gründlich überwunden hat.

An unsere Geschichte anknüpfen

Ich denke, ich verstehe das Bedürfnis der Jüngeren, sich nicht erschlagen zu lassen von der Last der eigenen Geschichte, und teile sogar die Abneigung gegen einen bestimmten Typ meiner Altersgenossen, der die Heutigen ungefragt mit Erinnerungen behelligt und ihnen vorgaukelt, damals, in heroischen Zeiten, seien die eigentlichen Schlachten geschlagen worden. Zudem hat die junge globalisierungskritische Bewegung durchaus schon eine eigene Geschichte, die sie für sich in Anspruch nehmen kann: Konfrontationen wie die von **Genua** haben Bewusstsein geschaffen und Haltungen geprägt, ohne die der Aufschwung von Attac in Deutschland wohl nicht denkbar ist.

Aber die Geschichte von Widerstand und Protest beginnt auch in unserem Lande ein bisschen früher. Ich gestehe, dass ich große Sympathien für die jährliche Aktion einer Gruppe Berliner Freunde empfinde, die immer am **18. März** Kränze an den Gräbern der Märzgefallenen des Jahres **1848** niederlegen und damit zu erkennen geben, dass sie sich als Nachfolger derer begreifen, die im Jahr der gescheiterten deutschen Revolution den preußischen König zwangen, vor seinen Opfern den Hut zu ziehen. Niemand von diesen Berliner Freunden hat dabei wohl die aberwitzige Idee, man müsse beim Streit mit anmaßenden Obrigkeiten einfach neoliberale EU-Bürokraten mit preußischen Königen gleichsetzen und ihren mit den bewährten Mitteln des Barrikadenkampfes begegnen, womöglich mit ähnlichen Utensilien und Taktiken des Straßenkampfs. Und doch ist das jährliche Bekenntnis zu den unterlegenen Kämpfern für eine deutsche Demokratie wohl mehr als ein Ritual, es drückt die **feste Überzeugung aus, dass wir eine Geschichte haben, an die wir anknüpfen können**. Dazu gehört allerdings auch das Bewusstsein, dass sich die Aufgabe noch nicht erledigt hat, in unserem Land eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu erstreiten.

Von der außerparlamentarischen Opposition der 60er Jahre, für die Rudi Dutschke sprach, sind wir nicht anderthalb Jahrhunderte entfernt, aber doch vier Jahrzehnte – und manchmal vergessen wir diesen zeitlichen Abstand. Seit Rudi Dutschke 1965 zum Westberliner SDS kam. sind vierzig Jahre verstrichen – eine ebenso lange Zeit trennte ihn damals von den Aktionen und Theorien der Rätedemokraten und kommunistischen Linksoppositionellen, an deren Positionen er sich orientieren wollte. Dieses Bedürfnis, sich **der Vergangenheit der Emanzipationskämpfe und der intellektuellen Vorgänger zu vergewissern**, war bei Rudi Dutschke sehr ausgeprägt – seine Reise nach Budapest zum alten Georg **Lukacs**, den er zu den Schriften seiner Jugend befragen wollte, zeugt davon. Gewiss besteht bei einem solchen Anknüpfen immer die Gefahr, plötzlich die Kostüme von gestern und vorgestern anzulegen und einen kinoreifen Sturm auf das Winterpalais wiederholen zu wollen, auch Rudi Dutschke kannte solche Versuchungen. Aber trotzdem führt kein Weg daran vorbei, sich die eigene Geschichte zu erarbeiten, **wenn man nicht orientierungslos den jeweils letzten Moden nachjagen will**. Es ist eine Gratwanderung: man darf sich nicht von der Last der Vergangenheit erschlagen lassen, aber auch nicht der **Illusion** verfallen, man könne den alten Plunder einfach vergessen und **unbelastet von Null anfangen**..

Bei der Arbeit an der Vergangenheit sind zwei Aspekte zu unterscheiden: einmal gilt es zu „**historisieren**", das heißt, die Handlungen der Akteure von gestern (unter Umständen auch die eigenen) in ihren geschichtlichen Kontext stellen und aus den Bedingungen zu begreifen, die ihre Möglichkeiten und Grenzen bestimmt haben. Zum anderen stellt sich die Frage, welche der damaligen Gedanken und Handlungsweisen vielleicht eine **Bedeutung für die Gegenwart** haben. Wenn man diese zweite Frage stellt, so bedeutet das keineswegs eine platte Übertragung einstiger Konzepte oder Kampfmethoden auf die Gegenwart, wie Sie mir in Ihrer Polemik fälschlich unterstellen, wohl aber den **Versuch, einmal gewonnene Einsichten und Erfahrungen zur Klärung gegenwärtiger Probleme heranzuziehen** – aber mit aller Vorsicht und eben gerade nicht mit der Absicht, dort fertige Rezepte zu entdecken. In diesem Sinne scheint mir allerdings der Bezug auf den **Erfahrungsschatz einer vorangegangenen außerparlamentarischen Opposition** möglich und **fruchtbar**, natürlich nur,

[1] Es war leider keine wirkliche Debatte. Kulturredakeur Knipphals hatte sie angekündigt, als er nach seinen eigenen Lobenshymnen auf ein schlimmes Buch des Reemtsma-Instituts, das Rudi Dutschke in die Nähe der RAF rückte, auch meine Entgegnung auf Wolfgang Kraushaar abdruckte – wohl nicht ganz zu seinem Vergnügen. Aber dann wurden die Karten gezinkt: zu Worte kamen vorwiegend Leute, denen es um eine nachträgliche Aburteilung von „1968" zu tun war, ergänzt durch einige Abgeklärte, die eigentlich nur immer zeigen möchten, dass sie über den vulgären Niederungen politischer Auseinandersetzungen schweben.
Allerdings hat die „taz" ihren durch solche Manipulationen leicht ramponierten Ruf teilweise wiederhergestellt, indem sie nach Abschluß der sogenannten Debatte am 2.7. 05 noch ein ausgezeichnetes Interview mit Klaus Theweleit abgedruckt hat, einem Zeitzeugen, der wirklich etwas mitzuteilen hat und dabei neue Denkanstöße geben kann.

wenn auch ihre Beschränkungen und Irrwege in den Blick kommen. Zum Beispiel ist es nicht von Schaden, angesichts der neuen Linkspartei noch einmal darüber nachzudenken, weshalb die APO der 6Oer Jahre erst einmal nichts von neuen Parteigründungen hielt, und ob die weitere Entwicklung diese Abstinenz gerechtfertigt hat – Sie deuten das in Hinblick auf die Grünen selbst an.[2]

Die Frage der Gewalt

Kommen wir zur Frage der Gewalt. Zugegeben, von der emphatischen Solidarisierung mit dem bewaffneten Kampf in der Dritten Welt, vor allem von der blinden Identifizierung mit seinen Protagonisten, damals mit dem Vietcong und der von Kuba inspirierten Guerilla in Lateinamerika, haben wir uns aus guten Gründen entfernt. Aber wenn man die damalige Praxis der unabhängigen Linken in der Bundesrepublik unbefangen betrachtet, kann doch keine Rede davon sein, dass Dutschke und seine politischen Freunde nach geheimen Plänen auf dem Wege des bewaffneten Kampfs die Macht in diesem Lande erobern wollten, wie Kraushaar dies andeutet. Es war eine Protestbewegung, die mit **gezielten Regelverletzungen** ein **neues Bewusstsein** in vielen Köpfen schaffen wollte, insofern nicht grundsätzlich unterschieden von den globalisierungs-kritischen Bewegungen heute. Die Unterscheidung von Gewalt gegen Sachen und gegen Personen war ein sicher noch ziemlich hilfloser Versuch, gewaltförmige Auseinandersetzungen einzugrenzen. Auch die praktischen Probleme, die sich bei zugespitzten Konfrontationen stellen, scheinen mir nicht so ganz verschieden: Ohne Frage müssen die Verantwortlichen von Attac auch heute bedenken, wie bei regelwidrigen Protesten Opfer zu vermeiden sind, und zynisch einkalkulierte Todesopfer hatten weder damals noch heute etwas mit linker Politik zu tun. Als es beim Vietnamkongreß im Februar 1968 darum ging, ob man bei der Festlegung der Route eines Protestmarsches trotz der leider glaubwürdigen Schießbereitschaft der Gegenseite darauf bestehen solle, in die Nähe des US-Hauptquartiers zu gelangen, war Rudi Dutschke nicht bereit, ein unkalkulierbares Risiko einzugehen.[3]

Sozialstaat, Freiheit, Protestformen

Sie sehen, lieber Christoph Bautz, es geht mir auch darum, die sechziger Jahre **nicht in eine allzu nebelhafte Ferne** rücken zu lassen. Ich stimme Ihnen zu, dass sich bestimmte Frontstellungen verändert haben, und sicher haben wir den Wert eine regulierenden und umverteilenden **Sozialstaats** damals zu Unrecht gering geschätzt – vielleicht, weil unsere Phantasie nicht ausreichte, seine gezielte Zerstörung durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung vorauszuahnen. Dass Sie den Opportunismus der grünen Neoliberalen mit der libertären Tradition eines Rudi Dutschke in Verbindung bringen, tut den neuen Vorkämpfern der Besserverdienenden sicher zu viel Ehre an. Ihre Formulierung von der Verteidigung gesellschaftlicher Selbstbestimmung mit Hilfe des Staates als Gegengewicht zur entfesselten Macht der Marktkräfte finde ich ganz ausgezeichnet – aber ähnliche Positionen finden Sie zum Beispiel schon in der hochschulpolitischen Programmatik des alten SDS der 60er Jahre. Jedenfalls halte ich Ihre Behauptung, dass sich die Aufgaben und Herausforderungen heutiger Bewegungen von denen der Zeit Dutschkes diametral unterscheiden, für weit überzogen.

Im Gegensatz zu Ihnen glaube ich auch nicht, dass sich die **Freiheitsforderungen jener Jahre** erledigt haben, weil sie erfüllt worden sind. Schön wäre es ja. Aber abgesehen davon, dass die in die junge Bundesrepublik privilegiert integrierten alten Nazis inzwischen zum größten Teil eines natürlichen Todes gestorben sind, kann ich die atemberaubenden Fortschritte nicht erkennen, die Sie veranlassen, die gegenwärtige soziale Ordnung im wiedervereinigten Deutschland unter den Begriff „demokratische Gesellschaft" zu subsumieren. Damit bestreite ich nicht die Existenz und den Wert einer demokratischen Verfassungsordnung mit rechtsstaatlichen Garantien, aber mir scheint, dass wir in Hinblick auf „**Demokratie**" im Augenblick eher **Rückschritte** festzustellen haben, wenn denn Demokratie etwas mit einem menschenwürdigen Leben der Bevölkerungsmehrheit zu tun hat. Dies ist doch gerade der Ausgangspunkt für viele Kampagnen und Aktionen von Attac, die Sie selbst mitgestaltet und mitgetragen haben.

In den **Formen** der Protestbewegung nehme ich **eher Ähnlichkeiten** als fundamentale Unterschiede wahr: Damals wie heute darf man von einer **außerparlamentarischen** Opposition sprechen, die sich einer faktischen Einheitspartei im Parlament gegenübergestellt sieht, damals kulminierend in der Großen Koalition 1966-1968, heute in der neoliberalen Einheitspartei, zu der sich die Abgeordneten des Bundestages, ob nun rotgrün oder schwarzgelb, mit ganz wenigen Ausnahmen zusammengeschlossen haben. Mit Ihrer Überzeugung, dass es eher auf den **Druck von unten** denn auf die Vertretung im Parlament ankommt, übernehmen Sie im Grunde die Positionen der „klassischen" außerparlamentarischen Opposition und verabschieden sich nach den Erfahrungen mit den Grünen von vergeblichen Hoffnungen auf eine „Bewegungspartei".

An welches Erbe sollen wir anknüpfen?

Sie möchten das entscheiden, indem Sie von Fall zu Fall nachsehen, was eventuell noch brauchbar ist von den gestrigen Ideen und Handlungsmustern. Dieser **kurzatmige Pragmatismus** hindert Sie aber daran, das Wichtigste zu sehen, was die APO der 60er Jahre über die Jahrzehnte hinweg mit der gegenwärtigen außerparlamentarischen Opposition **verbindet. Es ist die Fähigkeit, „Nein" zu sagen gegenüber einem Konsens, der von den staatstragenden Parteien und den dominierenden Medien einmütig vertreten wird.** Ein Ausbrechen bedeutet erst einmal, im Abseits zu stehen und auf alle bisherigen Einwirkungsmöglichkeiten zu verzichten, von politischen oder publizistischen Berufsrollen ganz zu schweigen. Das verlangt Charakterstärke und ermutigt, nach neuen Wegen zu suchen, sich mitzuteilen. Allerdings haben sich die Inhalte der herrschenden Ideologie nach den Zeitumständen verschoben: Damals war es die unbedingte Parteinahme für die sogenannte Freie Welt in der Konfrontation des Kalten Krieges, heute wird das Bekenntnis abverlangt, dass es zur Anwendung neoliberaler Dogmen keine Alternative gibt.

Bei dem schwierigen Unterfangen, den **Gedankenkäfig des Kalten Kriegs aufzusprengen**, war Rudi Dutschke nicht allein,

---

[2] Mit einem hat die Hamburger Kampagne bereits Erfolg: Kraushaar zwingt auch dem Kritiker seine eigene obsessive Gewalt-Fixierung auf und rückt Vorfälle in den Mittelpunkt, die im Denken und Wirken von Rudi Dutschke eine ziemlich untergeordnete Rolle spielen. In ihrer großen Dutschke-Monographie, erschienen im Verlag Neue Kritik im Jahre 2003, hat Michaela Karl solche Ereignisse nicht verschwiegen, ihnen aber den angemessenen Stellenwert zugewiesen. Dieses Buch einer jungen Historikerin ist sehr empfehlenswert, weil es wirklich den Zusammenhang der Gedanken und Handlungen von Rudi Dutschke aufzeigt. Erst auf einer solchen Grundlage, so glaube ich, kann man die Frage nach der Aktualität von Dutschke aufwerfen, ohne den Entstellungen von Wolfgang Kraushaar auf den Leim zu gehen.

[3] Schade, dass Zeitzeugen wie Jürgen Treulieb, die darüber berichten können, in der „taz" nicht zu Wort gekommen sind.

er kam zum SDS, der dies schon seit der Mitte der 5Oer Jahre versucht hatte und deshalb die Trennung von der SPD durchstehen musste, wir hatten das lebende Vorbild von Lehrmeistern in biblischem Alter wie **Ernst Bloch** und **Herbert Marcuse** und, und es gab das internationale Bezugsfeld der Neuen Linken. Aber Rudi zeigte mit besonderer Entschiedenheit, in seinen Aktionen wie in seinen Schriften, dass man die Untaten des amerikanischen Imperialismus anprangern kann, ohne sich deshalb seinem stalinistischen Gegenspieler in die Arme zu werfen. Er war im Februar 1968 Mitorganisator des großen internationalen Kongresses gegen den amerikanischen Vietnamkrieg in Westberlin– und er fuhr ein paar Tage später nach Prag, um sich mit denen solidarisch zu zeigen, die im Machtbereich der Sowjetunion einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz erkämpfen wollten.

Rudi Dutschke war in seinen politischen Positionen glaubwürdig, damals sogar für seine Gegner. Heute wird versucht, ihm diese Glaubwürdigkeit abzusprechen. Die Angriffe sind bösartig, und sie haben System: wenn es nicht klappt, ihn als angeblichen Vorkämpfer einer „nationalen Revolution“ in die Nähe der extremen Rechten zu rücken, versucht man es mit dem Gewalttäter, der die RAF im Grunde konzipiert und antizipiert hat. Normalerweise würde man sogleich auch noch einen Stasi-Zuträger entlarven, aber das geht bei dem stasi-observierten Ankläger realsozialistischer Staatssklaverei nun wirklich nicht. Ich finde, es gibt nicht nur für seine überlebenden persönlichen Freunde gute Gründe, **Rudi Dutschke** als **einen der unseren** gegen Geschichtsfälschungen zu verteidigen. Aber ich habe auch schon zur Kenntnis nehmen müssen, dass es für Jüngere nicht einfach ist, gegen die Autorität eines Hamburger Instituts für Sozialforschung zu opponieren, das in den Medien hohes Ansehen genießt und dessen frühere Verdienste bei der Aufhellung unserer jüngeren Vergangenheit ja auch niemand bestreiten möchte.

Charisma?

Rudi Dutschke war ein außergewöhnlicher Mensch, dem man „Charisma“ zusprach. Wenn Sie nun daraus folgern, wir kommen heute nicht so recht vom Fleck, weil uns charismatische Figuren dieser Größenordnung fehlen, möchte ich Ihnen **heftig widersprechen**. Zu den bleibenden Verdiensten der Grünen zählt der Nachweis, dass eine Gruppe völlig unbekannter junger Frauen eine Fraktion ebenso gut oder besser lenken kann als ein charismatischer Häuptling, und zu den betrüblichsten Begleiterscheinungen ihres gegenwärtigen Niedergangs gehört eben die **Unterwerfung** unter einen durch Umfragen ausgewiesenen charismatischen Führers, der sich zu allem Unglück auch noch selbst so begreift. Und ich halte es nicht für eine Schwäche, sondern für eine **Stärke von Attac Deutschland**, dass wir sehr gut **ohne** charismatische Führungsfiguren auskommen und uns mit kompetenten Theoretikern, fähigen Organisatoren und gut argumentierenden Sprechern begnügen. Rudi Dutschke war sich übrigens der auch ihn selbst deformierenden Wirkung seiner permanenten Führerrolle bewusst, er wollte sich ihr durch einen Wechsel des Landes gerade entziehen, als ihn die Kugeln in den Kopf trafen.
Einem „personalisierten Mediensystem“ wollten wir uns damals nicht anpassen, sondern es überwinden. Und bei der Herstellung eines unverkrampften Verhältnisses zu den **Massenmedien** gab es auch für Rudi Dutschke gewiss Grenzen: Schwer vorstellbar, dass er eine Kolumne für die Bild-Zeitung geschrieben hätte, wenn ihm das angeboten worden wäre. Ich bin so altmodisch, daran festzuhalten, dass die Bild-Zeitung keine Zeitung ist, sondern ein täglicher Angriff auf die Würde des Menschen, und ich halte es für einen Skandal, dass Personen, die an einem solchen Unternehmen mitgewirkt haben, Pressesprecher einer Bundesregierung werden können. Zugegeben, bei der Herstellung einer Gegenöffentlichkeit stehen uns jetzt ganz neue Wege offen, von denen die Flugblattverteiler von 1968 noch keine Ahnung haben konnten. Dass Sie sich mit diesen Techniken auskennen und Sie für reaktionsschnelleres Intervenieren mit Erfolg nutzen, kann ich nur staunend bewundern. Immerhin bin ich insofern auf der Höhe der Zeit, als ich Ihnen in einer Intemet-Publikation antworte. Vielleicht wird ja ein Gespräch daraus.
Mit solidarischen Grüßen
Klaus Meschkat

Renaissance der SÜD-SÜD-Vernetzung

50 Jahre BANDUNG:

Interview mit Samir Amin, 10.Mai 2005

Erschienen in „Libération Afrique“
(Befreiung Afrikas – internationale Solidarität und soziale Kämpfe in Afrika südlich des Sahara)

In der indonesischen Stadt Bandung hat am 24. April 2005 eine Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Bandung-Konferenz stattgefunden. Staatsoberhäupter oder Regierungsvertreter aus 89 asiatischen und afrikanischen Ländern nahmen an der Feier teil. Die erste Asien-Afrika-Gipfelkonferenz, nämlich die „Bandung-Konferenz“, hatte vom 18. bis 24. April 1955 in Bandung/ Indonesien stattgefunden. Als wichtigste Persönlichkeiten erwiesen sich die Ministerpräsidenten Nehru (Indien), Nasser (Ägypten), Chou En-lai (China) und der Gastgeber Sukarno (Indonesien).
In der Konferenz von Bandung wurden auch erstmals Forderungen der Dritten Welt nach Gleichberechtigung und Gleichbehandlung gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten laut.
Der "Geist von Bandung" trug massiv zum Entkolonialisierungsprozess in Afrika und Asien bei. Aus den Ergebnissen der Konferenz bildete sich anfangs der 60er Jahre die Bewegung der Blockfreien Staaten.

Rémy Herrera
Vor 50 Jahren, im Jahre 1955, versammelten sich zum ersten Mal in Bandung die Präsidenten der wichtigsten Länder Asiens und Afrikas, die ihre Unabhängigkeit wieder erlangt hatten. Was war ihr gemeinsames Ziel?

Samir Amin
Die asiatischen und afrikanischen Führer, die sich in Bandung versammelt hatten, waren bei weitem nicht einer Meinung. Ihre politischen und ideologischen Strömungen, ihre Zukunftsvisionen über die (wieder) aufzubauende Gesellschaft und deren Verhältnis zum Westen waren unterschiedlich. Ein gemeinsames Ziel brachte sie jedoch zusammen und gab ihrem Treffen einen Sinn. Der Kampf für die Vollendung der historischen Aufgabe der Unabhängigkeit war noch nicht zu Ende geführt. Zu ihrem gemeinsamen Minimalprogramm gehörte die **Vollendung der politischen Entkolonisierung**. Außerdem betrachteten sie alle die errungene politische Unabhängigkeit nur als ein **Mittel**, das Ziel war die Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Befreiung.
Aber sie waren sich an einem Punkt **nicht einig**. Für die Mehrheit war eine Entwicklung in der gegenseitigen Abhängigkeit **innerhalb** der Weltwirtschaft möglich, für die Kommunisten sollte die **Herauslösung** aus dem kapitalistischen Lager durch den Aufbau eines sozialistischen Lagers – mit der UdSSR bzw. mit ihr im Rücken- zu schaffen sein. Die Führer der **kapitalistischen Dritten Welt**, die nicht beabsichtigten aus dem System herauszukommen, hatten unter sich auch nicht die gleiche strategische und taktische Vorstellung der Entwicklung. Aber in unterschiedlichem Maße meinten sie alle, dass der Aufbau einer unabhängigen Gesellschaft **nicht ohne Konflikte mit dem Westen** erfolgen würde. Der radikale Flügel meinte, dass die Kontrolle der Wirtschaft durch das Kapital der ausländischen Monopole beendet werden müsste. Darauf bedacht, die Unabhängigkeit zu bewahren, weigerten sie sich, im weltweiten militärischen Spiel mitzumachen und als Basis für die von den USA gewollte Einkreisung der sozialistischen Länder zu dienen. Aber sie waren auch der Meinung, dass die Ablehnung einer Eingliederung in das atlantische militärische Lager nicht dazu führen sollte, dass sie den Schutz beim Gegner dieses Lagers zu suchen hätten – die UdSSR. Daher die **Blockfreiheit**, der Name einer Ländergruppe und der Organisation, die dem **Geist von Bandung** entsprungen ist.

RH: *Was war das Ziel der in Bandung entstandenen Entwicklungspolitik?*

SA: Das Ziel der Entwicklungspolitik, die in Asien, Afrika und Lateinamerika sich breit machte, war im Wesentlichen überall gleich, trotz der Differenzen auf der ideologischen Ebene. Über ihre Verschiedenheit hinaus hatten alle nationalen Befreiungsbewegungen die gleichen Ziele: **politische Unabhängigkeit**, **Modernisierung des Staates**, **Industrialisierung**. Die Intervention des Staates wurde als entscheidend für die Entwicklung betrachtet. Damals gab es nicht den sooft heutzutage konstruierten Gegensatz zwischen der Intervention des Staates – die immer negativ wäre, weil im Kern im Konflikt mit dem, was die Spontaneität des Marktes benannt wird – und dem privaten Interesse – der mit den spontanen Tendenzen des Marktes verbunden wäre. Dieser Gegensatz wurde nicht mal benannt. Im Gegenteil war die gemeinsame Vorstellung aller Regierungen, dass die **Intervention des Staates** ein wesentliches Element des Aufbaus des Marktes und der Modernisierung bilden würde. Die radikale Linke, mit sozialistischen Vorstellungen, verband wohl diesen Etatismus mit der schrittweisen Abschaffung des Privateigentums. Aber selbst die nationalistischen Rechten, die dieses Ziel nicht hatten, waren auch für eine starke Intervention des Staates: denn die von ihnen vorgeschlagene Wahrung der privaten Interessen verlangte nach ihrer Vorstellung einen starken Etatismus. Die heutigen unsinnigen Reden hätten damals keine Zustimmung erfahren.

RH: *Gibt es jetzt keine Solidarität der Länder des Südens mehr?*

SA: Zur Zeit sieht es so aus, als ob die Solidarität der Länder des Südens, die sich stark in Bandung (1955) in

Cancun (1981) und in den politischen (Blockfreiheit) und wirtschaftlichen Plänen (Position der Gruppe der 77, Bündnis der Dritten Welt, UNO) ausgedrückt hatte, nicht mehr existieren würde. Die Integration der Länder des Südens, die von den internationalen Institutionen (WTO, Weltbank und IWF) betrieben wurde, ist wahrscheinlich zum Teil für die Schwächung der 77er-Gruppe, des Trikonts und der Blockfreien Bewegung verantwortlich. Es scheint aber, dass diese letztgenannte Bewegung eine **Renaissance** erlebt, da die Notwendigkeit der Solidarität des Südens wieder erkannt wurde. Die **Arroganz der USA** und die Umsetzung ihres Vorhabens der „militärischen Kontrolle des Planeten" durch das endlose Führen von geplanten und unilateral von Washington beschlossenen Kriegen bilden den Ursprung der starken Stellungnahme des vor kurzem in Kuala Lumpur abgehaltenen Gipfels der Blockfreien (Februar 2003). Die Blockfreien haben die imperialistische Strategie der USA verurteilt. Sie nehmen wahr, dass **die neoliberale globalisierte Wirtschaftsführung ihnen nichts zu bieten** hat und dass diese die militärische Gewalt zur Durchsetzung ihrer Herrschaft benötigt. Es entwickelt sich eine Bewegung der **Blockfreiheit gegenüber den neoliberalen Globalisierung und der hegemonialen Doktrin der USA**. Washington hat für ihre 1990 unterbrochenen militärischen Interventionen folgenden Regionen gewählt: arabischen Nahen Osten (Irak und Palästina) Balkanländer Zentralasien und Kaukasus.

Die Ziele der USA sind:

1. die Verfügungsgewalt über die wichtigsten **Ölregionen** und dadurch die Ausübung von Druck mit dem **Ziel**, **Europa** und **Japan** zu einem Statut von **untergeordneten** Allierten zu zwingen.
2. Die Errichtung von ständigen **militärischen Basen** mitten in der alten Welt, in **Zentralasien**, und damit die Vorbereitung von kommenden „Präventivkriegen", die zur Zielscheibe die großen Länder hat, die sich zu Partnern durchsetzen könnten, mit denen „man verhandeln muss": In erster Linie **China**, aber auch **Russland** und **Indien**. Von Peking bis Dehli und Moskau versteht man immer mehr, dass die Kriege „made in den USA" eine Bedrohung bedeuten, die sich mehr gegen China, Russland und Indien richten als gegen die direkten Opfer, wie den Irak.

RH: *Was wären* ***heute*** *die Hauptlinien eines Bündnisses der Völker des Südens?*

SA: Auf der politischen Ebene bedeutet es die Verurteilung des Grundsatzes der US-Politik, des „Präventivkrieges" und die Forderung nach **Auflösung der ausländischen Militärbasen in Asien, Afrika und Lateinamerika**. Auf der Tagesordnung steht der **Rückkehr auf die Position von Bandung**: **Keine US-Basen in der Dritten Welt** – Die Blockfreien haben im Sicherheitsrat eine Haltung eingenommen, die der von Frankreich und Deutschland ähnelt und haben damit die diplomatische und moralische **Isolierung des Aggressors** verschärft. Auf der wirtschaftlichen Ebene zeichnet sich eine Alternative ab, die der Süden gemeinsam verteidigen könnte, weil die Interessen aller dazugehörenden Länder in diesem Punkt übereinstimmen. Außerdem wird wieder die Idee einer **Kontrolle des internationalen Kapitaltransfers** entwickelt, ebenfalls die Vorstellung der **Regulierung der ausländischen Investitionen**. Die Länder des Südens werden sich dessen erneut bewusst, dass sie unbedingt eine Entwicklungspolitik der **Landwirtschaft** brauchen, die die Notwendigkeit berücksichtigt, die Bauern vor den zerstörerischen Folgen ihrer beschleunigten Desintegration unter dem Druck der von der WTO geförderten Konkurrenz zu schützen, und die **nationale Ernährungssicherheit** zu bewahren. Darüber hinaus werden die **Schulden** nicht nur als wirtschaftlich unerträglich angesehen – man fängt jetzt an, ihre Legitimität in Frage zu stellen.

RH: *Kann man sich einen Internationalismus vorstellen, der Asiaten, Afrikaner, Lateinamerikaner und Europäer verbündet?*

SA: Ja, die Bedingungen zu einer Annäherung zumindest der **Völker der alten Welt** sind vorhanden. Diese Annäherung wird sich auf der Ebene der internationalen Diplomatie kristallisieren und würde die Bildung einer **Achse Paris-Berlin Moskau Peking** fördern, verstärkt durch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dieser Achse und der erneut entstandenen afro-asiatischen Front. Die **Solidarität mit den Kämpfen der lateinamerikanischen Völker** ist selbstverständlich auch grundlegend. Man braucht nicht auszuführen, dass ein Fortschritt in dieser Richtung **die kriminellen Ambitionen der USA zunichte machen** würden. Diese müssten dann die Koexistenz mit Nationen hinnehmen, die ihre eigenen Interessen verteidigen wollen. Zur Zeit muss man dieses Ziel als das absolut primäre Ziel betrachten. Die Umsetzung der US-Ziele bestimmt den Ausgang aller Kämpfe: **Kein sozialer und demokratischer Fortschritt kann von Dauer sein, solange dieses Hegemonialprojekt der USA nicht in die Flucht geschlagen sein wird**.

Daher muss sich **Europa vom neoliberalen Virus befreien**, und diese Initiative kann nur von den Völkern kommen. Die herrschenden Teile des Kapitals, dessen Interessen die europäischen Regierungen meinen in erster Linie verteidigen zu müssen, sind die Verteidiger des Neoliberalismus und sind bereit, den Preis für ihre Unterordnung unter den USA zu bezahlen. Die Völker Europas haben eine andere Vorstellung vom europäischen Projekt, das sie **sozial** sehen möchten, und von ihren Beziehungen zu dem Rest der Welt, die sie durch die **Wahrung des Rechts und der Gerechtigkeit** bestimmt werden möchten. Wenn **diese humanistische Kultur Europas** obsiegt – und es ist möglich – dann wird die Annäherung zwischen Europa und der Dritten Welt die Grundlage bilden können, worauf eine **multipolare, demokratische und friedliche Welt** aufgebaut werden kann.

http://www.liberationafrique.org/article.php3?id_article=553

Chávez spricht

Das Imperium ist nicht unbesiegbar

Rede des venezuelanischen Präsidenten Chávez beim Weltsozialforum in Porto Alegre am 30.01.2005

Compañeros. Ich möchte daran erinnern, dass wir in diesem Jahr, im April, den 50. Jahrestag eines sehr wichtigen Ereignisses begehen, das 1955 in Indonesien stattfand: das **Gipfeltreffen von Bandung**, bei dem die Bewegung der Nichtpaktgebundenen geboren wurde. Es ist gut, daran zu erinnern.

Vor 200 Jahren, **1826, lud Bolívar zum Gipfel von Panama** ein, im kommenden Jahr begehen wir den 180. Jahrestag dieses Kontinentalen Kongresses von Panama, dessen Erfolg vom nordamerikanischen Imperium verhindert wurde.
Simón Bolívar war also der erste, oder einer der ersten, Antiimperialisten dieses Planeten. Simón Bolívar sah die imperialistische Bedrohung durch Nordamerika voraus. 1828 schrieb Bolívar diesen Satz in einem Brief an einen guten Freund, eine wirkliche Prophezeiung: „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika scheinen von der Vorsehung dazu verdammt zu sein, die Völker Amerikas im Namen der Freiheit mit Elend zu überziehen.“ Das schrieb Simón Bolívar eigenhändig 1828.

Aber zurück zum Gipfeltreffen von Indonesien 1955. Dieser Gipfel wurde veranstaltet von Tito, von Nehru und von Sukarno. Es war ein Gipfeltreffen, um die Einheit der Länder und Völker vor allem Asiens und Afrikas zu begründen, und daraus ging die Gruppe der Nichtpaktgebundenen hervor, **dort wurde das Bewusstsein des Südens geboren**. Dort entstand die Kommission des Südens, die von dem großen afrikanischen Führer Julius Nyerere geleitet wurde. Nyerere starb kürzlich im Alter von 90 Jahren.

Die Kommission des Südens machte wichtige Vorschläge, aber dann brach die Sowjetunion zusammen, die Berliner Mauer fiel, und es folgten, wie es Joseph Stiglitz formulierte, die „glücklichen 90er“. Alle waren glücklich, das Ende der Geschichte, der letzte Mensch, die technokratische Ära. Die Kommission des Südens wurde eingefroren und das Bewusstsein des Südens versank in den Tiefen des antarktischen Eises. Stattdessen überrollte uns **wie eine Lawine** der Konsens von Washington, der Neokolonialismus in der täuschenden Verkleidung als Neoliberalismus, und die Politik des Internationalen Währungsfonds, der besonders den Ländern Lateinamerikas eine Überdosis verpasste.

Heute können wir hier in Rio Grande Do Soul feststellen, und dafür gibt keinen besseren Ort als das Weltsozialforum, dass viele Dinge nötig sind, um die Welt zu retten. Eines der wichtigsten ist das Bewusstsein des Südens, das Wiederbeleben des Bewusstseins, dass es auch den Süden gibt. Ich würde sogar noch weiter gehen, Compañeros. Mag sein, dass dies einigen im Norden noch nicht klar ist, aber **die Zukunft des Nordens hängt vom Süden ab**. Denn wenn wir nicht tun, was wir tun müssen, wenn wir nicht tatsächlich diese andere Welt möglich machen, wenn wir also scheitern sollten – was wir nicht tun werden – und wenn sich deshalb endgültig die Welt der Bajonette, der nordamerikanischen Marines und der mörderischen Bomben des Mister Bush durchsetzen sollte, wenn es im Süden die notwendige Kraft, Bewusstheit und Organisation zum Widerstand gegen den Neoimperialismus und die Bush-Doktrin nicht gäbe, würde dies die Welt direkt in ihre Zerstörung führen.

Wie viele Jahre haben wir noch? Ich weiß es nicht. Es gibt wissenschaftliche Studien die davon sprechen, dass, wenn wir in diesem Tempo weitermachen und sich der Planet in der selben Geschwindigkeit wie zur Zeit erwärmt, die Temperatur des Planeten in hundert Jahren ein massives Abschmelzen der Polkappen verursacht haben wird und der schreckliche Tsunami, der in diesen Wochen die Küsten Asiens heimsuchte und über Zweihunderttausend Tote forderte, würde nichts gegen die Wellenberge der Ozeane sein, die ganze Völker, ganze Länder verschlingen würden. (...) Dies nur aus einem, sagen wir, geographischen, physikalischen und naturwissenschaftlichen Blickwinkel. Aber nicht nur das, vielleicht würde noch vor dem Abschmelzen der Planet durch Hunderte gewaltsamer **Rebellionen** in Flammen aufgehen, **weil die Völker sich nicht untätig ein Modell wie den Neoliberalismus, wie den Kolonialismus aufzwingen lassen**.

Vor einigen Jahren sagte ein Indígena-Führer in einem Land dieses Kontinents, nach einer Rebellion der Eingeborenen, als die Indios zu den Waffen griffen und in die Berge gingen, einem Journalisten, der nach dem Warum fragte, mit aller Deutlichkeit: „Ich sterbe lieber kämpfend als vor Hunger.“

(...) Ich bin (...) gekommen, um in wenigen Worten auszudrücken, **was in Venezuela vor sich geht**, vor allem seit meinem letzten Besuch in Porto Alegre, damals im Januar 2003, als wir uns noch mitten in der Schlacht gegen die imperialistischen Kräfte befanden, die Venezuela angriffen, die unser Volk angriffen. Als im Januar das venezolanische Erdöl-unternehmen fast stillstand, als sie unsere Raffinerien, Schiffe, Förderanlagen, Elektronik, Computersysteme sabotierten. Sie versuchten, unser Volk auszuhungern. Sie wollten das Land implodieren lassen, damit die Regierung aufgeben und der Präsident zurücktreten müsste.

Nach dem Militärputsch, nach dem Terrorismus, nach der imperialistischen Aggression, nach der wirtschaftlichen Erdölaggression kam die Kapitalflucht. Damals im Januar 2003 trafen wir gerade die Entscheidung über die **Währungs-kontrolle**, wir hatten sie die Nacht vor meinem Besuch in Porto Alegre getroffen. Wir hatten den Verkauf des Dollar für zwei Wochen suspendiert, um in diesen zwei Wochen ein strenges Währungskontrollsystem aufzubauen. Zwei Jahre später gibt es dieses System und Venezuela wird die Kontrolle über die venezolanische Währung behalten, um **das Land vor der Finanzspekulation zu schützen, vor dem vagabundierenden Kapital**, das mehr als ein Land ruiniert hat.

Ein Ergebnis der Währungskontrolle ist, dass unsere internationalen Reserven auf eine Rekordsumme angestiegen sind, wir sind jetzt bei nahe 25 Milliarden Dollar.

Damals, bei dieser Gelegenheit, befanden wir uns noch mitten in der Schlacht. Nichts deutete damals ganz klar darauf hin, dass wir diese Schlacht gewinnen würden. Aber wir hatten die feste Überzeugung, dass wir es schaffen würden, starkes Vertrauen in die Antwort des Volkes, in die Antwort der Streitkräfte, in die Antwort der Erdölarbeiter, die das Erdölunternehmen schulterten und uns seine Rückgewinnung ermöglichten. Das Volk besetzte die Raffinerien und die Erdölfelder, übernahm den Erdöltransport und setzte die Industrie wieder in Bewegung. Das Volk, gemeinsam mit den Soldaten, demonstrierte der venezolanischen Oligarchie, dass sich das venezolanische Volk nicht ergibt, dass sich das venezolanische Volk niemals ergeben wird.

In diesen zwei Jahren sind viele Dinge passiert. Es sind so viele Dinge passiert, dass ich sagen darf, wenn ich mit euch darüber nachdenke, dass Leo Trotzki recht hatte als er sagte: „Jede Revolution braucht die Peitsche der Konterrevolution." Das stimmt. (...)

Dieser imperialistische Angriff erlaubte es uns, zuerst in die Defensive zu gehen und der Aggression Widerstand zu leisten, Widerstand und wieder Widerstand, bis wir soweit waren, in die Gegenoffensive zu gehen, zum Gegenangriff überzugehen. Und so konnten wir 2003 erstmals sagen, dass Venezuela sein Erdölunternehmen zurückgewonnen hat, denn bis dahin war es immer in den Händen der venezolanischen Oligarchie und des nordamerikanischen Imperiums gewesen.

(...) Im vergangenen Jahr, 2004, konnten wir aus dem Haushalt des Erdölunternehmens Petróleos de Venezuela - nicht aus dem nationalen Haushalt, nur aus dem Haushalt der PdVSA - fast vier Milliarden Dollar für **soziale Investitionen** ausgeben, für die Bildung, die Gesundheit, die Mikrokredite, den Wohnungsbau. Davon profitierten vor allem die Armen, oder wie Victor Hugo sagen würde, „die Elenden".

Die Neoliberalen sagen, das sei Verschwendung. „Chávez verschleudert das Geld". Aber sie schenkten es den Gringos, sie verteilten es unter ihren saftigen Geschäften. Wir aber haben ein besonderes System aufgebaut, zum Beispiel **Stipendien**. Wir haben alle dazu aufgerufen, und so lernt in Venezuela heute fast jeder: die Großmutter, der Großvater, der Sohn, der Enkel. Alphabetisierung. Wer die Grundschule nicht abgeschlossen hat, schließt sie jetzt ab. Ebenso diejenigen, die nicht die Mittelstufe beenden konnten. Und so sieht man jetzt Männer und Frauen im Alter von 50, 40, 20 Jahren, einige 80 oder 90 Jahre alt, die lernen mit einem Fernseher und Videos. Das ist die kubanische Methode. Alle Videos wurden in Cuba produziert, dank der Hilfe der kubanischen Revolution und dank der Beteiligung des venezolanischen Volkes. (...) 99 Prozent dieser Personen sind arm oder sehr arm, viele von ihnen leben im Elend. Deshalb haben wir ein Stipendiensystem geschaffen. Wir finanzieren eine halbe Million Stipendien, jedes Stipendium beträgt 100 Dollar im Monat, das sind insgesamt 50 Millionen Dollar im Monat, fast sechshundert Millionen Dollar im Jahr, nur für Stipendien.

2003 entstanden unter dem Eindruck der imperialistischen Aggression die Missionen und heute läuft zum Beispiel die Mission Barrio Adentro. Die Missionen sind die Form eines nationalen Kreuzzuges gegen die Probleme: Zivilisten, Soldaten, Alte, Junge, Gemeinschaften, die nationale Regierung, die lokalen Regierungen, die Basisorganisationen der Gemeinschaften.

Die Mission Barrio Adentro ist die **medizinische Mission**, ebenfalls vom revolutionären Cuba unterstützt. Heute gibt es in Venezuela fast zwanzigtausend kubanische Ärzte und Zahnärzte, die mit den Ärmsten zusammen leben, und venezolanische Krankenpfleger und –schwestern und Gesundheitskomitees in den Vierteln.

Heute geht der größte Teil der Kosten der Mission Barrio Adentro in die Bezahlung der Medikamente, für die die Menschen nicht einen einzigen Centavo bezahlen müssen. Und in die Unterstützung der Ärzte, in die Transportsysteme, die Kommunikationsmittel, den Bau von Ambulanzen, die Sprechstunden, die Ausrüstung, die Mannschaft, all das. Der größte Teil dieser Kosten kommt aus den Erdöleinnahmen, die früher im Ausland blieben. Es gab einen perversen Kreislauf, die transnationalen Konzerne und die venezolanische Oligarchie bereicherten sich am Erdölreichtum, der nie dem venezolanischen Volk zugute kam.
(...)
Ich bin jeden Tag mehr der Überzeugung, und daran habe ich nicht den geringsten Zweifel, dass es notwendig ist, den **Kapitalismus zu überwinden**. Aber ich füge hinzu: Den Kapitalismus kann man nicht innerhalb des Kapitalismus überwinden. Nein, der Kapitalismus muss auf dem Weg des Sozialismus überwunden werden. Der Weg, auf dem das kapitalistische Modell überwunden wird, ist der wirkliche Sozialismus, die Gleichheit, die Gerechtigkeit.

Ich bin außerdem, wie Ignacio Ramonet, davon überzeugt, dass es möglich ist, den Kapitalismus auf dem Weg des Sozialismus zu überwinden, ohne dabei auf die Demokratie zu verzichten. **Aber, aufgepasst, was für eine Art von Demokratie**. Es geht nicht um die Art von Demokratie, wie sie uns Mister Superman in Washington aufzwingen will. Nein, das ist nicht die Demokratie. Denkt daran, was neulich Condolezza – ich sage lieber Condolencia (Kondolenz = Beileid) -, was also Condolencia Rice über uns gesagt hat. Da seht ihr, woher der Imperialismus heute kommt. Sie wissen, dass sie innerhalb Venezuelas keine Kraft haben. Doch selbst, wenn sie uns überfallen sollten, werden sie an den Küsten der Karibik und an den Ufern des Orinoco und in den Savannen Venezuelas den Staub der Niederlage schlucken müssen, dort, wo bereits die Heere Bolívars und Abreu E'Limas kämpften, die Befreier unserer Heimat.

Das Volk Venezuelas ist heldenhaft, ebenso wie das Brasiliens und alle Völker unseres Amerika. Wenn diese Völker sich für die Freiheit entscheiden, gibt es keine Kraft, die sie aufhalten kann. Es gibt keine Kraft, die sie aufhalten kann.

(...) Eines Tages wird die Unzufriedenheit, die im Inneren des nordamerikanischen Imperialismus herrscht, ihn beseitigen und das große Volk des Martin Luther King wird frei sein. **Das große nordamerikanische Volk ist ein Brudervolk.** Ich grüsse von hier aus das Volk der Vereinigten Staaten von Nordamerika, das Volk Kanadas, die Völker Europas, alle Völker der Welt. (…)

Che sagte: „Die Revolution darf sich nicht gegen die Effizienz stellen." Wir brauchen **revolutionäre Effizienz**, wir müssen immer effizienter werden, jeden Tag effektiver werden. Wir kämpfen gegen alte Übel wie die Korruption, das Fehlen von Werten. Diese Übel sind ständige Bedrohungen. Zwei große Bedrohungen sind Ineffizienz und **Korruption**. Und der

Bürokratismus auch, wie schon Che sagte. Der Kampf gegen den **Bürokratismus** ist eine alltägliche Kampfaufgabe für jeden Revolutionär, damit uns die Bürokratie – oder besser: der Bürokratismus – keine Fesseln anlegt.

Das Jahr 2004 war das Jahr des Sieges, des großen politischen Sieges. Wir stellten uns dem Abberufungsreferendum. (...) Wir stellen uns dem Referendum. Und ich warnte sie: „Wir werden euch besiegen!“ Und am 15. August haben wir sie mit 60 Prozent der Stimmen besiegt, viel mehr als vor fünf Jahren. Und dann die Regionalwahlen am 31. Oktober. Von 24 Gouverneuren gewannen wir 22, und die zwei, die wir nicht gewannen, verloren wir aus eigener Dummheit. 22 Gouverneure, über 80 Prozent der Rathäuser, über 80 Prozent der regionalen Abgeordneten. Das heißt ein sozialer Fortschritt, ein Fortschritt des sozialen Modells der Einbeziehung, ein politischer Fortschritt.

Die Stärkung der Institutionen ist eine weitere sehr wichtige Sache. (..) Das ist eine der Schwierigkeiten der Revolution in der Demokratie, die Langsamkeit einiger Prozesse. Niemand darf sich entmutigen lassen. (...) 2003, 2004 stärkten wir die Wirtschaft. Die venezolanische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 20 Prozent gewachsen. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Sie lag bei 20 Prozent und ist auf unter 11 Prozent gesunken.(...) Heute kann Venezuela zum ersten Mal seit langem sagen, dass wir zum Beispiel keinen Reis mehr importieren müssen. Wir können uns **selbst** mit Reis und Mais **versorgen** und erobern weiter die Landwirtschaft zurück. Es läuft der **Krieg gegen den Großgrundbesitz**.

Ich möchte den brasilianischen Arbeitern, der Landlosenbewegung meine Anerkennung aussprechen, die ein Beispiel für uns waren und ein Beispiel für alle Bauern dieses Kontinents sind, ein Beispiel des Kampfes um den Boden, für Gerechtigkeit auf dem Land und die **Lebensmittelsouveränität**.

(...)Vor fünf Jahren haben auch mich einige kritisiert, weil ich im Jahr 2000 am Amerikagipfel in Kanada teilgenommen hatte, bei dem vor allem über ALCA gesprochen wurde. Schließlich war ich der einzige Präsident, der sich dort gegen das ALCA-Projekt stellte. Von da an begannen wir unsere Kampagne gegen ALCA, denn **ALCA**[4] ist nichts anderes als **ein kolonialistisches Projekt**. Und merkt ihr was: Wir können zwar noch nicht sagen, dass wir gesiegt haben, aber wir sind nicht weit vom Ziel entfernt, dem Ziel der **Schaffung eines alternativen Modells der Integration**, das wir die Bolivarianische Alternative für Lateinamerika, **ALBA**[5], nennen. Dieses Modell läuft, kommt vorwärts, und man wünscht sich manchmal, dass es schneller gehen möge. Aber es gibt Realitäten, alles zu seiner Zeit. Denkt daran: Der 1. Januar 2005 ist vorbei und ALCA ist zum Teufel. ALCA gibt es nicht, es gibt nur Akten. Der nordamerikanische Imperialismus hatte nicht die Kraft, den Völkern dieses Kontinents das neokoloniale und imperialistische ALCA-Modell aufzuzwingen.

Ich will die Schwächen des Imperiums nicht übertreiben, es wäre fatal, den Gegner zu unterschätzen, besonders diesen Gegner. Aber man muss auch objektiv die Schwächen des Gegners erkennen. **Denn wenn man glaubt, der Gegner sei unbesiegbar, dann ist er unbesiegbar**. Der nordamerikanische Imperialismus ist nicht unbesiegbar. Es gibt das historische Beispiel **Vietnams**. Das Volk des **Irak** leistet den Übergriffen und der Invasion Widerstand. Das revolutionäre **Cuba** leistet dem nordamerikanischen Imperialismus seit 40 Jahren Widerstand. Das bolivarianische **Venezuela** widersteht seit sechs Jahren dem nordamerikanischen Imperialismus. **Das Imperium ist nicht unbesiegbar**, es ist wichtig, das zu wissen. Wisst ihr warum? Weil manche Leute ehrlich glauben, er sei unbesiegbar, dass man dem Imperialismus nicht einmal etwas sagen darf, weil es ihnen missfallen könnte und sie wild werden würden. (...)Goliath ist nicht unbesiegbar, der Imperialismus ist nicht unbesiegbar. Das macht ihn noch gefährlicher, das stimmt. Denn der Imperialismus beginnt seine Schwächen zu spüren, deshalb greift er zur brutalen Gewalt.

Der brutale Angriff auf Venezuela ist ein Zeichen von Schwäche, von ideologischer Schwäche, was eine der größten Schwächen ist. **Fast niemand traut sich mehr, den Neoliberalismus zu verteidigen**. Bis vor drei Jahren waren Fidel und ich bei diesen Präsidententreffen fast allein. Es war wie ein neoliberaler Chor und man fühlte sich wie ein eingeschleuster Verschwörer. Heute nicht mehr, niemand traut sich mehr, das neoliberale Modell zu verteidigen. Das ist eine der Schwächen, **der Neoliberalismus steht nackt da**. Die ideologischen Schwächen sind offensichtlich, auch die ökonomischen Schwächen sind offensichtlich und alles deutet darauf hin, dass diese Schwächen zu nehmen werden. Dazu reicht es schon, sich die innere Unterdrückung in den Vereinigten Staaten anzusehen. Das „Patriot“ genannte Gesetz, was ist das anderes als ein Gesetz zur Unterdrückung der US-Bürger.

Sie sprechen von Meinungsfreiheit und verletzen sie jeden Tag. Sie haben eine Gruppe von Journalisten eingesperrt, weil diese ihre Informanten nicht nennen. Sie verfolgen die Journalisten. Sie erlauben nicht, die Leichen der US-Soldaten zu fotografieren, sie werden geheim begraben. Da ist Zeichen der Schwäche des Goliath. (...)

Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Netzwerk Venezuela
http://www.zmag.de/artikel.php?id=1401

---

[4] ALCA (Area de Libre Comercio de las Américas), englisch FTAA (Free Trade Area of the Americas) ist das US-dominierte Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone, Der Plan zur wurde 1991 von dem damaligen US-Präsidenten Bush vorgestellt.. Die soll alle 34 Staaten in Nord-, Süd- und Mittelamerika sowie in der Karibik (vorerst mit Ausnahme Kubas) umfassen. Die lateinamerikanische Linke lehnt ihn entschieden ab und will stattdessen eine „bolivarianische“ südamerikanische Integration.

[5] Die **Alternativa Bolivariana para las Américas** (abgekürzt **ALBA**, deutsch *Bolivarianische Alternative für ganz Amerika*) ist eine Anfang 2005 begonnene Kooperation zwischen Venezuela und Kuba zum Aufbau einer Wirtschaftsgemeinschaft. Diese soll eine Alternative zur von den USA dominierten geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA darstellen. Ziel ist es, möglichst viele Staaten Lateinamerikas zur Teilnahme an einem gemeinsamen Markt zu gewinnen. Der Name des lateinamerikanischen Unabhängigkeitskämpfers gegen die spanische Kolonialherrschaft Simón Bolívar wurde als Symbol gewählt, da auch Bolivar die Pläne verfolgte, ein gemeinsames Lateinamerika aufzubauen, das von Europa und den USA unabhängig ist

http://www.jungewelt.de/beilage/art/355

Walden Bello*

Armut wurzelt in einem viel grundlegenderen Problem

Rede auf der von 250.000 Menschen besuchten Demonstration „Make Poverty History“ (2. Juli 2005) anlässlich des G8-Treffens in Edingbourgh

Wir sind hier um uns mit den drei Milliarden Menschen in der Welt, die in Armut leben, solidarisch zu erklären. Wir sind hier um zu erklären, dass wir eins sind mit dem Kind in Malawi, das an AIDS stirbt, mit der Ureinwohner-Frau in den Hochebenen von Peru, die durch Rassismus zu einem Leben in Armut verdammt ist, dem philippinischen Bauern, der durch Billigimporte von subventioniertem Getreide aus der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von seinem Land vertrieben wurde.

Doch lasst uns über eines völlig im Klaren sein: **Unser Marsch gilt nicht der Wohltätigkeit. Sondern wir marschieren für Gerechtigkeit**.

Die Verantwortlichen des G8 erklären, dass sie die **Schulden** von 27 armen Ländern erlassen. Wir fragen: Warum werden nicht die Schulden **aller** Entwicklungsländer gestrichen, da sie diese ohnehin schon in mehrfacher Höhe zurückgezahlt haben?

Die G8-Vertreter behaupten, dass sie die **Hilfen** für Afrika verdoppeln werden. Wir fragen, welche **Bedingungen** an diese Hilfen geknüpft sind, denn Bedingungen wird es sicherlich geben? Und wir sagen, dass keine Hilfe besser ist, als eine die an Bedingungen geknüpft ist.

Armut ist ein enormes Problem. Doch **wurzelt Armut in einem noch viel grundlegenderen Problem** – einem System das auf Ausbeutung, Entmachtung, Enteignung und Ausgrenzung setzt und darauf aufbaut. Auf die Frage, wie man dieses System nennen soll, antwortete der Finanzexperte George Soros offen und ehrlich: „Globaler Kapitalismus“.

Der **globale Kapitalismus** hat viele Gesichter. Es gibt natürlich die grenzüberschreitenden Unternehmen, welche die treibende Kraft hinter der globalen Erwärmung sind. Es gibt den Internationalen Währungsfond, welcher die Ansprüche der Kreditgeber gegenüber den Schuldnerländern des Südens geltend macht. Es gibt die Weltbank, die – unter dem Deckmantel die Armut auszumerzen zu wollen – tatsächlich aber unsere Marktwirtschaften der Ausbeutung durch Unternehmen aus dem Ausland öffnet und die Bedingungen dafür begünstigt. Es gibt die Welthandelsorganisation, welche den Diebstahl und die privatisierte Nutzung von über die Jahrhunderte gesammeltem Wissen unserer Ureinwohner legalisiert.
Und dann gibt es da noch den **G8**. Freunde, der G8 ist nicht Teil der Lösung. Er ist **Teil des Problems**.

Abschließend, lasst mich die Frage stellen: Können wir wirklich den Schmerz unserer an Armut leidenden Brüder und Schwestern in Afrika fühlen, ohne zugleich das Leid unserer Brüder und Schwestern im **Irak** zu spüren, welche unter der grausamen ausländischen Besetzung leiden?

Denn, ist Leid nicht unteilbar? Ist Gerechtigkeit nicht unteilbar? Ist Solidarität nicht unteilbar?

So lasst uns Herrn Bush und Herrn Blair, Herrn Berlusconi und Herrn Koizumi sagen: Wir werden euch nicht erlauben, die Rhetorik der Armutsbekämpfung in Afrika dafür zu benutzen, unsere Aufmerksamkeit von eurer kriminellen Inbesitznahme und eurer Verletzung der Menschenrechte im Irak abzulenken.

So lasst uns in jedem Fall der Beendigung der weltweiten Armut widmen. Doch wir müssen ebenso – bedingungslos und sofort – die Fremdbesetzung des Irak stoppen.

Lasst uns dafür sorgen, dass Armut Geschichte wird. Dass Krieg Geschichte wird. Dass der G8 Geschichte wird.

Übersetzung: Susanna SCHERER, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen, coorditrad@attac.org

*Vorsitzender von „Focus on the global South“ und Soziologieprofessor an der Universität der Philippinen.
http://www.focusweb.org/main/html/Article635.html

Siehe Buchbesprechung in SiG44
www.attac.de/rundbriefe/SiG44.pdf
Und Interview in http://www.jungewelt.de/2005/07-05/022.php

Gemeinsame Erklärung europäischer Attacs zum G8-Gipfel in Gleneagles

Warum Armut wegen der G8 auch in Zukunft nicht der Geschichte angehören wird

Staats- und Regierungschefs und Minister der G8 werden sich in beim G8-Gipfel in Gleneagles, bei der MDG-Konferenz in New York und beim Ministerrat der WTO in Hongkong versammeln. Wieder einmal werden Versprechungen über den Erlass von Schulden, die Ausrottung der Armut und über Entwicklungshilfeleistungen gemacht werden. Wir haben Gründe zu glauben, dass wir skeptisch bleiben sollten.

Auch Attac möchte, dass Armut bald der Vergangenheit angehört. Auch wenn uns dieses Ziel vordergründig mit den G8-Staats- und Regierungschefs verbindet, muss das nicht heißen, dass wir uns mit ihnen im gleichen Team befinden. **Wir glauben nicht daran, dass man Armut mit neoliberaler Politik bekämpfen kann**. Wir glauben auch nicht, dass Armutsbekämpfung ohne die Bewältigung und Beseitigung von Ungleichheit möglich ist. Und wir glauben auch ganz sicher nicht, dass sie durch die Aushöhlung sozialer Sicherungssysteme bekämpft werden kann.

Neoliberale politische Leitlinien – der sogenannten **„Konsens von Washington“** –, welche vor zwanzig Jahren Einzug hielten, sind **vollkommen gescheitert**. Das Wachstum ist nun niedriger als zuvor, wirtschaftliche und soziale Entwicklung stehen nicht länger auf der Tagesordnung, Handelsabkommen und Handelspolitik berauben arme Länder ihres Entwicklungspotentials und die Politik der Privatisierung erzeugt zusätzliche Armut. Die Ungleichheit wächst. Die neoliberale Pille, welche die Armut verringern sollte, wirkt nicht. Nichtsdestotrotz soll nach Ansicht der Führer in den wohlhabenden Teilen der Erde eine höhere Dosis dieser Medizin verschrieben werden.

Sämtliche globale Institutionen befinden sich in einer ernsthaften Legitimationskrise. Die **Vereinten Nationen** werben nun für die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs - Millennium Development Goals), doch die Regierungen in Nord und Süd sind nicht in der Lage, finanzielle Ressourcen zur Armutsbekämpfung bereit zu stellen.
Die Millenniumsziele werden bis 2015 nicht erfüllt sein. Extreme Armut tötet. Und genau diese extreme Armut ist es, welche die MDG um die Hälfte reduzieren sollen. Damit macht man zum Programm, dass der Tod von Millionen von Menschen hinnehmbar ist.

Die sogenannten „Armutsbekämpfungsprogramme“ der **Weltbank** sollen der neoliberalen Globalisierung lediglich ein menschliches Gesicht geben. Doch dieses Gesicht beginnt höhnisch und sarkastisch zu grinsen. Diese Programme bauen soziale Sicherheit ab. Sie fördern die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und machen sie somit unerreichbar für Arme. Sie besagen, dass arme Länder eine gute politische Führung benötigen, doch höhlen zugleich die Demokratie aus und legen ihren Fokus lediglich auf eine sogenannte kulturelle Dimension institutioneller Entwicklung.

Die Politik der **Welthandelsorganisation (WTO)** verpflichtet arme Länder dazu, ihre Grenzen für Güter und Dienstleistungen aus reichen Ländern zu öffnen. Diese Politik führt direkt zur **Entindustrialisierung** und zu Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig – und aufgrund ihrer Auslandsschulden – sind arme Nationen dazu **gezwungen** für den **Export** zu produzieren und zu importieren, was für den Konsum benötigt wird. Dieser äußerst absurde und heimtückische Kreislauf ist nicht tragbar und muss dringend durchbrochen werden.

Der viel zu kurz greifende Vorschlag der G7-Finanzminister, multilaterale **Schulden** von 18 armen Ländern zu erlassen ist, wieder einmal, an die Verpflichtung zu weiteren Privatisierungen geknüpft worden. Die Profite der Firmen aus den reichen Industrienationen können somit höher sein als der Betrag der erlassenen Schulden.

Eine andere Politik ist möglich und sie muss unter Beteiligung aller Menschen aus den armen und reichen Ländern entwickelt werden. Erste Schritte werden schon jetzt weltweit eingefordert: Die Auslandsschulden **aller** verarmten, arm gemachten Länder müssen **gänzlich** gestrichen werden. Die Länder benötigen mehr **politische Autonomie**, so dass sie ihren ökonomischen und sozialen Entwicklungspfad selbst bestimmen können. Die Länder des Südens müssen das Recht haben, dieselben **Entwicklungs-strategien** zu verfolgen, welche die Länder des Nordes reich gemacht haben. **Beschäftigungsprogramme** und **soziale Sicherheit** müssen eingeführt werden. **Kapitalflüsse** müssen **kontrolliert** werden. **Globale Steuern** müssen erhoben werden – für eine **weltweite Umverteilung** von Einkommen.

Die globale Agenda der Armutsbekämpfung ist völlig auf dem Holzweg. Scheinbar steht das Vorantreiben neoliberaler Politik an erster Stelle und die tragische **Armut** von Milliarden von Menschen wird von den Führern des wohlhabenden Teils der Erde auf opportunistische Weise dazu **instrumentalisiert**. Wir glauben, dass Armut gänzlich beseitigt werden muss. Dazu ist eine andere Entwicklung notwendig, dass **Ungleichheit angegangen** wird und sämtliche Menschenrechte respektiert werden. Zusammen mit der globalisierungskritischen Bewegung ist Attac dem Kampf für diese Ziele verpflichtet. Denn eine andere Welt ist möglich. Eine Welt des Friedens, der Solidarität und der Gerechtigkeit.

Übersetzung aus dem Englischen: Susanna Scherer, Philipp Hersel

Link-Tipps: Internationale Bewegung, die an die Milleniumsversprechen erinnert: www.milleniumcampaign.org
Deutschland: www.millenniumcampaign.de
Österreich: www.armutszeugnis.at, www.nullkommasieben.at

IWF Tyrannei der reichen Länder

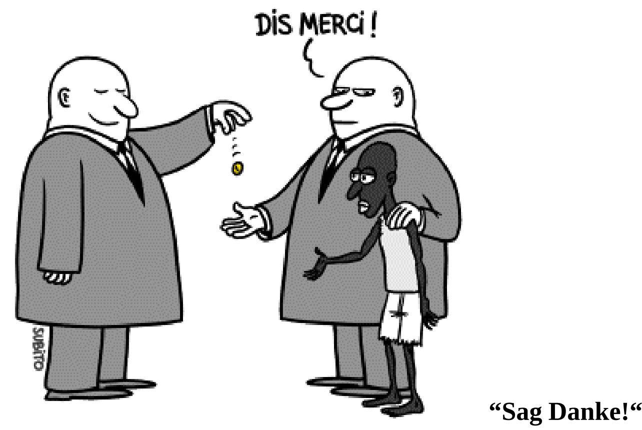
Internationaler Währungsfond gefährdet den G8-Vorschlag zum Schuldenerlass

Von Eric Toussaint und Damien Millet

Am 11. Juni 2005 verkündeten die Finanzminister der G8-Staaten, d.h. der acht am höchsten industrialisierten Staaten der Welt, lauthals eine angeblich historische Entscheidung: Den Erlass der Schulden von 18 armen Länder gegenüber der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) und dem Internationalen Währungsfond, welche sich auf ca. 40 Milliarden US-Dollar belaufen. 20 andere Länder könnten in naher Zukunft möglicherweise auch von einer solchen Großzügigkeit profitieren, was den Gesamtbetrag der erlassenen Schulden auf 55 Milliarden US-Dollar erhöhen würde.

Es mag merkwürdig erscheinen, dass die G8-Verantwortlichen, welche bei anderen so viel Wert auf „gute politische Führung“ und „Transparenz“ legen, somit die Entscheidung träfen Verbindlichkeiten zu streichen, welche durch die Weltbank, die AfDB und den IWF vergeben wurden, **ohne diese drei Institutionen dahingehend konsultiert** zu haben. Tatsächlich haben mehrere Industrienationen, die nicht zum G8 gehören bald reagiert und diese Entscheidung in Frage gestellt. Als Erster äußerte sich am dazu am 22. Juni der **belgische** Vertreter beim IWF, Willy Kiekens: „Solange der Aufsichtsrat nicht zum G8-Vorschlag zum Schuldenerlass gegenüber den HIPC („Highly Indepted Poor Countries“) getagt hat, sollten die Tätigkeiten des Fonds weiter zu den derzeitigen Regeln und Bedingungen ausgeführt werden. Und natürlich sollten die Länder ihre Schulden weiter termingerecht und in voller Höhe bedienen.“ Er schlug daraufhin ein Instrumentarium vor, das es ermöglichen würde den unwiderrufbaren Erlass des Betrages, welche jene 18 Länder dem IWF schulden, zu umgehen. Sein Vorschlag könnte mit dem Ausdruck „Finanzierungszuschüsse“ beschrieben werden. Er schlägt vor, dass der IWF weiterhin darauf bestehen soll, dass diese Länder ihre Schulden bedienen. Doch würde der Fond unter der Voraussetzung, dass sie erfolgreich die von IWF-Experten auferlegten wirtschaftlichen Programme in die Tat umsetzen, Zuschüsse in Höhe der Tilgungsraten gewähren.

Eine Woche danach bekam Belgien Unterstützung durch drei andere reiche Länder: **Schweiz, Norwegen und die Niederlande**. Ihre Vertreter erbrachten hierzu ein Memorandum. Somit möchten diese vier Länder die Konditionen für den durch die G8-Minister verkündeten Schuldenerlass ändern. In der Tat bitten sie darum, dass strenge Bedingungen an jegliche Erlasse geknüpft werden, da sie behaupten, dass „die Gebundenheit an Bedingungen ein grundlegendes Charakteristikum für die effektive Verwendung von durch Schuldenerlass freigesetzte Ressourcen ist“. Jedoch haben die 18 ausgewählten Staaten bereits den Vollendungspunkt der HIPC- Initiative (Initiative für hochverschuldete arme Länder) erreicht, welche lange Jahre neoliberaler Wirtschaftsreformen erzwingt: Erhöhung der **Schulgebühren**, Kosten des **Gesundheitswesens**, **Mehrwertsteuern**, Abschaffung von **Substitutionen** für **Basisprodukte** – vier **Maßnahmen, welche Arme besonders** betreffen. **Privatisierungen**, **Liberalisierung** des Handels und die Schaffung eines **ungleichen Wettbewerbs** zwischen einheimischen Erzeugern und internationalen Unternehmen. Die Kontrolle der Schuldner über diese Länder ist extrem stark und die G8-Minister schlagen lediglich einen gewissen Erlass der Schulden vor und beabsichtigten die Gebundenheit an Bedingungen zu verstärken, verbunden mit neuen Verbindlichkeiten. Für Willy Kiekens und seine niederländischen, norwegischen und Schweizer Kollegen war selbst dies noch zu viel.



“Sag Danke!“
(Zeichnung von Subito, http://bombi.net/attac/index.htm)

Rufen wir uns an diesem Punkt in Erinnerung wie **zutiefst undemokratisch die Vorgänge beim IWF** sind. Man kann sie als **Tyrannei der reichen Länder** bezeichnen. Im Gegensatz zu den Vollversammlung der Vereinen Nationen, wo jedes Land eine Stimme hat (mit der bemerkenswerten Ausnahme des Sicherheitsrats, in dem fünf Nationen ein Veto-Recht besitzen), gibt der IWF gleich der Weltbank den Ländern ein Stimmrecht, welches ihrem angenommenen politischen und ökonomischen Einfluss entspricht. Die Vereinigten Staaten vereinen somit mehr als **17 Prozent** der gesamten Stimmen auf sich, gefolgt von Japan und Deutschland (zu jeweils ca. **sechs** Prozent), Frankreich und Großbritannien (je ca. **fünf** Prozent). Bei diesem Vergleich, können wir festhalten, dass China lediglich **2,94** Prozent der Stimmen hat und die Gruppe, welche durch Äquatorialguinea geleitet wird und 24 französisch und portugiesisch sprachige Länder **Schwarzafrikas** vereint, hat lediglich **1.41** Prozent der Stimmen. Unter solchen Bedingungen ist der Protest der durch Belgien, die Schweiz, Norwegen und die Niederlande geäußert wurde, keineswegs zum Scheitern verurteilt. Der bloße Einfluss dieser vier Länder beim Vorstand des IWF ist alles andere als unerheblich: Jeder von ihnen steht für eine Gruppe von etwa zehn Ländern. Zusammen vereinen sie 16,32 Prozent der Abstimmungsmacht auf sich. Dies ist genug um den IWF in die Enge zu treiben. Allerdings benötigt man für wichtige Entscheidungen, welche die Zukunft des IWF betreffen 85 Prozent der Stimmen. Für Gewöhnlich heißt das, dass die USA jegliche Entwicklungen abwenden, die ihnen nicht zusagen. Dieses Mal sind „kleine“ Länder dabei genau diese Machtverteilungen für sich zu nutzen. Schade, dass sie dies tun um einer Maßnahme zum Schuldenerlass entgegenzutreten, wenn dieser auch nicht ausreichend und nicht angemessen genug sein mag. Warum haben sie sich statt dessen nicht beispielsweise darum gekümmert, sich zu vereinen um im März 2005 der provozierenden Nominierung von Paul **Wolfowitz** für den Vorsitz der Weltbank entgegenzutreten? (...)

http://www.cadtm.org/article.php3?id_article=1544
Übersetzung: Susanna SCHERER coorditrad@attac.org, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen

Wolfgang Pomrehn:
Zoff im Megabündnis: Organisationen aus dem Süden kritisieren Bevormundung bei Protesten gegen G-8-Treffen in Gleneagles

Rund 480 Organisationen haben sich unterm Namen »Make Poverty History« (»Armut zur Geschichte machen«) zusammengeschlossen und organisieren dieser Tage in Schottland einen Teil der Aktionen gegen das Treffen der Gruppe der acht (G 8), die sich vom 6. bis zum 8. Juli in der Nähe Edinburghs treffen. Die größten Gewerkschaften des Landes beteiligen sich ebenso wie Kirchen, entwicklungs-politische Nichtregierungsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Vereine der Einwanderer. Die Initiative hatte im vergangenen Jahr Oxfam ergriffen, eine international tätige Entwicklungshilfeorganisation, die allerdings seit einiger Zeit mit den wichtigen globalisierungskritischen Netzwerken aus Asien und Afrika über Kreuz liegt. Das in Thailand ansässige Institut »Focus on the Global South« (»Der Globale Süden im Brennpunkt«) hatte zum Beispiel 2004 den britischen Oxfam-Zweig wegen dessen Einlenken in der Auseinandersetzung um die Welthandelsorganisation scharf angegriffen.

Streit mit Oxfam

Der Streit ist jedoch bereits älteren Datums. 1999 hatte sich das globale Bündnis für eine sofortige Streichung der Schulden, »Jubilee 2000«, in Deutschland Erlaßjahrkampagne genannt, gespalten. Viele Organisationen aus dem Süden fühlten sich vor allem von britischen, aber auch von anderen europäischen Gruppen aus zumeist kirchlichen Kreisen bevormundet und sahen ihre Forderungen an den Rand gedrängt. Unter anderem ging es den Organisationen aus dem Süden darum, daß die Schulden ihrer Länder als illegitim bezeichnet und deshalb vollständig gestrichen werden müssen, während Organisationen wie Oxfam nur davon sprachen, dass die »unbezahlbaren« Forderungen gestrichen werden sollen. »Make Poverty History« hat diese strittige Formulierung wieder aufgegriffen und demonstriert damit, wie wenig aus dem damaligen Streit gelernt wurde.

Auch im Vorfeld der diesjährigen G8-Mobilisierung hat sich dieser Streit wiederholt. Oxfam International hatte für den September 2004 gemeinsam mit Action Aid und DATA (Debt AIDS Trade Africa), der Afrika-Wohltätigkeitsorganisation, die Bono, Leed-Sänger der Popgruppe U2, gemeinsam mit den Multimilliardären George Soros und Bill Gates (Microsoft) gegründet hat, nach Johannesburg eingeladen. Dort wurde das internationale Bündnis »Global Call to Action Against Poverty« (G-CAP, »Globaler Aufruf zum Handeln gegen die Armut«) ins Leben gerufen. Jedoch sagten Dutzende Organisationen aus den Ländern des Südens, darunter »Focus on the Global South« und das internationale Netzwerk »Jubilee South« ihre Teilnahme ab.

Massiver Rückschritt

Kofi Maluwi Klu, einer der führenden panafrikanischen Aktivisten in Ghana, fasst die Kritik wie folgt zusammen: »In der afrikanischen Befreiungsbewegung sagen wir: ›Nichts über uns, wenn wir nicht mit am Tisch sitzen.‹ ›Make Poverty History‹ ist ein massiver Rückschritt, selbst verglichen mit ›Jubilee 2000‹. Die Kampagne wird dominiert von Nichtregierungsorganisationen aus dem Norden, und ihre wichtigste Botschaft handelt von weißen Milliardären und Popstars, die das hilflose Afrika retten. Die politischen Bewegungen, die vor Ort für die Befreiung kämpfen, kommen in diesem Bild nicht vor«.

Auch in Großbritannien gab es im Vorfeld der von »Make Poverty History« am Samstag in Edinburgh organisierten Großdemonstration erhebliche interne Kritik. Die kritischen Forderungen nach fairem Handel und Demokratisierung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds kamen in der öffentlichen Wahrnehmung kaum rüber. Der Grund: Man hatte die Werbeagentur Abbot Mead Vickers (AMV) engagiert, die zum Beispiel – in einem allerdings abgelehnten Entwurf – vorgeschlagen hatte, Londons Finanzminister Gordon Brown grafisch in eine Reihe mit Mahatma Gandhi und Nelson Mandela zu stellen ...

http://www.jungewelt.de/2005/07-05/007.php

Brian Ashley
Jubilee South Africa und der G-8-Gipfel

Jubilee South ist ein Netzwerk asiatischer, afrikanischer und lateinamerikanischer Gruppen

Als afrikanische Bewegungen der Schulden-Kampagne wiederholen wir unsere seit langem bekannten Forderungen:

– **Bedingungslose Streichung der Schulden** aller Staaten Afrikas und aller Entwicklungsländer. In jüngster Zeit hat die Kommission der Afrikanischen Union sich den afrikanischen Organisationen der Zivilgesellschaft angeschlossen, die die Streichung der Schulden fordern. Das bedeutet, dass es in dieser Frage einen allgemeinen Konsens in Afrika gibt. Alle stimmen darin überein, dass die Streichung der Schulden eine Frage von Gerechtigkeit und Fairness und nicht von Mildtätigkeit ist.
– Wir verlangen den **Stopp aller Programme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank** (...) und die **Wiedergutmachung** für die durch die Strukturanpassungs-programme angerichteten Schäden. (...)
– Wir verlangen die **Rückführung** des gesamten dem afrikanischen Volk gestohlenen und in den westlichen Ländern gehorteten **Reichtums**. Wenn es die westlichen Regierungen mit dem Kampf gegen Korruption wirklich ernst meinen, dann ist das der Test. Die Rückführung dieser Reichtümer an den rechtmäßigen Besitzer – das afrikanische Volk – würde den potentiellen Plünderern das richtige Signal senden und Afrika bei seiner Erholung helfen.
– Wir fordern die **afrikanischen Führer** und Politiker auf, die zerstörerische **neoliberale Politik aufzugeben** und nach Wegen einer Entwicklungspolitik zu suchen, die den Menschen ins Zentrum stellt. Gelingt ihnen dies nicht, ist eine neue Welle von IWF-Rebellionen und Entfremdung der Bevölkerung von den afrikanischen Eliten unvermeidlich.
– Wir glauben mit ganzem Herzen, dass Afrika sein souveränes Recht zurückverlangen muss, über seine Prioritäten und seinen Entwicklungspfad **selbst zu entscheiden**
http://www.jungewelt.de/2005/07-05/008.php

Die G8-Gipfel - ein kurzer Abriß

Nachdem 1971 das Bretton-Woods-Finanzsystem zusammenbricht und im gleichen Jahr die arabischen Ölförderländer den Ölpreis steigen lassen, steckt die Weltwirtschaft in einer großen Krise.
Als Folge darauf treffen dann im Jahr 1975 zum ersten Mal die Staatschefs von Frankreich, Großbritannien, Deutschland, USA, Italien, und Japan zu einem informellen Gespräch in Rambouillet, Frankreich zusammen. Ab 1976 war auch Kanada dabei, Russland folgte als Kooperationspartner im Jahr 1999. In den ersten Jahren wurde ausschließlich das Finanzsystem besprochen, später weiteten sich die Themen aber immer mehr aus. So gibt es heute die verschiedensten "Task Forces", wie die Financial Action Task Force (Geldwäsche, Drogengeschäfte), die Rom-Lyon-Gruppe (Verbrechensbekämpfung, organisierte Kriminalität), die Nuclear Safety and Security Group (Atomreaktorsicherheit), sowie Expertengruppen für die Bereiche Schulden, Armut, Umweltschutz und andere.

Entscheidungen, welche bei diesen Gipfeln getroffen werden, finden stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Einzig durch sogenannte Communiqués werden grobe Informationen, wie besprochene Themen etc., im Anschluss an jeden G8-Gipfel veröffentlicht. Und das obwohl Entscheidungen und Beschlüsse der Gipfeltreffen globalen Einfluss besitzen, da sie durch WTO, Weltbank und IWF weltweit durchgesetzt werden können.

Auch folgende Daten zeigen den globalen Einfluss der G8- Staaten. Sie tätigen fast 90% aller Waffenexporte, produzieren fast 50% des weltweiten CO2, besitzen 80% der Patente auf Medikamente und tragen rund 60% der weltweiten Militärausgaben. Sie erwirtschaften jährlich 65% des globalen Bruttonationaleinkommen, besitzen 48% der Stimmen im Internationalen Währungsfonds (IWF) und 47% der Stimmen in der Worldbank/Weltbank. Weiterhin sind sie die Hauptgläubiger im Trikont.

Die Proteste gegen die G8 -Treffen

Nach 1990 gab es dann erste größere Proteste gegen die Weltwirtschaftsgipfel. Rund 50.000 Menschen beteiligten sich 1998 in **Birmingham** an den Protesten. In **Okinawa (2000)** waren es schon über 70.000 Menschen. Zum Gipfeltreffen 2001 in **Genua** nahmen dann über 250.000 Menschen an Demonstrationen und Gegenveranstaltungen teil. Leider kam es in Genua auch zu unglaublichen Gewaltexzessen der italienischen Polizei und anderen Sicherheitsbehörden. Hunderte Demonstrantinnen wurden (zum Teil lebensgefährlich) verletzt und der junge Demonstrant Carlo Giuliani wurde während einer Auseinandersetzung von einem Carabinieri erschossen. Verhaftete wurden in Polizeikasernen regelrecht gefoltert, was so auch z.B. von Amnesty International thematisiert und verurteilt wurde. Um zu verhindern, dass das fast militärische Niederschlagen von legitimen Protesten in der Öffentlichkeit und bei Medien thematisiert wird, finden die Gipfeltreffen mittlerweile nur noch unter größten Sicherheitsvorkehrungen, an sehr abgelegenen Orten statt. So im Jahr 2002 in Kananaskis, Kanada, wo es nur 3000 Protestierende geschafft haben, an den Veranstaltungsort (bzw. an die rote Zone) heranzukommen. Dort sahen sie sich dann 30.000 Polizisten und Soldaten gegenüber.
Diese Sicherheitsvorkehrungen verschlingen auch unglaublich Summen. Allein die Kosten für die Gipfel 2000 (Okinawa), 2001 (Genua) und 2002 (Kananaskis) belaufen sich auf rund 1.225.000.000 $, also etwa 1.225 Mrd. US-Dollar.

Auch in diesem Jahr wurde wieder ein Ort gewählt, der sowohl den Bedürfnissen der Gipfelteilnehmer entspricht, andererseits aber auch gut gegen Proteste abgesichert werden kann. Dieser Ort nennt sich Gleneagles und ist eigentlich nur eine Hotelanlage im Tal, umgeben von den Ochil Hills. (...).

http://www.attac.de/aktuell/g8-2005.php

Anlässlich des G8 Treffens: Das Forum der Völker meldet sich aus Mali

Im selben Moment, in dem die Staatschefs der G-8 ihre Zusammenkunft in Gleneagles (Schottland) beginnen, bei dem Afrika mit erster Priorität auf der Tagesordnung steht, trafen sich die sozialen Bewegungen und Organisationen der westafrikanischen Zivilgesellschaft in Fana (Mali), entschlossen ihre Stimme nicht unterdrücken zu lassen.

Mehr als 1200 Personen, hauptsächlich aus Mali, aber auch aus Benin, Burkina Faso, der Elfenbeinküste, Ghana, Guinea, Niger, der Zentralafrikanischen Republik, der Demokratischen Republik Kongo, dem Senegal, Togo nahmen vom 6. Bis zum 9. Juli an diesem Gegengipfel zum G-8 teil, einer Volks- und Bauernmobilisation, die von der Koalition afrikanischer Alternativen Schulden und Entwicklung initiiert wurde (CAD Mali)
„Diese Staatschefs der reichsten Länder der Welt behaupten, dass sie sich für die Entwicklung Afrikas einsetzen, aber in Wirklichkeit sind sie dabei, die Konkurrenz unserer Volkswirtschaften mit den Märkten des Nordens durch ihre Freihandelspolitik auszuschalten,“ erklärte Aminata Touré Barry, die Präsidentin der CAD Mali bei der Eröffnung dieses vierten „Forums der Völker“.

Auf dem Programm standen eine große Zahl von Workshops und Gesprächen, bei denen zwei große Sorgen deutlich werden: die **Liberalisierung des Baumwollhandels**, die allein in Mali zwei Millionen Menschen bedroht und die dramatischen Konzequenzen der **Privatisierung der sozialen Basisdienstleistungen** (Gesundheit, Ausbildung, Transportwesen, Stromversorgung, usw.).
„Dieses vierte Forum der Völker wird uns, dessen bin ich sicher, in unserem Kampf gegen den Abbau im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und im Umweltbereich voran bringen“, bekräftigte Alou Diarra, der Präfekt der Region.

Am Samstag, dem 9. Juli fand ein großer Protestmarsch gegen die Privatisierung und die Einführung der OGM .von der malischen Gesellschaft für Entwicklung von Textilfasern (CMDT)statt.

Anne Marchand –Attac France (Groupe Afrique) David Eloy – Crid – Altermondes (http://www.france.attac.org/a5247)
Für weitere Informationen : CAD-Mali E-Mail : jubilecad-mali@cefib.com jubilecadmali@caramail.com
www.forumdespeuples.org : www.penserpouragir.org

TROTZ DES ZYNISMUS DER G8 SCHREITET DIE ORGANISATION DER AFRIKANISCHEN VÖLKER VORAN

G8 Gegengipfel in Afrika

Verfasst in Fana (Mali), am 10. Juli 2005. Unterzeichnet: Victor Nzuzi (Dem. Rep. Kongo), Jean Mpélé (Kongo Brazzaville), Olivier Bonfond (Belgien), Delegierte des internationalen CADTM*-Netzwerks.

Im Folgenden veröffentlichen wir eine Erklärung aus Mali, wo das 4. Forum der Völker als Kontrapunkt zum G8-Gipfel von Gleneagles abgehalten wurde.

Bauern und Bäuerinnen, Viehzüchter, Jäger, Fischer, Frauen, Arbeiter und Arbeiterinnen, die Opfer der Privatisierungen und von Entlassungen geworden waren, Jugendliche, Arbeitslose, Intellektuelle, Sozialbewegungen aus Afrika und der gesamten Welt kamen von 6. bis 8. Juli 2005 unter freiem Himmel und vollständiger Transparenz zur 4. Auflage des „Forums der Völker", dem afrikanischen G8-Gegengipfel, im malinesischen Dorf Fana zusammen.
Ziel dieser - angesichts der beachtlichen Mobilisierung und der starken Beteiligung von Menschen aus ländlichen Gebieten -einzigartigen Initiative ist es, ausgehend von den Anliegen der Bevölkerungen, insbesondere der bäuerlichen Gesellschaftsschicht (80% der afrikanischen Bevölkerung leben von der Landwirtschaft), Alternativen und Strategien für den Widerstand und für neue Aktionen auszuarbeiten.

Während dieser 4 Tage des Austauschs und der Debatten diskutierten die Bauern und Bäuerinnen und andere TeilnehmerInnen über verschiedene Themen rund um den Widerstand gegen die neoliberale Ordnung, beispielsweise im Bereich der Landwirtschaft: GVO, Nahrungssouveränität, Agrarreform (Zugang der Bauern, insbesondere der Bäuerinnen, zu Grund und Boden, gegen die Beraubung dieser durch die multinationalen Agrarkonzerne und die lokalen Herrscherklassen)...

Zeitgleich protestierten die verschiedensten sozialen und altermondialistischen Bewegungen in Schottland mit allen Kräften gegen dieses Treffen der politischen Führer der G8, die gekommen waren, um in der Festung von Gleneagles hinter verschlossenen Türen über die Zukunft unseres Planeten zu diskutieren, und das unter Anwesenheit von 7 Staatschefs der afrikanischen Union und der Musiker Bono und Bob Geldof.

Die **G8**, die **eine illegitime Institution** ist, hat dieses Mal die Verringerung der Armut in Afrika und die globale Klimaerwärmung in den Mittelpunkt ihrer Diskussionen gestellt. Doch einmal mehr wurden mit den vorgeschlagenen Lösungen lediglich wohltätige Aktionen versprochen, mit denen keineswegs die Ursachen des Anwachsens der Armut und der Ungerechtigkeiten - nämlich die neoliberalen Politiken - bekämpft werden.

Tatsächlich ist die angekündigte Verdoppelung der staatlichen Entwicklungshilfe bestenfalls ein **bitteres Lächeln** wert, wenn man bedenkt, dass der finanzielle Beitrag, zu dem man sich vor 35 Jahren verpflichtete (0,7% des Bruttosozialprodukts), immer noch nicht aufgebracht wurde.

Zudem wird die versprochene Streichung der multilateralen Schulden einiger armer Länder weder das Ende der Armutstragödie noch der Schuldensklaverei bedeuten.

Was die Aufhebung der Exportsubventionen betrifft, so müssen sich die Landwirte der Dritten Welt mit einem vagen Versprechen, dass diese „innerhalb einer realistischen Frist" umgesetzt würden, abspeisen lassen.

Die plötzliche Anerkennung des Zusammenhangs zwischen dem wachsenden Ungleichgewicht des Ökosystems und dem „menschlichen Wirken", die nicht einmal mit einem Versprechen, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren, einhergeht, ist Ausdruck des Zynismus der G8, der durch die Vertreter der afrikanischen Union gebilligt wird.

Angesichts dieser Situation hat sich das Forum der Völker dazu verpflichtet, verstärkt solidarisch gegen die neoliberale Ordnung vorzugehen, vorrangig **mit folgenden Zielen:**

- Vollständige und bedingungslose Streichung der **Staatsschulden** der Länder Afrikas und der Dritten Welt.
- Sofortige Beendigung der Privatisierung staatlicher Unternehmen, unverzügliche **Rückübertragung** der bereits privatisierten Unternehmen **in die öffentliche Hand -** und das unter der aktiven Kontrolle der ArbeiterInnen und allgemein der Bevölkerung.
- Zugang der Kleinbauern, insbesondere der Bäuerinnen, zu **Grund und Boden** und zu den anderen Produktionsfaktoren.
- Beendigung aller Vorhaben zur Einführung von GVOs, auch der Experimente mit diesen, sowie Schaffung einer echten **ökologischen** Weltordnung.
- Umsetzung gerechter internationaler Regeln zugunsten eines fairen Handels, die zur **Nahrungssouveränität** der Völker Afrikas und der Welt beitragen.
- Wirtschaftspolitiken, bei denen die Wahrung der grundlegenden Menschenrechte wie Bereitstellung von **Wasser, Arbeit, Gesundheit und Bildung** durch die öffentlichen Hand Priorität haben.
- Beendigung der **Konflikte**, die allzu oft zur Sicherung einer neokolonialen Kontrolle der Ressourcen inszeniert werden.
- Massive Mobilisierung anlässlich der kommenden Großereignisse wie beispielsweise dem Weltmarsch der Frauen in Ouagadougou im Oktober 2005, des dezentralisierten **Weltsozialforums 2006 in Bamako**...

Das Forum von Fana hat im Regen begonnen und geendet – ein symbolisches Anzeichen dafür, dass der Kampf der afrikanischen Völker Früchte tragen wird.

Übersetzerin : Cecile KELLERMAYR, coorditrad@attac.org
*CADTM = Komitee für die Streichung der Schulden der Dritten Welt

Aminata Traoré

Auch Afrika darf sich schützen



Die EU will sich mit Freihandelsabkommen einen privilegierten Zugang zu den afrikanischen Märkten sichern. Das gilt es zu verhindern, fordert Aminata Traoré aus Mali, die Afrikas Gegengipfel zum G-8-Treffen in Edinburgh organisiert

taz: Frau Traoré, Sie haben zuletzt durch eine Kampagne gegen die anvisierten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten von sich reden gemacht. Was haben Sie gegen diese Abkommen?

Aminata Traoré: Diese Abkommen zielen darauf, unsere Märkte für europäische Importe zu öffnen. Unsere Kleinunternehmer sollen überschwemmt werden. Das ist unverantwortlich! Es geht vor allem um die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor. Seit 50 Jahren Unabhängigkeit und seit 30 Jahren Strukturanpassung hören wir immer dasselbe: "Schafft gute Rahmenbedingungen, wir kommen! Baut die richtigen Institutionen auf, damit wir uns bei euch wie zu Hause fühlen und damit die Investitionsrendite stimmt!" Und dann wundern sich die Europäer, dass unsere Männer und Frauen, mittellos, verarmt und verzweifelt, auf Wanderung gehen? Ihr schickt uns doch zugleich eure Fernsehbilder, um uns zu zeigen, wie man gut lebt.

Was wäre denn die Alternative?

Europa wird sich schon noch wundern. Europa zittert doch schon. Europa verlangt von uns Wettbewerbsfähigkeit, aber mit China erfährt es Wettbewerbsfähigkeit am eigenen Leib und kriegt die Panik. Europa schickt uns seine Hühnerbeine, seine Gebrauchtwagen, seine abgelaufenen Medikamente und seine ausgelatschten Schuhe, und weil eure Reste unsere Märkte überschwemmen, gehen unsere Handwerker und Bauern unter. Jetzt schickt China seine Produkte nach Europa, und zwar nicht einmal Reste, sondern saubere, wettbewerbsfähige Waren. Und was tut Europa? Es diskutiert Zölle. Also sage ich: Auch Afrika darf sich schützen. Europa kann doch nicht vor China Panik kriegen und zugleich von Afrika Öffnung verlangen.

Aber die Führer Afrikas werden sich wohl doch mit der EU auf die neuen Freihandelsabkommen einigen. Was machen Sie dann?

Für uns sind diese Abkommen die Massenvernichtungswaffen Europas. Wir müssen ein afrikanisches Bewusstsein darüber bilden. Also als Erstes: eine mündige öffentliche Meinung. Dann müssen wir von unseren Politikern verlangen, diese Meinung zu vertreten. Das ist Demokratie. Hören wir doch auf mit transparenten Wahlurnen und öffentlichen Wählerlisten, darum geht es nicht. Es geht um einen wirklichen Dialog zwischen Bürgern und Politikern, um eine verantwortungsbewusste, fordernde Zivilgesellschaft. Ganz wichtig ist der Schulterschluss mit der öffentlichen Meinung des Nordens. Deswegen habe ich mich auch in die französische Referendumskampagne zur EU-Verfassung eingemischt. Man kann doch nicht über Europa reden und zugleich die afrikanischen Länder ignorieren, mittels derer die einstigen Kolonialmächte ihr Kapital aufgebaut haben.

In den bestehenden Kooperationsabkommen von Cotonou zwischen der EU und den AKP-Staaten ist der Dialog mit der Zivilgesellschaft bereits vorgesehen. Das müsste also auch bei Freihandelsverhandlungen gelten. Waren Sie beteiligt oder überhaupt eingeladen?

Für so was wird von den Politikern eine eigene Zivilgesellschaft maßgeschneidert. Kleine Gruppen von Leuten bilden einen Verein, und solche Vereine werden dann bevorzugt, um die wahre Zivilgesellschaft zu umgehen, die weiter am Bettelstab geht.

Sie suchen das Bündnis mit Europas Globalisierungskritikern. Wenn diese jedoch Afrikas Regierungen kritisieren, wirft man ihnen schnell Paternalismus vor.

Ich weiß. Als wir die globalisierungskritische Bewegung gründe-ten, zeigte man auf uns mit dem Finger: Die sind rückschrittlich, die wollen keinen Fortschritt, kein Genfood und so weiter. Man wollte keine freie Diskussion. Und wenn jemand im Norden unsere Forderungen aufgreift, nennt man sie paternalistisch. Sicherlich gibt es da auch Paternalisten. Aber es gibt auch wahre Verbündete, die uns respektieren. Wir wollen wahre Verbündete, denn die Folgen liberaler Politik sind überall gleich. Heute merken das die Leute im Norden allmählich. Je weiter Europa sich integriert, desto stärker spüren die Menschen dort die Entmachtung, die wir hier bereits leben. Europa hat das Glück, dass seine sozialen Bewegungen viel organisierter sind als unsere.

Man sagt: Es gibt keine Alternative zum Freihandel.

Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Menschen bei uns keine Alternative zu Auswanderung sehen, zu Krieg, zu Armut.

Wenn Sie so reden, setzen Sie sich der Kritik aus, demagogisch zu sein.

Nein. Diese Kritiker sind Karrieristen. Ich brauche nicht demagogisch zu sein, ich bin keine Politikerin, ich habe daran nichts zu gewinnen und nichts zu verlieren. Ich sage nur, dass die Bürokraten in Nord und Süd heiße Luft von sich geben.

INTERVIEW: FRANÇOIS MISSER

taz Nr. 7708 vom 6.7.2005, Seite 12

Tariq Ali

Bomber reagieren auf Bomben

Gegen den islamischen Terrorismus helfen keine militärischen Maßnahmen. Mehr Sicherheit brächte nur das Ende der Besetzung Iraks, Afghanistans und Palästinas

Tony Blairs Antwort auf die Angriffe auf London waren charakteristisch. Flankiert von George W. Bush und Jacques Chirac, stellte er zivilisatorische Grundsätze ins Zentrum: Die Barbaren würden "unsere Zivilisation" angreifen, so lautete seine Interpretation der Ereignisse. Keine andere Erklärung wurde für nötig gehalten. Warum zielten diese Barbaren nicht auf Paris oder Berlin? Warum auf Madrid und London? Könnte es sein, dass diese schrecklichen Akte etwas mit dem anhaltenden Krieg im Irak zu tun haben, wo "zivilisierte" Eroberer sich nicht einmal die Mühe machen, die Opfer unter den irakischen Zivilisten zu zählen? Zudem ist es nicht das erste Mal, dass London von Organisationen angegriffen wurde, die in Opposition zur britischen Regierung stehen. Erinnert sich jemand heute noch an den Umgang mit Irland?

In der letzten Phase des Konflikts zielte die IRA auf die britische Insel: Fast hätte sie damals Margaret Thatcher und ihr Kabinett in die Luft gesprengt, als die im Grand Hotel in Brighton zu einer Konferenz der Konservativen Partei weilte und eine Bombe im Tagungshotel hochging. Einige Monate später wurde eine Rakete auf die Downing Street Nr. 10 abgefeuert, den Amtssitz der Regierungschefin. Und auf Londons Finanzviertel wurde damals ebenfalls ein Anschlag verübt, was große Sachschäden verursachte.

Die Identität der Organisation, die diese Terrorakte ausführte oder ihre Forderungen auf diese Weise unterstreichen wollte, war kein Geheimnis. All dies passierte, obwohl es die Möglichkeit einer "Haft ohne Anklage" gab. Und es geschah trotz der ganzen anderen Gesetze, die vom Unterhaus zur Abwehr von ebendiesem Terrorismus verabschiedet worden waren.

Die Attentäter, deren Bomben am 7. Juli in Londons öffentlichen Verkehrsmitteln explodierten, sind dagegen anonym. Zwar gibt es inzwischen Bekennerschreiben im Internet, von denen noch nicht genau zu sagen ist, ob sie echt sind. Doch es wird in jedem Fall angenommen, dass die verantwortlichen Gruppen oder Individuen mit al-Qaida in Verbindung stehen. Doch Genaues wissen wir einfach nicht. Und al-Qaida ist nicht die einzige existierende Terrororganisation. Sie hat Rivalen innerhalb der muslimischen Diaspora.

Auf seiner Website machte der Economist gestern den Interpretationsvorschlag: "Es ist nicht unmöglich, dass eine Gruppe von Antikapitalisten oder Globalisierungsgegnern die Explosionen verursachte, zeitlich abgestimmt mit dem G-8-Treffen." Aber ich glaube, dass das auszuschließen ist. Es gibt in der Bewegung für globale Gerechtigkeit keine Strömung, die davon ausgeht, dass es irgendeinen Sinn macht oder das Recht gibt, Zivilisten anzugreifen. Es ist deshalb sicher anzunehmen, dass die Ursache der Bombenattacken in London vor zwei Tagen in der - sowohl politisch wie auch militärisch - großzügigen Unterstützung liegt, die New Labour und ihr Premierminister für die US-Kriege in Afghanistan und Irak aufbringen.

Der Londoner Bürgermeister Ken Livingstone hatte stets viele Argumente gegen eine britische Kriegsbeteiligung ins Feld geführt. Er war vorausschauend, als er an Blair appellierte, den Krieg im Irak nicht zu unterstützen: "Ein Angriff auf den Irak wird die Weltöffentlichkeit spalten und die Sicherheit und den Frieden überall gefährden. London als eine der großen Städte der Welt hat bei einem Krieg viel zu verlieren. Demgegenüber hat die Stadt durch eine Unterstützung von Frieden, internationaler Zusammenarbeit und globaler Stabilität viel zu gewinnen."

Das Ziel der Bomber dürfte gewesen sein, London zum Erliegen zu bringen, während Bush und Blair in einem fernen schottischen Außenposten den G-8-Gipfel veranstalteten (oder war es gar als eine warnendes Signal an das Olympische Komitee gemeint?). Doch die Mehrheit der Londoner wie auch der Bewohner des übrigen Landes waren mehrheitlich gegen den Krieg im Irak. Tragischerweise mussten solche Menschen die Anschläge über sich ergehen lassen und den Preis zahlen sowohl für die Wiederwahl Blairs als auch für die Fortsetzung des Krieges. Oder, wie der angesehene englische Schriftsteller John Lanchester kürzlich über New Labour schrieb: "Was das Verhältnis von New Labour zu Amerika angeht, so ist es nur mit dem Ineinander-verkeilt-Sein von Hunden während des Geschlechtsakts zu vergleichen, die in dieser Situation unmöglich voneinander zu trennen sind."

Seit dem 11. September habe ich immer wieder gesagt, dass der "Krieg gegen den Terror" unmoralisch und kontraproduktiv ist. Denn er billigt den Gebrauch von Staatsterrorismus – Bombardierungen, Folter, unzählige getötete Zivilisten in Afghanistan und Irak - gegen Islamoanarchisten, deren Zahl klein ist, die aber dennoch eine tödliche Reichweite entwickelt haben.

Die Lösung damals wie heute muss auf politischem und nicht auf militärischem Terrain gesucht werden. Die britische Elite hat dies im Fall von Irland sehr wohl verstanden. Sicherheitsmaßnahmen, eilig durchs Parlament gebrachte Antiterrorgesetze, die Einführung von Personalausweisen sowie Einschränkungen der Freiheiten der britischen Bürger werden das Problem nicht lösen. Wenn sie überhaupt etwas bewirken, werden sie junge Muslime in Richtung sinnloser Gewalt drängen.

Die wirkliche Lösung liegt in der schnellen Beendigung der Besetzung des Iraks, Afghanistans und Palästinas. Nur weil über diese drei Kriege nur sporadisch berichtet wird und sie den meisten Bürgern Europas nur wenig bedeuten, heißt dies nicht, dass die Wut und Bitterkeit, die die Kriege in der muslimischen Welt und ihrer Diaspora verursachen, unbedeutend sind.

Politiker aus dem Establishment haben wenig Kontakt mit der Jugend, und dies trifft insbesondere auf die arabische Welt zu. Solange westliche Politiker ihre Kriege führen und ihre Kollegen in der muslimischen Welt schweigend zuschauen, werden junge Menschen von Gruppen angezogen werden, die immer wieder Racheakte durchführen.

Zu Beginn des G-8-Gipfels wies Tony Blair darauf hin: "Armut ist die Ursache für Terrorismus." Dies war ein recht fortschrittlicher Gedanke für einen so reaktionären Politiker wie ihn. Aber so ist es in der Realität nicht. Die Hauptursache für diese Gewalt ist die Gewalt, die den Menschen in der muslimischen Welt angetan wird. Die Bombardierung unschuldiger Menschen in Bagdad, Dschenin und Kabul ist genauso barbarisch wie die in New York, Madrid oder London. Und solange das nicht anerkannt wird, wird der Horror weitergehen.

Aus dem Englischen von Sven Hansen, TAZ - 9.7.05

Arundati Roy

Wir sehen nur einen Bruchteil der Gräuel, die im Irak entfesselt wurden

Einleitende Rede auf dem Welttribunal zum Irak (23.-27. Juni 2005) in Istanbul

Das ist der Höhepunkt des „World Tribunal on Iraq". Es ist von besonderem Interesse, dass diese Veranstaltung hier in der Türkei abgehalten wird, wo die U.S. in der Türkei gelegene Luftwaffenbasen nutzten, um schon vor der Invasion im März 2003 zu zahlreichen Bombenangriffen zu starten, die irakische Verteidigungsstellungen zerstören sollten, und die um politische Unterstützung der türkischen Regierung nachfragten und immer noch nachfragen, die von ihnen als ein Alliierter betrachtet wird. All das machten sie angesichts einer enormen öffentlichen Opposition der türkischen Menschen. Als eine Sprecherin einer 'Jury des Gewissens' würde es mich unruhig werden lassen, wenn ich nicht erwähnen würde, dass **auch** die Regierung **Indiens**, wie die Regierung der Türkei, sich selbst als eine 'Alliierte' der Vereinigten Staaten [von Amerika] positioniert hat, was ihre ökonomische Politik und den so genannten 'War on Terror' betrifft.

Die Zeugenaussagen der früheren Sitzungen des „World Tribunal on Iraq" in Brüssel und in New York bewiesen, dass sogar jene von uns, die versuchten, den Krieg im Iraq aus der Nähe zu verfolgen, **nicht einen Bruchteil der Gräuel gewahr wurden, die im Irak entfesselt wurden**.

Die 'Jury des Gewissens' dieses Tribunals ist nicht dazu da, ein simples 'schuldig' oder 'nicht-schuldig' gegen die U.S. und ihre Alliierten abzuliefern. Wir sind hier, um ein breites Spektrum von Beweisen über die Beweggründe und Konsequenzen der U.S.-Invasion und -Okkupation zu untersuchen, Beweise, die ganz bewusst klein geredet oder gar unterdrückt wurden. Jeder Aspekt des Krieges wird untersucht werden müssen - seine Rechtmäßigkeit, die Rolle internationaler Institutionen und die der wichtigsten Unternehmen während der Besatzung, die Rolle der Medien, die Auswirkungen von Waffen wie die mit abgereichertem Uran versetzte Munition, Napalm und Splitterbomben, der Gebrauch und die Legitimation von Folter, ökologische Belastungen durch den Krieg, die Verantwortung arabischer Regierungen, der Einfluss der irakischer Besatzung auf Palästina und die Geschichte amerikanischer und britischer militärischer Interventionen im Irak. **Dieses Tribunal ist der Versuch, die amtliche Darstellung zu korrigieren**. Um die Geschichte des Krieges darzustellen nicht aus der Sicht des Siegers, sondern aus der Sicht des vorübergehend - und ich wiederhole das Wort vorübergehend - Besiegten.

Bevor es zu den Zeugenaussagen geht, würde ich gerne einige Fragen beantworten, die über dieses Tribunal aufgekommen sind, so ehrlich, wie es mir möglich ist.

Dieses Tribunal sei ein **'einseitiges** Gericht' (kangaroo court). Weil es nur eine Sicht der Dinge repräsentiere. Weil es eine Anklage ohne Verteidigung sei. Weil das Urteil eine ausgemachte Sache sei.

Nun, diese Sicht will uns die rührende Vorstellung einflüstern, dass in dieser ach so harten Welt die Sicht der U.S.-Regierung und der so genannten 'Koalition der Willigen', allen voran Präsident George Bush und Premierminister Tony Blair, irgendwie nicht mehr repräsentiert werde. Dass das „World Tribunal on Iraq" sich nicht bewusst sei der Argumente zur Unterstützung des Krieges und nicht willens sei, die Sicht der Dinge der Angreifer zur Kenntnis zu nehmen. Wenn irgend jemand im Zeitalter der multinationalen vereinigten Medien und des eingebetteten Journalismus ernsthaft diese Sicht aufrechterhalten kann, dann leben wir wirklich im 'Zeitalter der Ironie', in einem Zeitalter, in dem Satire bedeutungslos geworden ist, weil das wirkliche Leben satirischer ist als Satire jemals sein kann.

Lassen sie mich grundsätzlich sagen: **Dieses Tribunal ist die Verteidigung**. **Es ist selbst ein Akt des Widerstandes**. Es ist eine Verteidigung, aufgebaut gegen einen der gemeinsten Kriege der Geschichte, die jemals geführt wurden, ein Krieg, in dem internationale Institutionen benutzt wurden, um ein Land zu entwaffnen und die dann [tatenlos] herumstanden, als dieses Land dann angegriffen wurde, mit einem größeren Arsenal von Waffen als jemals in der Geschichte des Krieges verwendet.

Zweitens, dieses Tribunal ist **nicht** in irgendeiner Art und Weise eine **Verteidigung von Saddam Hussein**. Seine Verbrechen an Irakern, Kurden, Iranern, Kuweitis und anderen können nicht verrechnet werden mit dem Prozess, Licht zu bringen in Iraks aktuelle und anhaltende Tragödie. Dennoch, wir dürfen nicht vergessen, dass, als Saddam Hussein seine schlimmsten Verbrechen beging, die **U.S.-Regierung ihn politisch und materiell unterstützte**. Als er kurdische Menschen vergasen ließ, finanzierte ihn die U.S.-Regierung, rüstete ihn auf und schwieg ansonsten.

Während wir hier sprechen, wird Saddam Hussein gerade als Kriegsverbrecher abgeurteilt. Aber was ist mit denen, die geholfen haben, ihn an die Macht zu bringen, die ihn aufgerüstet haben, die ihn unterstützt haben - und die jetzt ein Tribunal errichten, das ihn verurteilen und sie komplett freisprechen soll ? Und was ist mit den anderen Freunden der Vereinigten Staaten in dieser Region, einschließlich der Regierung der Türkei, die kurdischer Menschen und anderer Menschen Rechte unterdrückt haben ?

Es haben sich außergewöhnliche Menschen hier versammelt, die angesichts unbarmherziger und brutaler Aggression und Propaganda hartnäckig gearbeitet haben, um ein umfassendes Spektrum von Beweisen und Informationen zusammenzutragen, die als Waffe in der Hand derjenigen dienen können, die teilnehmen wollen beim Widerstand gegen die Besetzung des Iraks. Das könnte auch eine Waffe werden in der Hand der **Soldaten** der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Italiens, Australiens, und woanders, **die nicht mehr kämpfen wollen**, die nicht mehr ihr Leben einsetzen wollen - oder das Leben Anderer nehmen wollen - **für einen Haufen von Lügen**. Das könnte eine Waffe werden in der Hand von Journalisten, Schreibern, Dichtern, Sängern, Lehrern, Klempnern, Taxifahrern, Automechanikern, Malern, Rechtsanwälten - von allen, die teilnehmen wollen am Widerstand.

Die Beweise, die von diesem Tribunal veröffentlicht werden, könnten, zum Beispiel, genutzt werden vom Internationalen Strafgerichtshof (dessen Rechtsprechung die USA nicht anerkennen), um als Kriegsverbrecher zu verurteilen George Bush, Tony Blair, John Howard, Silvio Berlusconi und alle Regierungsoffizielle, Armeegenerale und Chefs (CEOs) verbandelter Unternehmen, die sich an diesem Krieg beteiligten und jetzt von ihm profitieren.

Der Angriff auf den Irak ist ein Angriff auf uns alle: auf unsere Würde, auf unsere Intelligenz, auf unsere Zukunft.

Wir geben zu, dass das Urteil des „World Tribunal on Iraq" nicht rechtsverbindlich ist im internationalen Recht. Dennoch, unsere Bestrebungen gehen weit darüber hinaus. Das World Tribunal on Iraq legt sein Schicksal in das Gewissen von Millionen Menschen überall auf der Welt, die nicht mehr nur da stehen wollen und warten wollen, während die Menschen des Iraks geschlachtet, unterjocht und gedemütigt werden.

http://www.worldtribunal.org/ Eigene, nicht-autorisierte Übersetzung vom Englischen ins Deutsche von: Wolfgang Maul, Fragen zur Übersetzung bitte an webmaster@ecofreak.de
http://www.globalresistance.de/modules.php?name=News&file=article&sid=254

Welttribunal für Irak - Istanbul 27.Juni 2005

Erklärung der „Jury des Gewissens“

Im Februar 2003, Wochen bevor der Krieg gegen Irak begann, protestierten Millionen Menschen auf den Straßen weltweit. Der Protest blieb unbeachtet. Keine internationale Organisation hatte den Mut oder das Verantwortungsbewusstsein, sich gegen den Angriff der amerikanischen und britischen Regierungen zu stellen. Niemand konnte sie stoppen.
Jetzt sind zwei Jahre vergangen. Der Irak wurde überfallen, besetzt und verwüstet.
Der Angriff gegen Irak ist ein Angriff gegen Gerechtigkeit und Freiheit, gegen unsere Sicherheit, gegen unsere Zukunft, gegen uns alle. Wir, die Menschen des Gewissens, entschieden uns, aufzustehen.
Wir bildeten das Welttribunal zum Irak, um Gerechtigkeit und eine friedliche Zukunft zu fordern.

Die Legitimität des Weltgerichts zum Irak beruht auf dem kollektiven Gewissen der Menschheit. Diese Sitzung in Istanbul war der Höhepunkt einer Reihe von 20 Anhörungen, die in verschiedenen Städten der Welt stattfanden und sich mit der illegalen Invasion und Besatzung des Iraks beschäftigten.
Wir, die „Jury des Gewissens“, aus 10 unterschiedlichen Ländern, haben uns in Istanbul getroffen.
Wir hörten 54 Aussagen von Anwälten und Zeugen, die aus der ganzen Welt, inklusive des Iraks, der USA und Großbritanniens, anreisten. Das Weltgericht zum Irak traf sich vom 24. bis 26. Juni 2005 in Istanbul. Das Hauptziel ist, die Wahrheit über den Irakkrieg so deutlich wie möglich zu formulieren und Schlussfolgerungen zu ziehen, die die Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen, und die Bedeutung von Gerechtigkeit für das irakische Volk unterstreichen.

I. Überblick

1. Die von den amerikanischen und britischen Regierungen genannten Gründe für die illegale Invasion und Besatzung des Iraks im März 2003 haben sich als falsch erwiesen. Das wahre Motiv war den Mittleren Osten zu kontrollieren und zu beherrschen. Die Vorherrschaft über den Mittleren Osten zu etablieren dient dem Ziel, die weltgrößten Ölreserven zu kontrollieren und die Position Israels, des strategischen US-Verbündeten, zu stärken.
2. Es wurden krasse Unwahrheiten über das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak und eine Verbindung zwischen Al Qaeda und dem Regime von Saddam Hussein erfunden, um öffentliche Unterstützung für einen "präventiven" Angriff gegen einen souveränen, unabhängigen Staat zu erhalten.
3. Der Irak stand Jahre unter Belagerung. Die Auferlegung der massiven, unmenschlichen Wirtschaftssanktionen am Ende des ersten Golfkrieges 1991; die Einrichtung von Flugverbotszonen in Nord- und Südirak und die gleichzeitige Bombardierung des Landes zielten darauf ab, die Menschen des Iraks zu entwürdigen sowie materielle Ressourcen und Kapazitäten zu schwächen, um die folgende Invasion und Besetzung zu erleichtern. Für diese Unternehmung hatte die amerikanische und britische Führung die Billigung eines sich mitschuldig gemachten US-Sicherheitsrates.
4. Bei der Verfolgung des Planes des Imperiums ignorierten Bush und Blair eindeutig die massive Opposition zum Krieg, die von Millionen Menschen weltweit zum Ausdruck gebracht wurde. Sie begannen einen der ungerechtesten, unmoralischsten und niederträchtigsten Kriege der Geschichte.
5. Die angloamerikanische Besatzung des Iraks der letzten 27 Monate hat zu Zerstörung und Verwüstung des irakischen Staates und seiner Gesellschaft geführt. Gesetz und Ordnung sind vollständig zusammengebrochen. Daraus resultiert ein eklatanter Mangel an Sicherheit, die Infrastruktur und die Gesundheitsversorgung sind in chaotischem Zustand, das Schulwesen hat aufgehört zu funktionieren, es gibt eine massive Umweltzerstörung und das kulturelle und archäologische Erbe der Iraker wurde geschändet.
6. Die Besatzung hat absichtlich die ethnische und konfessionelle Teilung in der irakischen Gesellschaft verschärft, mit dem Ziel, die Identität und Integrität des Iraks als Nation zu untergraben. Dies ist die bekannte imperiale Politik des Teilens und Herrschens.
7. Die Auferlegung der UNO-Sanktionen 1991 verursachte unsägliches Leid und Tausende Tote. Die Situation hat sich seit der Besatzung verschlechtert. Mindestens 100.000 Zivilisten wurden getötet, 60.000 befinden sich ohne Anklage unter unmenschlichen Bedingungen in US-Haft, Tausende sind verschwunden, und Folter ist praktisch Routine geworden.
8. Die Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung der irakischen Wirtschaft hat das Land in eine Klientenwirtschaft verwandelt, die dem Washington Consensus dient. Die Besatzungskräfte haben auch ihr Primärziel, die Kontrolle des irakischen Öls, erreicht.
9. Jedem Gesetz und jeder Institution, die unter der Ägide der Besatzung entstehen, fehlt die legale und moralische Autorität. Die kürzlich durchgeführte Wahl, die konstituierende Versammlung, die gegenwärtige Regierung und der Ausschuss für die Erarbeitung der Verfassung sind folglich unrechtmäßig.
10. Es gibt eine weit verbreitete Opposition gegen die Besatzung. Politischer, sozialer- und ziviler Widerstand mit friedlichen Mitteln wird von den Besatzern unterdrückt. Die Brutalität der Besatzung provoziert einen starken bewaffneten Widerstand und bestimmte Aktionen der Verzweiflung. Die Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen sowie internationales Recht legitimieren und rechtfertigen den verbreiteten nationalen Widerstand gegen die Besatzung. Er verdient die Unterstützung aller Menschen, die sich für Gerechtigkeit und Freiheit einsetzen.

II. Ergebnisse und Anklagen

Auf der Grundlage der vorhergehenden Befunde und der in Erinnerung gerufenen Charta der Vereinten Nationen und anderer gesetzlich maßgeblicher Dokumente, an die im Anhang erinnert wird, begründet die Jury folgende Anklagen.

A. Gegen die Regierungen der USA und Großbritanniens

1. Planung, Vorbereitung und Führung des größten Verbrechens eines Angriffskrieges in Zuwiderhandlung der Charta der Vereinten Nationen und der Nürnberger Prinzipien. Der Beweis dafür findet sich in der durchgesickerten Notiz der Downing Street vom 23. Juli 2002, in der enthüllt wurde: "Militäraktionen wurden jetzt als unvermeidlich angesehen. Bush wollte Saddam

durch Militäraktionen entfernen, gerechtfertigt durch den Zusammenhang von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen. Aber Geheimdienstinformationen und Fakten waren durch die Politik festgelegt." Geheimdienstinformationen wurden erfunden, um die Menschen und ihre gewählten Repräsentanten in den USA und in Großbritanniens absichtlich zu betrügen.

2. Zielen auf die Zivilbevölkerung des Iraks und die zivile Infrastruktur durch absichtliche direkte Angriffe auf Zivilisten und Krankenhäuser, medizinische Einrichtungen, Wohnsiedlungen, Elektrizitätswerke und Kläranlagen in Verletzung der Genfer Konvention von 1949 und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), Artikel 7 (1) (a), 8 (2) (a) (i) und 8 (2) (b) (i). Die komplette Zerstörung der Stadt Falluja stellt ein außerordentliches Beispiel dieser Verbrechen dar.

3. Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt und Massenvernichtungswaffen, wie Clusterbomben, Brandbomben, abgereichertes Uran (DU) und chemische Waffen. Der detaillierte Beweis wurde dem Tribunal durch Expertenaussagen erbracht, dass Leukämiefälle bei Kindern unter fünf Jahren an Orten, die mit abgereicherten Uran beschossen wurden, stark gestiegen sind.

4. Das Leben von Zivilisten während der Militäraktionen und der folgenden Besatzungszeit, in Verletzung der 4. Genfer Konvention (Artikel 13 und 27) und des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs – ICC - Artikel 7 (1) (a) und 8 (2) (a) (i) nicht geschützt zu haben. Dies wird z.B. durch die "Angst und Schrecken"-Bombardierungen ("shock and awe") und das Auftreten der Besatzungskräfte an Kontrollpunkten bewiesen.

5. Einsatz tödlicher Gewalt gegen friedliche Demonstranten, beginnend mit, neben anderen, der Tötung im April 2003 von mehr als einem Dutzend friedlicher Demonstranten in Falluja.

6. Verhängung von Strafen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren, einschließlich der Kollektivbestrafung der Menschen im Irak in Verletzung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), der Genfer Konventionen und des internationalen Gewohnheitsrechts, das Rechtstaatlichkeit vorschreibt. Wiederholte Beweise deuten auf Kidnappings ("snatch and grab operations") hin, auf das Verschwinden und Ermorden von Menschen.

7. Unterziehung irakischer Soldaten und Zivilisten der Folter und grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung in Verletzung der Genfer Konvention, des ICCPR, anderer Verträge und Vereinbarungen und des internationalen Gewohnheitsrechts. Zur entwürdigenden Behandlung gehören Aktionen rassistischer, ethnischer, religiöser und geschlechtlicher Diskriminierung gegen irakische Soldaten und Zivilisten, sowie die Weigerung, irakischen Soldaten den Kriegsgefangenstatus, wie von der Genfer Konvention gefordert, zuzugestehen. Reichliche Beweise dafür bieten die ungesetzlichen Verhaftungen und Festnahmen ohne Prozess. Bekannte und ungeheure Beispiele traten im Gefängnis Abu Ghraib sowie in Mosul, Camp Bucca und Basra auf. Die Beschäftigung von Söldnern und Privatunternehmen zur Durchführung von Folter dient dazu, Verantwortlichkeiten zu untergraben.

8. Neuschreiben der Gesetze eines Landes, in das illegal eingedrungen und das besetzt wurde in Verletzung der internationalen Vereinbarungen über Besatzungsmächte, um illegale Profite anzusammeln (mit solchen Maßnahmen, wie die von L. Paul Bremer für die Übergangsregierung unterzeichnete Order 39, die fremden Investoren erlaubt, staatseigene Unternehmen des Iraks zu kaufen und zu übernehmen und 100 Prozent der Profite und Vermögen in das Heimatland zu transferieren) und das Öl des Iraks zu kontrollieren. Beweisstücke führen eine Anzahl von Unternehmen auf, die von solchen Transaktionen profitiert haben.

9. Absichtliche Zerstörung der Umwelt durch Kontaminierung durch abgereicherte Uranmunition, kombiniert mit dem Rauch brennender Ölquellen und auslaufendem Öl und die Zerstörung von Ackerland. Absichtliche Unterbrechung der Wasserversorgung und Abfallbeseitigung, die an biologisch-chemische Kriegsführung grenzt. Keine Verhinderung des Plünderns und Verbreitens radioaktiven Materials von atomaren Anlagen. Umfangreiche Unterlagen zu Luft- und Wasserverschmutzung, Verschlechterung der Böden und radioaktiver Verunreinigung sind dazu vorhanden.

10. Aktiv Bedingungen herzustellen, unter denen der Status irakischer Frauen ernsthaft vermindert wird, im Gegensatz zu den wiederholten Behauptungen der Führer der Koalition der Willigen. Die Möglichkeit der freien Bewegung ist für Frauen stark begrenzt worden, ebenso ihr Zugang zu Bildung, Einkommen und sozialem Engagement. Beweise wurden erbracht, dass sexuelle Gewalt und Menschenhandel seit der Besatzung des Iraks gestiegen sind.

11. Versagen, das archäologische und kulturelle Erbe der Menschheit im Irak zu schützen, indem das Plündern von Museen und anerkannten historischen Stätten erlaubt wurde, sowie die Errichtung militärischer Stützpunkte an kulturell und archäologisch sensiblen Orten. Dies fand trotz vorheriger Warnungen der UNESCO sowie irakischer Museums-angestellter statt.

12. Das Recht auf Informationen zu versperren, einschließlich der Zensur irakischer Medien wie Zeitungen (z.B. Al-Hawza, Al-Mashriq und Al-Mustaqila) und Radiostationen (Baghdad-radio), Angriffe gegen internationale Journalisten, Inhaftieren und Töten von Akademikern, Intellektuellen und Wissenschaftlern.

13. Neudefinierung der Folter in Verletzung internationalen Rechts, um den Einsatz von Folter und illegaler Inhaftierungen zu erlauben, einschließlich der Gefangennahme von mehr als 500 Menschen in Guantánamo Bay ohne Anklage und ohne ihnen Rechtsschutz zu gewähren, sowie "außerordentliche Maßnahmen", um Menschen in andere Länder zu schicken, die dafür bekannt sind, Menschenrechte zu missachten und Gefangene zu foltern.

B. Gegen den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

1. Versagt zu haben, den Irak gegen eine kriminelle Aggression zu schützen.

2. Dem Irak harte ökonomische Sanktionen auferlegt zu haben, trotz der Kenntnis, dass die Sanktion direkt dazu beitrugen, dass viele Menschen starben und unschuldige Zivilisten verletzt wurden.

3. Es den Vereinigten Staaten und Großbritannien erlaubt zu haben, illegal Bombenangriffe in den Flugverbotszonen durchgeführt, unter falschem Vorwand UN-Resolutionen erzwungen, zu keinem Zeitpunkt im Sicherheitsrat dazu Diskussionen erlaubt und sich dadurch mitschuldig und verantwortlich gemacht zu haben, dass Zivilisten starben und die irakische Infrastruktur zerstört wurde.

4. Es den Vereinigten Staaten erlaubt zu haben, die Vereinten Nationen zu dominieren und sich jeder Rechenschaft gegenüber anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen zu entziehen.

5. Damit gescheitert zu sein, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit durch die Vereinigten Staaten und ihrer Koalitionspartner im Irak zu stoppen.

6. Damit gescheitert zu sein, die Vereinigten Staaten und die Koalitionspartner für die Verletzungen des internationalen Rechts während der Besatzung verantwortlich zu machen, sowie die Besatzung offiziell anzuerkennen, wodurch die illegale Invasion legitimiert und der Sicherheitsrat damit ein Kollaborateur der illegalen Besatzung wurde.

C. Gegen die Regierungen der Koalition der Willigen

Sich an der Invasion und Besatzung des Iraks beteiligt zu haben.

D. Gegen die Regierungen anderer Staaten

Die Benutzung von Militärbasen und des Luftraums erlaubt zu haben, sowie andere logistische Unterstützung für die Invasion und Besatzung bereitgestellt zu haben.

E. Gegen private Unternehmen

Vom Krieg durch Mittäterschaft in den Verbrechen, wie oben beschrieben, profitiert zu haben, an der Invasion und der Besatzung.

F. Gegen die großen Medienunternehmen

1. Die durch die Regierungen der USA und Großbritanniens absichtlichen Unwahrheiten verbreitet und versäumt zu haben, diese Falschmeldungen zu untersuchen. Dies sogar angesichts reichlich vorhandener gegenteiliger Beweise. Unter diesen Medienunternehmen, die eine spezielle Verantwortung für die Verbreitung der Lügen über die Massenvernichtungswaffen des Iraks tragen, nennen wir die New York Times, insbesondere die Reporterin Judith Miller, die für den CIA arbeitete. Außerdem nennen wir Fox News, CNN und den BBC.

2. Versagt zu haben, über Gräueltaten gegen die irakische Bevölkerung durch die Besatzungsstreitkräfte zu berichten.

III. Empfehlungen

Das Recht der irakischen Bevölkerung ankennend, sich der illegalen Besatzung ihres Landes zu widersetzen und unabhängige Institutionen aufzubauen, sowie das Recht, gegen die Besatzung Widerstand zu leisten, als ein Recht zum Kampf für Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit, wie in der Charta der Vereinten Nationen dargelegt, erklären wir, die „Jury des Gewissens", unsere Solidarität mit der irakischen Bevölkerung.

Wir empfehlen:

1. Den unverzüglichen und bedingungslosen Abzug der Koalitionskräfte aus dem Irak.

2. Dass die Koalitionsregierungen Kriegsreparationen und Kompensationen an den Irak zahlen für die humanitären, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Zerstörungen, die sie durch ihre illegale Invasion und Besatzung verursacht haben.

3. Dass alle Gesetze, Vereinbarungen, Verträge und Einrichtungen als ungültig erklärt werden, die unter der Besatzung vereinbart wurden und von der irakischen Bevölkerung als unvereinbar mit ihren Interessen angesehen werden.

4. Dass das Gefängnis in Guantanamo Bay und alle weiteren außerhalb der USA gelegenen militärischen Gefängnisse sofort geschlossen werden und dass die Namen der Gefangenen offen gelegt werden und sie den Kriegsgefangenen-Status erlangen und einen ordentlichen Prozess erhalten.

5. Dass es eine umfassende Untersuchung der Verantwortlichen eingeleitet wird, die Verbrechen des Angriffs und Verbrechen gegen die Menschheit im Irak begangen haben, beginnend mit George W. Bush, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Tony Blair, Premierminister Großbritanniens und anderen Regierungsmitgliedern aus der Koalition der Willigen.

6. Dass wir einen Rechenschaftsprozess einleiten für all jene, die moralisch und persönlich für ihre Beteiligung an diesem illegalen Krieg verantwortlich sind, wie Journalisten die mit Absicht logen, Medienunternehmen, die rassistischen, ethnischen und religiösen Hass förderten und Geschäftsführer von multinationalen Unternehmen, die von diesem Krieg profitierten.

7. Dass Menschen überall auf der Welt Aktionen gegen US-amerikanische und britische Unternehmen, die direkt von diesem Krieg profitierten, beginnen. Beispiele solcher Unternehmen sind Halliburton, Bechtel, Carlyle, CAPI Inc., Titan Corporation, Kellog, Brown and Root (Tochtergesellschaft von Halliburton), DynCorp, Boeing, ExxonMobil, Texaco, British Petroleum. Die folgenden Unternehmen haben den Irak verklagt und erhalten "Reparationszahlungen": Toys R Us, Kentucky Fried Chicken, Shell, Nestlé, Pepsi, Phillip Morris, Sheraton, Mobil. Solche Aktionen können die Gestalt der direkten Schließung ihrer Büros, der Verbraucherboykotts oder des Drucks auf Aktionäre annehmen.

8. Dass Soldaten auf ihr Gewissen hören und sich weigern, an einem illegalen Krieg teilzunehmen. Dass Staaten Kriegsdienstverweigerern politisches Asyl gewähren.

9. Dass die internationale Kampagne für die Schließung aller US-Militärbasen im Ausland verstärkt wird.

10. Dass sich Menschen rund um die Welt jedweder Bemühung und Anstrengung ihrer Regierungen widersetzen, logistische oder moralische Unterstützung für die Besatzung des Iraks zu geben.

Wir, die „Jury des Gewissens", hoffen, dass die Ausführlichkeit dieser Empfehlungen die Grundlage für eine Welt legt, in der internationale Organisationen vom Willen der Menschen und nicht von Angst und Eigeninteresse gestaltet und umgestaltet werden, in der Journalisten und Intellektuelle nicht stumm bleiben, in der der Wille der Menschen der Welt im Mittelpunkt steht und menschliche Sicherheit über Staatssicherheit und Unternehmensprofite die Oberhand gewinnt.

Anhang:

The Universal Declaration of Human Rights (1948)
The Convention on the Political Rights of Women (1952)
The Declaration of the Rights of the Child (1959)
The Declaration on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination (1963)
The International Covenant on Civil and Political Rights (1966)
The Declaration on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (1979)
The Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (1984)
The Convention on the Rights of the Child (1989)
The Rome Statute of the International Criminal Court (1998)
The European Convention on Human Rights and Fundamental Freedoms (1950)
The American Convention on Human Rights (1969)
The Code of Conduct for the Armed Forces of the United States of America (1963)

http://www.worldtribunal.org/main/?b=1

http://www.iraktribunal.de/#istanbul2005

Joachim Guilliard

Besatzermythen

Über islamistische und laizistische Kräfte im Widerstand gegen die Besatzung des Irak

Der folgende Artikel basiert auf einem Vortrag, den der Autor auf der am 23./24. April 2005 von der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal veranstalteten Konferenz »Islam – Islamismus – ›islamischer‹ Widerstand« gehalten hat. Der Text erscheint im Heft 4 der Marxistischen Blätter (Schwerpunkt: »Feindbild Islam«), August 2005. Wir veröffentlichen hier nur einen kleinen Auszug, SiG-Redaktion

Behauptung 3: Der Widerstand greift gezielt zivile Ziele an

Diverse Meinungsumfragen und die Erkenntnisse der CIA bestätigen, daß Angriffe auf Besatzungstruppen bei einem großen Teil der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen. Anschläge auf in- und ausländische Zivilisten, Entführungen usw. werden hingegen einhellig abgelehnt. Auch die wesentlichen Widerstandsorganisationen haben sich stets eindeutig davon distanziert, wie u. a. die Referenten auf der Irak-Konferenz in Berlin übereinstimmend berichteten (*siehe www.irakkonferenz.de*).
So betonte Hadi Al-Khalessi von der »Irakischen Nationalen Gründungskonferenz« (INFC), einer Dachorganisation des zivilen Widerstands, die auch von vielen Guerillagruppen als politisches Sprachrohr anerkannt wird: *»Alle Aktionen, die sich nicht eindeutig gegen die Besatzer richten, nützen letztlich diesen. Alles, was sich gegen die Zivilbevölkerung richtet, ist Terrorismus und hat mit dem Widerstand nichts zu tun.«* (jW, 19.3.05)
Ähnlich sieht dies u. a. auch die »Islamische Front des irakischen Widerstands« (Jama'), ein Zusammenschluß von Widerstandsgruppen aus den Provinzen nördlich und östlich von Bagdad. Ihre Richtlinien verbieten explizit Angriffe auf zivile Ziele und verurteilen das »Abschlachten von Geiseln« und das *»Vergießen irakischen Blutes, unabhängig unter welchem Vorwand und unabhängig davon, ob es sich um Zivilisten oder Angehörige der Polizei oder Nationalgarde handelt.«* Die Richtlinien der Front verbieten zudem jegliche Kooperation mit Gruppierungen, die in solche Anschläge involviert sind. Um das Leben von Zivilisten nicht zu gefährden, sollen zudem Angriffe auf Besatzer innerhalb von Städten vermieden werden.
Diese Äußerungen stehen in scharfem Kontrast zu den häufigen Anschlägen auf Zivilisten, die das Bild in den täglichen Nachrichten bestimmen. Sieht man sich das gesamte Spektrum an bewaffneten Aktionen an, so stellt man fest, daß diese – wer immer dahinter stecken mag – nur einen recht kleinen Teil ausmachen und keine Zusammenhänge mit dem Hauptteil der klassischen militärischen Widerstandsaktivitäten erkennen lassen.
Anthony Cordesman hat die Zahl der öffentlich bekannt gewordenen Angriffe und Opfer von September 2003 bis Oktober 2004 nach Art des Zieles aufgeschlüsselt. Seine Untersuchung macht deutlich, daß die Zahl der Angriffe auf Besatzungstruppen klar überwiegen (über 75 Prozent) und Angriffe auf zivile Ziele nur einen sehr kleinen Teil ausmachen (4,1 Prozent). Die Anschläge auf ungeschützte Menschen sind dafür um so verheerender, wodurch die Zahl der zivilen Opfer dennoch viel höher ist, als die der militärischen.
Das gleiche Verhältnis ergibt sich aus einer Statistik, die die New York Times auf Basis der Zahlen der CIA für die Zeit von Juni 2003 bis März 2005 erstellt hat. Sie zeigt zusätzlich den zeitlichen Verlauf. Demnach lag die Zahl der Angriffe seit April 2004 durchgängig bei über 1 500 im Monat. Im August und November 2004 sowie im Januar 2005 waren es sogar über 70 pro Tag. Sie werden unterteilt nach Angriffen auf Besatzungstruppen, irakische Hilfstruppen, Zivilisten und Sonstige. Auch diese Übersicht belegt, daß die Angriffe zu über 75 Prozent den Besatzungstruppen gelten und Anschläge auf Zivilisten konstant nur einen kleinen Teil ausmachen.
Letztere müßten noch weiter differenziert werden. Da »zivil« nicht gleichbedeutend mit »unbeteiligt« ist, können in diese Kategorie auch Geheimdienstleute, Söldner, Spitzel oder sonstige Personen fallen, die die Besatzungstruppen in ihrem Krieg unterstützten.
Es ist zudem nicht korrekt, Anschläge auf Zivilisten pauschal Besatzungsgegnern zuzuschreiben. Zum einen bleiben die Hintergründe von Anschlägen mit zivilen Opfern meist völlig im dunkeln. Sie wurden nie von unabhängigen Stellen untersucht. Zum anderen sind die Opfer gezielter Attentate oft ausgewiesene Gegner der Besatzung. Verantwortlich werden hierfür u. a. die Badr-Brigaden des SCIRI und andere Milizen proamerikanischer Organisationen gemacht. Es verdichten sich zudem die Hinweise auf das Agieren von Todesschwadronen im Rahmen der als »Salvador Option« bekanntgewordenen US-Pläne eines verdeckten, schmutzigen Krieges gegen den Widerstand und seine Sympathisanten (vgl. jW vom 19.5.2005).
Viele der Greueltaten, zu denen sich angeblich ein Al-Sarkawi oder neu aufgetauchte Gruppierungen bekannten, geschahen zudem zu einem für die Besatzer so günstigen Zeitpunkt, daß es schwerfällt zu glauben, hier seien nur fanatische Feinde der USA am Werk.
Nur zirka 15 Prozent der Angriffe gelten irakischen Hilfstruppen. Da hierzu auch kurdische Peshmergas und andere Einheiten gezählt werden, die unmittelbar in den Angriffen gegen den Widerstand eingesetzt wurden, ist zu vermuten, daß die Aufrufe der wichtigen Widerstandsgruppen, keine irakischen Polizisten oder Soldaten anzugreifen, solange sie nicht gegen den Widerstand vorgehen, weitgehend respektiert werden.
Angesichts solcher Zahlen ist es kaum einsichtig, warum die selben Kämpfer und Kämpferinnen, die Woche für Woche eine größere Zahl sorgfältig geplanter und gut koordinierter Angriffe gegen einen militärisch überlegenen Gegner ausführen, sich an anderen Tagen in einer Menschenmenge in die Luft jagen sollen.
Es liegt wesentlich näher anzunehmen, daß hier völlig verschiedene Kräfte, mit völlig verschiedener Motivation und Zielsetzung, am Werk sind. In einem von der Federation of American Scientists (FAS) übersetzten Überblick über irakische Widerstandsgruppen aus der irakischen Wochenzeitung Al Zawra wird das Spektrum der bewaffnet agierenden Kräfte daher konsequenter Weise unterteilt in »Gruppen, die Widerstand gegen die Besatzung leisten« und »andere bewaffnete Gruppen«, die zu »Entführungen und Ermordung von Ausländern als Methode« greifen.
Namentlich erwähnt werden neun Gruppen, die alle radikalislamische Ideologien verfolgen, darunter die Gruppe des Jordaniers Abu Musab Al-Sarkawi. Obwohl sie von den meisten Irakern nicht dazugezählt werden, bestimmen sie das Bild des Widerstands in den westlichen Medien. Diese stützen sich dabei neben den »Erkenntnissen« der Geheimdienste vor allem auf Internetseiten, auf denen sich die Gruppierungen angeblich über ihre Ziele und Aktivitäten auslassen. Solche Seiten sind leicht manipulierbar und von äußert fragwürdiger Authentizität(...)
Die Erklärungen und Berichte der Widerstandsgruppen zirkulieren vorwiegend als Flugblätter. Einige irakische Zeitungen, wie z.B. Mafkarat Al-Islam, veröffentlichen diese auszugsweise und bringen Berichte von ihren eigenen Journalisten, die oft als einzige vor Ort sind. Zusammenfassungen daraus werden wiederum regelmäßig ins Englische übersetzt und ins Internet gestellt. Von den westlichen Medien werden sie nicht zu Kenntnis genommen. Sicherlich gibt es auch hier sehr viel Propaganda – allerdings wohl kaum mehr als bei den Berichten der Besatzungstruppen.. (...)

http://www.jungewelt.de/2005/07-15/004.php

Roni Ben Efrat: Erfundenes Trauma

Die Räumung des Gazastreifens durch Israel soll Scharon den Vorwand liefern, die Siedlungspolitik fortzusetzen

Israel ist entschlossen, seine Siedlungen im Gazastreifen Mitte August zu räumen. Bis vor kurzem haben die rechten Widersacher des Loslösungsplans noch Erfolge verzeichnet. Von Februar bis Anfang Juni sank die Zahl der Unterstützer des Plans von 64 Prozent auf 53. Drei Wochen später hatte sich der Trend umgekehrt: Die Zustimmung war wieder auf 62 Prozent gestiegen.
Folgendes war geschehen: Eine Clique junger Anhänger Kahanes (des Gründers der rassistischen Kach-Partei) war von illegalen Siedlungsvorposten in der Westbank nach Gaza hinabgestiegen und hatte sich in einem verlassenen Hotel eingerichtet. Dort hielten sie sich ungestört einen Monat lang auf und verfaßten obszöne Graffities über Mohammed, um die benachbarten Araber zu provozieren. Wie sie sagten, waren sie entschlossen, bis zur Rücknahme des Loslösungsplans oder ihren Tod in Gaza zu bleiben. Beobachter befürchteten einen Bürgerkrieg.

Bewußte Zuspitzung

Der Wendepunkt kam, als die Kahanisten einen jungen, bereits bewußtlos geschlagenen Palästinenser vor laufender Kamera steinigten. Die Öffentlichkeit zog sich angewidert zurück. Am nächsten Morgen umstellte die Armee das Hotel. Da sie von den anderen Siedlern keine Unterstützung erhielten, streckten die Kahanisten die Waffen. Dann gingen die Eliteeinheiten der Armee in das Hotel und trugen die Siedler zu den Bussen. Die Drohung eines Bürgerkriegs löste sich in Luft auf.
Das einmonatige Abwarten der Armee diente dazu, das Drama entwickeln zu lassen. Denn wenn die Loslösung dem langfristigem politischem Ziel des israelischen Premiers Ariel Scharon nutzen soll, muß sie mystische Ausmaße annehmen. Je größer der Widerstand, desto unmöglicher wird es erscheinen, ihm einen zweiten Akt folgen zu lassen. Darum tut Scharon nicht, was Charles de Gaulle analog mit den französischen Siedlern in Algerien getan hat: Einen Tag für den Rückzug der Armee festzulegen und zu erklären, daß jeder Siedler, der in Gaza bleiben möchte, sich an die Palästinensische Autonomiebehörde wenden kann. Um sich die Tür offen zu halten, braucht Scharon ein großes Spektakel: »So weit werden wir gehen, nicht weiter. Wir können es nicht. Schaut, wie traumatisch es ist! Schon dies hat uns auseinander gerissen!«

Der finanzielle Aspekt unterstützt unseren Verdacht. Dan Ben David, Dozent für Volkswirtschaft an der Universität Tel Aviv, schreibt, daß allein die nichtmilitärischen Kosten des Loslösungsplans im Schnitt 611 000 US-Dollar pro Familie betragen. Die 7 000 Siedler in Gaza machen aber nur drei Prozent der gesamten Siedlerschaft aus (ohne jene im besetzten Jerusalem). Wie sollte sich der Staat bei solchen Beträgen weitere Traumata leisten können?
Scharon will mit seinen jetzigen Unternehmungen seine Wahlchancen erhöhen. Mit 1,5 Millionen Palästinensern weniger unter Israels Verantwortung und als einziger israelischer Führer, der in der Lage ist, Siedlungen zu räumen, kann er zugleich als Champion der Rechten posieren, der die wichtigen Siedlungen in der Westbank vor dem drohenden Abriß gerettet hat.

Armee in Wartestellung

Die obsessive Sorge um das Leid der geräumten Siedler und die Schwierigkeiten, denen Scharon gegenübersteht, verbergen, dass Abu Mazen (Mahmud Abbas) nach sieben Monaten als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde am Ende angelangt ist. Wenn Israel Gaza verlassen hat, braucht es ihn nicht mehr. Die Forderung, er solle die Waffen der Hamas einsammeln, ist reine Augenwischerei. Seit dem Beginn der zweiten Intifada hat Israel gewußt, daß es seine Sicherheit nicht in die Hände einer palästinensischen Führung legen wird.
Die Armee wartet ungeduldig auf die erste Kassam-Rakete nach der Loslösung. Dann wird sie zeigen, daß sich mit der Räumung ihre militärische Position verbessert hat. Sie wird über Land, See und Luft in den Gazastreifen eindringen können, ohne auf die dortige jüdische Bevölkerung Rücksicht nehmen zu müssen.

Die Befürworter der Loslösung haben Unrecht: Die Vereinigten Staaten, wenn sie Abu Mazen sagen, er solle keine Bedingungen stellen und Israel einfach erlauben zu gehen. Abu Mazen, wenn er die Hände in den Schoß legt, während sich Israel die Mittel sichert, um weiter über die Westbank zu herrschen. Und schließlich haben auch Scharon und seine Unterstützer Unrecht. Das palästinensische Volk wird die neue Realität, die Israel ihm aufzwingt, nicht hinnehmen: Die Gefangenschaft von Millionen, ohne die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu sichern, hinter einer fiktiven Trennlinie, verstärkt durch echte Zäune und Mauern.

*Aus: Challenge Nr. 92 * Übersetzung: Martina Schwarz*
http://www.jungewelt.de/2005/07-12/009.php

Ellen Rohlfs

„Höre Israel!“ – Höre Europa!

Ein palästinensisches Dorf wurde zerstört - nicht 1948 – nicht 1967 Nicht im Laufe kriegerischer Auseinandersetzungen.
Kein Rachefeldzug – keine Vergeltung
Es war am 5. Juli 2005 – es herrschte Waffenstillstand. Alle Welt lauscht den unüberhörbaren Vorbereitungen des Rückzugs im Gazastreifen – Keiner schaut ins ferne, stille und heiße Jordantal . Und nur ein Fetzen Papier mit einer Notiz des Militärs, an eine Hauswand gepinnt, kündigte an: „Die Häuser von Tana werden demoliert“– sie seien ohne israelische Genehmigung gebaut. Die Bewohner, Bauern und Hirten, kannten niemand, den sie um Rat und Hilfe bitten konnten. So geschah das Verbrechen ohne Zeugen; „Simon, der Kameramann,* Sieht“ nicht, „die Planierraupen die letzten Trümmer der Araberhäuser zermalmen“ Es geht ohne Protest Internationaler - ungehindert und ohne Störung. Ja, alles ging sehr schnell über die Bühne:
Israelisches Militär demolierte die Wohnstätten von etwa hundert Familien, die seit Jahrhunderten hier am Rande des Jordangrabens, vor allem in Höhlen leben, in einer Gegend die in heiligen Büchern schon vor 3500 Jahren genannt wurde. Die Schule, vor 6 Jahren gebaut, wurde auch zerstört. Haben Kinder der „einzigen Demokratie in Nahost“ nicht ein Recht auf Bildung?
Nur die Moschee – Jahrhunderte alt – blieb stehen. Welch Pietät! ? Auch die Autos wurden zerstört – warum wohl? Waren auch sie ohne Genehmigung gebaut?
Soll hier vielleicht die östliche Route der Apartheidmauer verlaufen, um das palästinensische Gefängnis auch nach Osten abzuschotten - verbunden mit großflächigem Landraub: das westliche Jordantal. Hier geschieht ethnische Säuberung - und keiner merkt's – Keiner hört die entsetzten Schreie der Mütter, das Weinen der Kinder, keiner sieht die vor Schreck erstarrten Blicke der hilflosen Männer – bis jetzt war keiner „Terrorist“.
Wurde jetzt nicht unendlicher Hass, Wut und Zorn gesät?
Vielleicht wundern sich Europäer in 10 oder 20 Jahren, und fragen warum und wieso sich ein Araber in der U-Bahn in die Luft sprengt und Unschuldige mit in den Tod reißt.
In Tana wurde 100 unschuldigen, armen Familien die Lebensgrundlage genommen. Und in Ost-Jerusalem stehen heute 88 und 12 weitere Häuser neu auf der Abrissliste. Und keiner fragt hier, warum? Höre, Europa, höre doch!

http://erhard-arendt.de/deutsch/palestina/Stimmen_deutsch

Abzug aus Gaza - und kein Ende der Besatzung

Position des Netzwerks der palästinensischen Nicht-Regierungsorganisationen (PNGO) bezüglich des Einseitigen Abzugsplans Israels (Juli 2005)

Es trennen uns nur noch wenige Wochen vom angekündigten Beginn der Umsetzung des israelischen Einseitigen Abzugsplans, d.h. der Abzug Israels aus dem Gaza-Streifen und von einigen Siedlungen im nördlichen Westjordanland soll sich in wenigen Wochen vollziehen.

Der israelische Premierminister Scharon hat diesen Einseitigen Abzugsplan im Februar 2004 verkündet. **Seither wurde der israelische Siedlungsbau auf palästinensischem Land verstärkt,** und die israelische Regierung hat sowohl in der Westbank als auch in und um Jerusalem den Bau der **Trennungsmauer** weiter vorangetrieben, und dies in Missachtung des Internationalen Gerichtshof (ICJ), der in seinem Urteil vom 9.Juli 2004 feststellte, dass die Trennungsmauer eine Verletzung Internationalen Rechts darstelle.

PNGO ist der Auffassung, dass die israelische Regierung den Einseitigen Abzugsplan nutzt, um von der anhaltenden Enteignung palästinensischen Landes **abzulenken**, die in der Westbank und Jerusalem mit dem Mauerbau und dem Bau und der Erweiterung von Siedlungen einhergeht. **Israel ist dabei, Fakten zu schaffen, die einen gerechten Frieden vereiteln**, einen Frieden, der sich auf Internationales Recht und die einschlägigen **UN-Resolutionen** gründet. Diese Realität, die Israel schafft, schließt die Entstehung eines lebensfähigen palästinensischen Staates in den Grenzen des palästinensischen Landes, das 1967 besetzt wurde, und mit Jerusalem als Hauptstadt, ebenso aus wie das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge (wie es die UN-Resolution 194 fordert)aus.

PNGO möchte die Tatsache hervorheben, dass der Gaza-Streifen und das nördliche Westjordanland, auch wenn der Abzug vollzogen sein wird, **nach Internationalem Recht besetztes Territorium bleiben**. Israel wird somit an seine administrativen und rechtlichen Verpflichtungen einer Besatzungsmacht gebunden bleiben, da es weiterhin faktisch die Kontrolle über die fraglichen Gebiete behält. Jegliche Gespräche zwischen der Autonomiebehörde und der israelischen Regierung müssen dieser Tatsache Rechnung tragen.

PNGO ruft die internationale Gemeinschaft auf, internationale Rechtskörperschaften und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes dazu auf, **die israelische Regierung dergestalt unter Druck zu setzen**, dass sie der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen und im nördlichen Westjordanland jederzeit die Rechte und den Schutz gewährt, die ihr laut Internationalem Recht und der Vierten Genfer Konvention zustehen.

PNGO unterstreicht, dass die Einheit der Besetzten Palästinensischen Gebiete gewahrt bleiben muss. Wir rufen Israel dringend dazu auf, den unbehinderten Fluss von Waren und Menschen zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen sicherzustellen.

PNGO ruft die Palästinensische Autonomiebehörde, die politischen Gruppierungen und die palästinensische Bevölkerung zur Zusammenarbeit und dazu auf, **einen nationalen Plan zu erstellen**,um den Herausforderungen und negativen Konsequenzen des Einseitigen Abzugsplans auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer und rechtlicher Ebene zu begegnen.

PNGO ersucht den palästinensischen Präsidenten und den palästinensischen Legislativrat (Parlament) dringend, Entscheidungen zu treffen und Gesetze zu erlassen, die sicherstellen, dass **das Land** und die Besitztümer, die der Autonomiebehörde überlassen werden, **der palästinensischen Bevölkerung zugute kommt** und jeglicher Missbrauch verhindert wird.

PNGO ruft internationale Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, die die Rechte des palästinensischen Volkes unterstützen, dazu auf, umgehend tätig zu werden, um Israel zu zwingen, seinen Verpflichtungen gemäß internationaler menschenrechtlicher Übereinkünfte und des internationalen humanitärem Rechts (IHL) nachzukommen. Dies ist besonders relevant angesichts der Ankündigung Israels, es werde die direkte Kontrolle in Fragen der Sicherheit über die Zivilbevölkerung des Gaza-Streifens beibehalten.

PNGO ersucht die internationale Gemeinschaft, humanitäre und Menschenrechtsorganisationen dringend, **internationale Beobachter in den Gaza-Streifen zu entsenden**, die die Durchführung des Einseitigen Abzugsplans überwachen sollen.

PNGO ist tief besorgt über die mögliche Zunahme israelischer Angriffe auf palästinensische Zivilisten und die Verhängung von Ausgangssperren, die das Leben der Palästinenser während des Abzugs schwer beeinträchtigen würden.

PNGO möchte die Tatsache betonen, dass der **Niedergang der palästinensischen Wirtschaft** – verursacht durch einschneidende Beschränkungen des Zugangs zu/von Waren, Diensten und Menschen, durch das Fehlen von Arbeitsbeschaffungsprogrammen und die Nicht-Zulassung eines funktionierenden Flughafens oder Hafens im Gaza-Streifen – zu **innerer Instabilität** führen und jegliche zukünftige Entwicklung in den besetzten palästinensischen Gebieten negativ beeinflussen wird.

Bitte besuchen Sie die PNGO-Webseite und lesen Sie über den Abzug
Palestinian NGO Network "PNGO "
http://disengagement.pngo.ps
http://www.globalresistance.de

Europäische Kampagne für Sanktionen gegen die israelische Besatzung

Der Internationale Gerichtshof verurteilt die Mauer in Palästina- Unterzeichnen Sie die Petition

Als Mitglieder der Zivilgesellschaft eines EU-Mitgliedstaates fordern wir unseren Außenminister, den Rat der Europäischen Union und die Vereinten Nationen dringend auf, politische und wirtschaftliche Maßnahmen einschließlich Sanktionen zu ergreifen, um Israel an der Fortsetzung des Mauerbaus zu hindern und um es zu zwingen, das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 9.Juli 2004 respektieren. Druck auf Israel ist erforderlicher denn je, wenn ein Frieden, der sich auf dem Völkerrecht gründet, erreicht werden soll.

Deshalb fordern wir:

- die Aussetzung des EU-Israel-Assoziationsabkommens, solange es nicht möglich ist, eine völkerrechtsgemäße Anwendung des Abkommens zu erreichen. Dieses Abkommen begünstigt die Einfuhr israelischer Produkte in die EU und setzt die Einhaltung der Menschenrechte voraus,
- die vollständige Einstellung von militärischen Abkommen und militärischem Austausch mit Israel,
- von den EU-Mitgliedstaaten und der Weltbank, keine Forschung, Koordination oder Geldmittel zum Bau von Tunnel und Toren zu liefern, die die vom Mauerbau geschaffene Situation unterstützen.

Wir verlangen von Israel, ebenso wie von unserer Regierung, die Erfüllung der Verpflichtungen, die im Rechtsgutachten festgelegt sind und die die Grundsätze der Vierten Genfer Konvention und alle relevanten UN-Resolutionen bestätigen.

Diese Petition wurde initiiert vom Europäischen Koordinierungskomitee der NGOs zur Palästina-Frage (ECCP).
.Bitte senden Sie unterschriebene Petitionen an: Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina (Webseite: www.stopptdiemauer.de)

c/o Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, Karl Marx-Straße 150,12043 Berlin-Neukölln (v.i.S.d.P.:Matthias Jochheim)

Für eine demokratische Neugründung Europas
Konvent der ATTACs Europas und ein dreistufiger Plan für die EU
Brüssel 16.Juni 2005

Das französische und das niederländische "Nein" zum Europäischen Verfassungsvertrag und die positive Resonanz in der europäischen öffentlichen Meinung bedeuten eine strickte Ablehnung der seit Jahrzehnten auf der Ebene von Europa durchgeführten neoliberalen Politik. Damit ergibt sich eine historische Gelegenheit, eine breite demokratische Debatte über die Grundzüge des von uns angestrebten europäischen Projektes zu führen.
Wir, die Vertreter der ATTACs Europas, die uns in Brüssel am 16. Juni 2005 anlässlich der Tagung des Europäischer Rats versammelt haben, wollen der riesigen Hoffnung, die durch die Niederlage des Neoliberalismus am 29.Mai und am 1. Juni geweckt wurde, einen konkreten Inhalt geben. Darum kündigen wir die Gründung eines Konvents der ATTACs Europas an.
Dieser Konvent schlägt einen kurzfristige und mittelfristige Pläne A-B-C vor. Sein Arbeitsprogramm fängt schon heute an. Er wird sich der Agenda der EU-Institutionen anpassen, aber auch seine eigene entwickeln.

Plan A: Aktionen und Mobilisierungen gegen die europäische neoliberale Politik

Eine demokratische Neugründung Europas erfordert unmittelbar eine Reihe von dringenden Maßnahmen, die mit der neoliberalen Politik brechen
1. Auftrag des Rates an die Kommission, alle derzeit vorbereiteten europäischen **Direktiven** zur Liberalisierung (insbesondere die **Bolkestein-Direktive, jene über die Arbeitszeit, über den Schienenverkehr** usw.) und den Aktionsplan für öffentliche Zuwendungen zurückzuziehen.
2. Eine dringliche Zusammenkunft der Euro-Gruppe, um von der europäischen Zentralbank eine wesentliche Veränderung der **Geldpolitik** u.a. durch Zinssenkungen zu verlangen.
3. Verpflichtung, eine echte Beschäftigungspolitik zu entwickeln, dafür ist u.a. eine Neufassung des **Stabilitätspakts** erforderlich.
4. Substantieller Zuwachs des europäischen Budgets zugunsten einer sozialen Politik und der Erhöhung des **Strukturfonds** für die neuen Mitgliedsländer, um ihre Entwicklung zu fördern statt Sozialdumping, Steuersenkungswettlauf und Betriebsverlagerungen zu dulden.
5. Maßnahmen zur Neubelebung der europäischen Wirtschaft, auch durch Anleihen: Grundlage dieser Neubelebung sollten Investitionen in die öffentliche **Infrastruktur** zur Verbesserung der Umwelt, des Eisenbahnverkehrs, der Bildung, der Gesundheit. u.a.m.. und zur Schaffung neuer Arbeitsplätzen bilden.
6. Moratorium bei den WTO-Verhandlungen zum Allgemeinen Abkommen über Handel und Dienstleistungen (**GATS**).
7. Vorkehrungen zur Abschaffung von Steuerparadiesen, Vorbereitung der Einführung **globaler Steuern** und zur Angleichung der Steuererhebungen in Europa treffen.
8. Vollständige Neufassung der **Lissabon-Agenda** (Europäischer Rat vom 23. und 24. März 2000) und der **Sozial-Agenda** 2005-2010, mit dem Ziel, diese in den Dienst des sozialen und umweltpolitischen Fortschritts zu stellen.
9. Erhöhung des öffentlichen Beitrags zur **Entwicklungshilfe** auf 0,7% des BIP der Mitgliedsländer der Union, stärkeres Engagement für die Millenniums-Ziele und Annullierung der **Schulden** der armen Länder.
10. Beendigung der Unterstützung der Besatzung des Iraks und sofortiger Rückzug der Truppen aller Mitgliedsländer der Union aus dem **Irak**.

Diese Plan A wird eine Reihe von Aktionen auf nationaler und europäischer Ebene beinhalten, deren Höhepunkt eine große Mobilisierung in Brüssel im Dezember 2005 anlässlich der letzten Sitzung des Europa-Rats unter dem Vorsitz Großbritanniens sein wird.

Plan B: Für echte demokratische europäische Institutionen.

Die ATTACs Europas streben die Schaffung von echten demokratischen europäischen Institutionen an – diese waren im Entwurf zum Verfassungsvertrag nicht vorgesehen.
Das heißt u.a.:
- Den nationalen Parlamenten muss eine bedeutende Rolle zuerkannt werden, wobei die des europäischen Parlaments gleichzeitig ausgeweitet werden muss.
- Der Kommission muss das Monopol auf das gesetzgeberische Initiativrecht und die ungeheuerliche Macht in Sache Konkurrenz entzogen werden:
- Den Bürgern muss ein echtes Initiativrecht gegeben werden
- Die verstärkten Kooperationen müssen gefördert werden.

Alle ATTACs Europas werden untereinander und innerhalb ihres jeweiligen Verbands über den Inhalt eines neuen Vertrags debattieren, der einzig und allein die europäischen Institutionen zum Gegenstand haben sollte. Das erste Treffen des Konvents der ATTAC Europas im Dezember 2005 wird eine Bilanz über diese Vorschläge ziehen.

Plan C: Für ein anderes mögliches Europa

So wichtig sie auch sind, die Maßnahmen zur Demokratisierung der europäischen Institutionen des Plans B sind eine sehr begrenzte Antwort auf die Erwartungen der breiten Massen, die dem Aufbau Europas auch einen demokratischen, politischen, pazifistischen, sozialen, kulturellen, ökologischen und feministischen Inhalt geben wollen. **Die Politik der EU muss in ihrer Gesamtheit neu definiert werden.**

Das Ziel des Plans C ist es, die Entstehung einer breiten demokratischen Baustelle für eine Alternative zum neoliberalen Europa zu ermöglichen. Es handelt sich darum, ein europäisches Projekt der **Solidarität** auszuarbeiten – Solidarität **innerhalb** der EU; Solidarität zwischen der EU und dem **Rest der Welt**; Solidarität mit den **künftigen Generationen**. Die im Plan A geforderten Maßnahmen sind dafür eine notwendige erste Etappe.

Alle Gliederungen von jedem ATTAC Europas werden an dieser Erarbeitung des Plans C beteiligt, nationale, regionale und lokale Strukturen. Schon im Herbst wird diese Dynamik aus der Basis in die Vorbereitung des Konvents der ATTACs Europas im Dezember münden. Diese Arbeit wird sich danach während einer längeren Zeitspanne fortsetzen.
Der Konvent der ATTACs Europas wird sich ebenfalls mit der Form der Beteiligung an den Initiativen befassen, welche die verschiedenen sozialen Bewegungen und europäischen Netzwerke ergreifen könnten, insbesondere im Rahmen des europäischen Sozialforums im April 2006.

Ein anderes Europa ist möglich. Wir werden es gemeinsam aufbauen!

http://www.attac.fr/a5190

Bericht vom internationalen Treffen nach dem Non/Nee

24./25. Juni 2005 in Paris

Auf Einladung des französischen „Appells der 200“ für das ‚Non’ fand am 24./25. Juni in Paris ein Treffen der internationalen UnterstützerInnen der ‚Non’-Kampagne statt, um zu diskutieren, wie es weitergehen soll. Die Anwesenden kamen v.a. von den kommunistischen und trotzkistischen Parteien, unabhängige VertreterInnen von NGOs und Gewerkschaften waren praktisch nicht anwesend. Es waren ca. 200 TeilnehmerInnen aus 20 Ländern. Sechs Attac-Gruppen waren dabei. Damit war die Versammlung weniger repräsentativ als etwa die Europäischen Versammlungen im Rahmen des Sozialforumsprozesses. (...)

Auf Initiative von Attac Frankreich trafen sich die TeilnehmerInnen von Attac Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweden und Deutschland vorab, um das Treffen vorzubereiten. Unseren französischen FreundInnen war dabei wichtig, dass das Treffen, dessen Legitimation durch den engen TeilnehmerInnenkreis beschränkt war, keine Aufgaben des offeneren Sozialforumsprozesses übernehmen kann. Trotzdem sollte das Treffen als erster europäischer Ort der Diskussion und Verständigung über verschiedene Gruppierungen hinweg nach dem Non/Nee genutzt werden.

Die Attac-Gruppen brachten dabei auf der Basis des Plans ABC vom Attac Europa-Treffen in Brüssel **drei Vorschläge** in die Versammlung ein:

- **Sofortige Mobilisierung zu den Themen des Plan A, v.a. der neoliberalen Direktiven (Bolkestein!, Arbeitszeit).**
- **Mobilisierung zu einer Großdemo nach Brüssel am 15.12. parallel zum EU-Ministerrat**
- **Organisation eines Tages mit offenen, europaweit parallelen „Lokalen Foren zur Zukunft der Europas“**

Bezüglich dieser Foren wurde der 4. März vorgeschlagen, um den Vorschlag konkret zu machen, diese lokalen Foren eng mit dem Europäischen Sozialforumsprozess zu verbinden und Termingedränge in diesen Herbst zu vermeiden. Außerdem wird innerhalb von Attac ein Diskussionsprozess der lokalen und nationalen Gruppen unter Beteiligung der Mitgliedsorganisationen zu EU-Themen stattfinden (Plan C), der dann parallel zum EU-Ministerrat im Dezember zur „Attac-Convention“ in Brüssel führen soll.

Die drei Vorschläge wurden grundsätzlich positiv aufgenommen. Die Alternativendiskussion soll unter Einbeziehung der Ergebnisse der Diskussion in den verschiedenen Organisationen und lokalen Foren auf dem Europäischen Sozialforum im April 2006 zu einer „Strategie von Athen“ führen, die der „Strategie von Lissabon“ entgegengesetzt wird. Etliche Gruppen zeigten zudem Interesse an der Idee des 4. März, der nun von unten und über Attac Europa verbreitet wird. Auch Attac Frankreich unterstützt diese Idee.

Am **15. Oktober** wird ein europäischer **Aktionstag gegen die Bolkesteinrichtlinie** stattfinden. Eine europaweite Petition für ein anderes, soziales Europa wird vorbereitet.

(...)In nächster Zeit stehen folgende **wichtige Aktivitäten** an:

- ab sofort: Mobilisierung gegen die neoliberalen EU-Direktiven
- bis 10. Juli: Unterstützung der Kampagne in Luxemburg
- 23.-25. September: Europäische Vorbereitungsversammlung in Istanbul
- 15. Oktober: europaweiter Aktionstag gegen die Bolkestein-Direktive
- etwa 14. Dezember: Europäische Attac-Convention in Brüssel
- 15. Dezember: große Demonstration in Brüssel
- April 2006: Europäisches Sozialforum in Athen

(...)

Heike Hänsel und Sven Giegold

Nach Ablehnung der EU-Richtlinie zu Softwarepatenten im Europäischen Parlament: Campact und Attac feiern Erfolg der Bürger Europas

Straßburg 06.07.2005

Heute um 12:25 Uhr hat das Europäische Parlament mit 648 von 680 anwesenden Abgeordneten die Ablehnung der EU-Richtlinie zu Softwarepatenten beschlossen. Damit ist die Richtlinie um Jahre zurückgeworfen. Nur mit einer neuen Vorlage der Kommission und einem Start des kompletten Verfahrens könnte sie jetzt verabschiedet werden. Attac und das Online-Bürger-netzwerk Campact sehen in der Ablehnung der Richtlinie einen großen Erfolg der Softwarenutzer und Programmierer in Europa.

"Der Durchmarsch der Softwaregiganten konnte erfolgreich aufgehalten werden", so Christoph Bautz, Pressesprecher von Campact. "Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben Mut bewiesen und auf die Einwände und das Engagement vieler tausender Menschen gehört." Gewerkschaften, Mittelständler, Freie-Software-Programmierer, Online-Aktivisten und Globalisierungskritiker hätten in den vergangenen Wochen gemeinsam an einem Strang gezogen.

"Für Europa ist die Entscheidung von Strassburg ein guter Tag. Die Bürger Europas haben einen wichtigen Erfolg gegen Softwaremonopole errungen", so Oliver Moldenhauer von Attac. "Trotz massivem Lobbyeinsatz der Softwaregiganten konnte sich diesmal die Partikularinteressen der Großindustrie nicht durchsetzen."

Nach Ansicht von Campact und Attac haben die Befürworter von Softwarepatenten angesichts der Proteste kalte Füße bekommen, da mehr und mehr Abgeordnete mit den Änderungsvorschlägen von Michel Rocard sympathisieren. Den Befürwortern sei ihr Projekt entglitten: "Sie wollten die Legalisierung von Softwarepatenten, doch auf einmal drohte ihnen eine weitere Beschränkung von Softwarepatenten", so Bautz.

"Allerdings ist die Ablehnung der Richtlinie nur die zweitbeste Lösung", so Moldenhauer. "Besser wäre ein Beschluss des Parlamentes gewesen, die Richtlinie so zu ändern, dass Softwarepatente effektiv ausgeschlossen werden. Die aktuelle rechtswidrige Patentierungspraxis des Europäischen Patentamtes muss gestoppt werden - entweder durch die nationalen Gerichte oder durch eine neue Richtlinie."

Die breite Auseinandersetzung um Patente bleibt allerdings aktuell. Wichtig sind hierbei die Debatten um das WTO-Abkommen zu geistigem Eigentum (TRIPs) im Dezember in Hongkong und die mögliche Einführung eines EU-weiten Patents.

An der von Attac und Campact gemeinsam getragenen Kampagne "Stoppt Softwarepatente!" hatten sich tausende Menschen beteiligt. Sie schickten E-Mails an Europaabgeordnete ihrer Region und nahmen mit einem Foto von sich an einer europaweiten Online-Demonstration teil. Über 4.600 Fotos setzten sich zu dem Slogan "No e-patents" zusammen. Finanziell unterstützt wurde die Kampagne von der Stiftung "BRIDGE - Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft".

Fassung der Online-Demonstration in Druckqualität findet sich unter: http://www.stoppt-softwarepatente.de/stopptswp/photos

Photos der Aktionen der Kampagne:
http://demo.stoppt-softwarepatente.de/aktuellebilder

Europa – Wir kommen! Gründungsmeeting europäischer Netzwerke zur Corporate Social Responsibility am 10. Mai 2005 in Amsterdam

von Ulrich Schönbauer / Arbeiterkammer Wien und Barbara Waschmann

Während in Österreich zum zweiten Mal Betriebe mit dem TRIGOS (www.trigos.at) prämiert wurden, die in einer Presseaussendung von sich behaupteten, die allereinzigsten zu sein, die sich mit dem Thema der „gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen" auseinandersetzen, trafen sich in den Niederlanden europäische Netzwerke ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen<>NGOs zu selbigem Thema.
An CSR-Wettbewerben problematisch ist, dass ein Unternehmen – sagen wir in der Kategorie Arbeitsplatz – ausgezeichnet wird, während es jedoch in einer etwaigen Kategorie Umwelt keineswegs gesellschaftlich verantwortlich handelt und umgekehrt.
Nominierungen zum "Public Eye Award 2006" - www.evb.ch/publiceye.htm, dem Gegenstück zu Trigos-Bemühungen, bitte an publiceye@evb.ch richten. (Anmerkung der SiG-Redaktion)

Die Niederländische CSR-Plattform SOMO hatte gerufen und **Delegierte von Netzwerken der Zivilgesellschaft aus 12 europäischen Ländern** waren im ehrwürdigen Amsterdamer Kulturzentrum Meritis zusammengeströmt: FinnWatch, die ein kritisches Korrektiv der Unternehmenspolitik sein wollen und sich gleich mal NOKIA vorgeknöpft hatten. GermanWatch, Swedwatch, die insbesondere auch die Auslandsaktivitäten ihrer Unternehmen kritisch unter die Lupe nehmen. KARAT, eine Netzwerk aus Polen, das sich den Menschenrechten und der Gleichberechtigung in Zentral- und Osteuropa widmet. NGO-Netzwerke aus Frankreich, Spanien, Schottland, Norwegen, der Schweiz, Friends of the Earth Europe aus Belgien, das österreichische gedifo-NGO-Netzwerk und schließlich die „Stars" der Szene: die niederländische CSR-Plattform und das UK-Netzwerk CORE.

Ein Meeting als Eruption – **ein längst überfälliger Austausch.** Und immer wieder die verwunderte Feststellung der TeilnehmerInnen, wie viele Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten, wie viel common sense sich mittlerweile europaweit rund um das Thema CSR gebildet hat. **Und so nimmt das Netzwerk die Zusammenarbeit mit dem „Asia People's Forum" und „Red Puentes" Lateinamerika auf.**

So entstehen Netzwerke: Nicht durch Planung, nicht als Plattform der Inszenierung mehr oder weniger wohlmeindender Honoratioren, sondern weil die Zeit für Austausch und Synergieschöpfung durch Kräftebündelung und konkrete Projektarbeit überreif ist. Und weil es glaubwürdige ProtagonistInnen gibt, die auch Lead-Funktionen übernehmen: Zum Beispiel Somo aus den Niederlanden und CORE aus UK. Sie geben wichtige **CSR-Eckpunkte** vor, um die sich das Netzwerk der europäischen Zivilgesellschaft entwickeln wird:

- Verpflichtendes Reporting in den Bereichen soziale Auswirkungen und Umweltauswirkungen von Unternehmensaktivitäten, wie es in Form der Bilanz ökonomischer Kennzahlen ja bereits existiert (triple bottom line).
- In Form des CSR Frame of Reference ein erstes Grundgerüst für Indikatoren, nach dem diese neue dreigliedrige Bilanz zu legen wäre. Dabei soll auf bereits bestehenden Verträgen, Leitlinien und Instrumenten aufgebaut werden (Menschenrechtsdeklaration, ILO-Normen, UN-Leitlinien für den Verbraucherschutz, OECD-Guidelines usw.)
- Letztere müssen von Unternehmen bloss zur Kenntnis genommen werden und haben – wie alle anderen – sonst keine Bedeutung, weil nicht bindend.
- Dazu muss erwähnt werden, dass im Rahmen der EU Lissabon-Ziele Wettbewerbsfähigkeit durch Nachhaltigkeit inklusive CSR erreicht werden soll. Doch fällt dies bislang genauso unter den Tisch wie die Kopplung von Wettbewerbsfähigkeit mit Sozialer Sicherheit für Alle.
- Verantwortung für die gesamte Wertschöpfungskette (Zulieferbetriebe...), was für das Monitoring Präsenz vor Ort und Gespräche mit den ArbeiterInnen bedeutet
- Angesprochen auf polnische Betriebe und CSR antwortete eine Kollegin aus Polen, „ausländische Unternehmen haben weit mehr Erfahrung in der Verletzung von Arbeitsrechten."
- Recherche und Identifikation der Mittäterschaft von Multis, wie beispielsweise TOTAL in Burma
- Ein Dialog mit allen betroffenen Anspruchsgruppen (Beschäftigte, KonsumentInnen, NGOs...)
- Eine unabhängige Prüfung auch der Sozial- und Umweltberichte (ähnlich der derzeitigen Bilanzprüfung)
- Die Möglichkeit, die „transnationalen" Auswirkungen der Unternehmenspolitik der Multis – insbesondere in Ost-Europa und den Ländern des Südens – auch in den Mutterländern gerichtlich zu verfolgen u.v.a.m.

Mit derartigen Berichten wäre auch eine wirkungsvolle **Grundlage für eine CSR-gerechte Steuerungs- und Sanktionspolitik** gegeben

- im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens,
- durch eine Berücksichtigung der Veran-agung der Gelder der Pensionskassen und Pensionsfonds (social responsible investment, SRI),
- durch eine darauf abgestellte Unternehmensförderung usw.

Und den Worten des Europäischen Kommission-Beamten für CSR, Dominique Bé, folgend: „[ist] Steuern zahlen die Grundvoraussetzung für jede CSR".

Ein erstes Grundgerüst für ein europäisches Netzwerk der Zivilgesellschaft ist somit formuliert – phantasieanregend, wirkungsvoll und mächtig. Und mit raschen Konsequenzen zunächst mal dort, wo man bisher lieber im dunklen munkelte: beim **Lobbying der Unternehmen in Brüssel.**

Derzeit arbeiten 15.000 professionelle Lobbyisten in Brüssel, in der überwiegenden Mehrheit im Auftrag der Industrien. Nur allzu oft ist es ihr Ziel, wichtige Initiativen im Sozial-, Umwelt- und Konsumentenschutz zu unterlaufen – möglichst leise und intransparent.

Die EU versucht diesen untragbaren Zustand mittels der „European Transparency Initiative" (ETI) in den Griff zu bekommen. Offen ist, mit welchen Instrumenten und mit welchem Erfolg. Wieder mit freiwilliger Selbstregulierung, wie aus der CSR-Debatte zur Genüge bekannt und mit dem gleichen Erfolg? Oder doch mit einer verpflichtenden Offenlegung von Lobbying-Aktivitäten wie in den USA schon lange der Fall? Von Organisationen der Zivilgesellschaft wurde ein **Forderungskatalog entwickelt, wie Lobbying in der EU in Zukunft offengelegt und gestaltet werden soll.** Mittlerweile haben europaweit viele diesen Katalog unterzeichnet:
www.corporateeurope.org/alter-eu.html

Immerhin ist „das Recht auf Antwort" (in den USA der „right to know"-act) auch Teil der OECD-Richtlinien.

Und schließlich findet sich CSR im achten Millenium Entwicklungs-Ziel (millenium development goals, kurz MDGs) – beschlossen im Herbst 2000 von den Staats- und Regierungschefs aller UNO-Mitgliedstaaten (darunter auch Deutschland und Österreich) – wieder: Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen. Doch solange die Öffentlichkeit – also wir – nicht darüber informiert sind, fällt auch nicht weiter auf, dass in den ersten fünf Jahren bis Zielzeit 2015 NICHTS geschehen ist. Weltweit wird an die **Milleniumsversprechen** erinnert:
www.milleniumcampaign.org
www.armutszeugnis.at (MDGs do it! , eine Kampagne von FIAN und Südwind Agentur)
www.weltweite-aktion-gegen-armut.de (VENRO-Kampagne)
Weitere Link-Tipps www.bonnerimpulse.de :www.erlassjahr.de www.nullkommasieben.at

Ignacio Ramonet

Die Krise der Medien und die fünfte Macht

Sie seien die vierte Macht, hiess es. Doch die Medien nehmen ihre Aufgabe nicht mehr wahr, denn sie sind selber zentrale politische und wirtschaftliche Akteurinnen.
In vielen Ländern sind die Medien, die lange als charakteristische Elemente der Demokratie - quasi als Barometer der Demokratie - angesehen wurden, selber zum Hauptproblem für die Demokratie geworden. Insbesondere das mediale Verhalten gegenüber der Information ist zum Problem geworden, und viele BürgerInnen sind daran, dies zu begreifen.

Die Menschen sind ausserordentlich sensibilisiert für die Manipulationen der Medien. Viele Leute haben erkannt, dass die Medien lügen, täuschen und manipulieren. Und vor allem, dass sie Informationen verschweigen, aufgrund derer sich die BürgerInnen anders verhalten würden. Dafür gibt es einige Beispiele aus jüngster Zeit.
Zum Beispiel der Irakkrieg. Die herrschenden Medien haben - vor allem in den USA - monatelang die Behauptungen der US-Regierung wiederholt, dass der Irak Massenvernichtungswaffen habe und dass das Regime von Saddam Hussein Beziehungen zum islamistischen Netzwerk al-Kaida pflege. Es wurde suggeriert, dass das Regime von Saddam Hussein ein Komplize der Attentäter vom 11. September 2001 sei. Damit haben die Medien - auch die seriösen - der Argumentation der Bush-Regierung Glaubwürdigkeit verliehen. Eine Mehrheit der US-AmerikanerInnen war einverstanden mit dieser Invasion - aufgrund der Berichte der Medien. Nach dem Krieg haben wir erfahren, dass es im Irak keine Massenvernichtungswaffen gab, man fand auch keinen Beweis für Beziehungen zwischen Saddam Hussein und al-Kaida. Beide Argumente der US-Regierung für den Irakkrieg waren falsch. Keine einzige seriöse Zeitung hatte diese beiden Behauptungen infrage gestellt. Die Medien haben wirklich Schiffbruch erlitten.

Spaniens medialer Aufstand

Zweites Beispiel: die Attentate in Madrid am 11. März 2003, bei denen vier Vorortzüge explodierten, zweihundert Menschen starben und mehrere hundert Personen verletzt wurden. Gleich danach hatte die spanische Regierung - damals unter José Maria Aznar - sofort eine Anschuldigung gegen die baskische Untergrundorganisation Eta verbreitet. Wir wissen jetzt, dass es keine Beweise dafür gab. Trotzdem haben alle grossen Medien diese Interpretation aufgegriffen. Denn Ministerpräsident Aznar hatte die Direktoren aller grossen spanischen Zeitungen angerufen und ihnen persönlich mitgeteilt, dass er Beweise dafür habe, dass Eta für das Attentat verantwortlich sei. «El País» zum Beispiel hatte die Titelseite bereits im Druck, doch nach diesem Telefonat wurde sie ausgewechselt und mit einer neuen Schlagzeile versehen: «Eta tötet wieder in Madrid». Sehr schnell aber zirkulierten in Spanien Meldungen, wonach diese offiziellen Informationen falsch seien. Das war drei, vier Tage vor der Parlamentswahl. Einige JournalistInnen begannen, Zweifel an der offiziellen Version zu äussern. Und die BürgerInnen fingen an, sich selber zu informieren.

Sie verwendeten Guerillamedien, das Handy oder E-Mails, um sich gegenseitig mitzuteilen, welchen Radiosender oder welche Zeitung man beachten musste, um glaubwürdige Informationen zu erhalten. Über das Handy wurde zu Demonstrationen mobilisiert, an denen zehntausende gegen die offizielle Version der Regierung protestierten und die Wahrheit forderten. Obwohl alle Umfragen einen Sieg der regierenden Partei voraussahen, wurde diese geschlagen, und die linke Opposition gewann die Wahl. Ein paar Tage später kam die Wahrheit ans Licht: Die Attentate waren nicht von Eta verübt worden, sondern von einer islamistischen Gruppierung.

Ich interpretiere das als medialen Aufstand einer Bevölkerung, die sich von den etablierten Medien keine offizielle Wahrheit mehr aufzwingen lassen will. Immer mehr Leute sind davon überzeugt, dass wir in einem Zustand medialer Unsicherheit leben. Man bekommt zwar Informationen, stellt aber später fest, dass diese falsch sind.

Mir geht es nicht um eine Nostalgie für ein goldenes Zeitalter der Medien. Die Medien hatten immer Probleme, sie waren nie perfekt. Doch man hätte erwarten können, dass die Medien in der heutigen Welt mit ihrer ausgeklügelten Technologie, mit der Möglichkeit, in Echtzeit zu intervenieren und sehr diversifiziert zu informieren, präziser informieren würden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Medien haben noch nie so viel manipuliert wie heute. Die gigantische Manipulation bezüglich des Iraks hat immerhin zu einem Krieg geführt, der bisher 200 000 zivile Todesopfer zur Folge hatte. Das sind mediale Manipulationen mit schwerwiegenden Konsequenzen. Die Autoren dieser Manipulationen sind nie zur Rechenschaft gezogen worden. George Bush wurde sogar wiedergewählt, obwohl man weiss, dass der Präsident gelogen hatte.

Der Verrat der vierten Macht

Früher sagte man von den Medien, dass sie die vierte Macht im Staat darstellen - neben der legislativen, der exekutiven und der judikativen Macht. Der Ausdruck «vierte Macht» entstand in Frankreich anlässlich der Affäre Dreyfus. Nach dem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland 1870/71 wurde der französische Offizier Alfred Dreyfus angeschuldigt, den Deutschen geheime Informationen zugespielt zu haben. Dreyfus wurde verurteilt, aus der Armee ausgeschlossen und auf Guyana verbannt. Doch dank der Zeitungen und der Intellektuellen kam heraus, dass Dreyfus kein Spion war. Der Grund für die ganze Inszenierung: Dreyfus war Jude. Es waren die Medien, die diesen Fall aufdeckten. Man sagte damals, dass es zum Glück eine vierte Macht gebe, welche die Fehler der anderen Mächte korrigierte.

Heute haben die grossen Medien diese Funktion immer weniger. Warum? Die Dynamik der Globalisierung hat zu einem Zusammenschluss zwischen den Interessen der Medien, der Konzerne und der Politik geführt. Sie alle sind zentrale Akteure der Globalisierung; die Finanzmärkte, die Konzerne, und auch die grossen Medienkonzerne: Murdoch, Time Warner, Microsoft und andere. Aufgrund der numerischen Revolution gibt es keine Unterschiede mehr zwischen Radio, Print, der audiovisuellen oder der Internetinformation. Alles wird heute vermischt. Die grossen Medienkonzerne arbeiten in all diesen Sektoren. Sie machen Massenkultur, sie machen Fernsehen, sie machen Kino, sie machen Musik, DVDs, manchmal auch Sport. Wir unterscheiden zwischen dem Sektor der Massenkultur, dem Sektor der Werbung und demjenigen der Information. Für die Medienkonzerne ist das alles ein und dasselbe. Sie verfolgen nur ein Ziel: die Rentabilität. Dabei haben sie ihren zivilen Auftrag vergessen, sie haben vergessen, dass sie die vierte Macht sein sollten. Die Information ist nur noch eine Ware - eine Ware, die man immer häufiger gratis verkauft. Der Handel mit Informationen hat sich verändert: Vorher verkaufte ein Medium Informationen an Menschen. Heute verkauft man Menschen an die Inserenten. Wichtig ist, dass eine Zeitung viele Menschen erreicht. Je mehr Leute das sind, umso teurer kann man die Werbefläche verkaufen. Um die Leserschaftszahlen zu erhöhen, gibt man Information fast gratis ab. Die Information wird vereinfacht, damit möglichst viele Menschen sie verstehen. Zudem wird der Sensationsgehalt hervorgehoben.

Die demokratische Zensur

Statistiken zeigen, dass die Leute jeden Tag durchschnittlich zwanzig Minuten aufwenden, um sich zu informieren. Wenn diese Zeit mit trivialen Informationen besetzt ist, bleibt wenig übrig für seriöse Informationen. Das nenne ich die demokratische Zensur. Die klassische Form der Zensur, wie wir sie von autoritären Staaten kennen, ist am Verschwinden. Hingegen gibt es diese demokratische Zensur, die nicht Information wegnimmt oder verbietet, sondern anbietet. Wir werden überflutet von Informationen, die wir nicht brauchen. Dabei merken wir nicht mehr, dass uns viele Informationen vorenthalten werden. Wir merken nicht, dass es Zensur gibt, weil wir Zensur mit Knappheit von Information assoziieren. Deshalb vergleiche ich die Situation der Information mit derjenigen der Nahrungsmittel. Lange Zeit lebten wir in Gesellschaften, in denen die Nahrungsmittel knapp waren. Heute gibt es in den meisten Industrieländern einen Überfluss an Nahrungsmitteln, die Supermärkte sind voll davon. Doch diese Nahrungsmittel sind kontaminiert und verursachen Krankheiten. So haben wir die Bioprodukte entwickelt, bei denen garantiert ist, dass sie keine Pestizide oder andere Rückstände enthalten. Bei der Information ist es genau gleich. Wir hatten früher wenig Information, heute haben wir viel Information, doch es ist verschmutzte Information, sie ist voller Lügen, verschwiegene Fakten und falscher Schlussfolgerungen. So entsteht der Wunsch nach einer biologischen Information, die garantiert ohne Verschmutzung und ohne Lügen ist. Die WOZ könnte auf ihrer Frontseite das Label «Bio-Information» einführen: Hier gibt es keine Lügen!

Medienkonzerne sind zu wirtschaftlichen Akteuren geworden, und sie sind eng verschränkt mit der politischen Macht. Die beste Illustration für diese These ist Silvio Berlusconi in Italien. Oder (der ermordete) Rafik Hariri im Libanon. Ein weiteres Beispiel ist der Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg.

Die fünfte Macht aufbauen

Wie können wir heute eine Gegenmacht bauen, nicht nur gegen die Legislative, die Exekutive und Judikative, sondern auch gegen die anderen Mächte, die wirtschaftliche Macht und die Medienmacht? All diese Mächte arbeiten heute gemeinsam gegen die Interessen der Bevölkerung. Hier spielen die unabhängigen Medien eine wichtige Funktion. Ich kam gestern aus Korea zurück. Dort gibt es einige Zeitungen, die nur im Internet erscheinen. Zum Beispiel «OhmyNews»: Diese Zeitung wird von dissidenten JournalistInnen gemacht - von Leuten, die mit der politischen Orientierung grosser Tageszeitungen nicht mehr einverstanden waren und jetzt eine kritische, unabhängige Sicht der Dinge vertreten. Diese Zeitung ist gratis. Doch sie lebt davon, dass die LeserInnen für jeden Artikel, der sie interessiert, Geld spenden. So kommen jährlich umgerechnet über 360 000 Franken zusammen.

Wir brauchen einen unabhängigen Journalismus, der über die nötigen Mittel verfügt. Die JournalistInnen brauchen Mittel, um ihre Arbeit zu machen. Oft haben die unabhängigen Medien aber diese Mittel nicht. Heute will das mediale System keine JournalistInnen mehr, die recherchieren und die Wahrheit suchen. Wenn sie die Information gratis abgeben, dann wollen die Verlage auch keine Mittel dafür bereitstellen. Die JournalistInnen sind also nicht mehr in der Lage, seriös zu arbeiten.

Diese anderen, die unabhängigen Medien, die Gegeninformation bringen, die eine wirklich demokratische Information verbreiten, alle diese Akteure müssen sich zusammenschliessen, um eine fünfte Macht zu bilden. Die Qualität der Demokratie hängt von der Qualität der demokratischen Debatte ab. Und die funktioniert nur, wenn unabhängige Medien, die vor ökonomischen Repressalien keine Angst haben, ihr eigenes Informationskonzept entwickeln können.

Obenstehender Text basiert auf dem Referat von Ignacio Ramonet, Direktor von «Le Monde diplomatique» , am 29. Mai im Schiffbau des Schauspielhauses Zürich..
WOZ vom 02.06.2005
http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2005/nr22/International/11892.html

Lesetip :
das Heft „Combat pour les médias »,Manière de voir Nr. 80 , von Le Monde Diplomatique Fr herausgegeben
http://www.monde-diplomatique.fr/mav/80/

Thilo Weichert

Globalisierung - Sozialabbau - Datenschutz

Thilo Weichert ist Leiter des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

Die Sicherheit der Sozialdaten versprach und verspricht noch heute der § 35 des ersten Sozialgesetzbuches, dessen Idee einfach und überzeugend ist: Sozialdaten, also Angaben von Menschen, die soziale Hilfen in Anspruch nehmen müssen und wollen, dürfen grundsätzlich nur für den Hilfszweck verwendet werden. Bei einer zweckfremden Nutzung dieser Daten drohen den Hilfebedürftigen u. U. Nachteile, die diese von der Inanspruchnahme der Hilfe abhalten könnten. Da ein Sozialstaat den wirklich Hilfsbedürftigen auch tatsächlich helfen möchte, sollen diese wegen ihres Antrages keine Nachteile befürchten müssen. Hinzu kommt, dass es sich bei Sozialdaten oft um Hochsensibles handelt - um Angaben über kaputte Familienverhältnisse, beschädigte Gesundheit, Drogenabhängigkeit, Arbeitslosigkeit, seelische Probleme und sonstige Not.

Das Grundprinzip des "Sozialgeheimnisses" wurde in mehreren Jahrzehnten immer mehr abgebaut mit zwei Begründungsmustern: Sicherheit und Verhinderung von Leistungsmissbrauch. Zwar drohen von sozial Bedürftigen nicht die großen Gefahren, wie z.B. die vom Organisierten Verbrechen oder vom Terrorismus. Aber auch die kleinen Gefahren, etwa Schwarzarbeit oder Milieu-Kriminalität meint man - unter Aufhebung des Sozialgeheimnisses - bekämpfen zu müssen. So darf z.B. seit einigen Jahren die Polizei über den Aufenthalt von Obdachlosen oder Hilfeempfängern beim Abholen der Sozialhilfe informiert werden. Oder die Angaben aus dem Jugendamt will man zur Aufklärung von schulischem Vandalismus heranziehen. Die Aufhebung des Sozialgeheimnisses auf Grund von Sicherheitserwägungen treibt dabei manche Blüten: So meinte man nach dem 11. September 2001 Sozialdaten in die Rasterfahndungsmaßnahmen zum Auffindung islamistischer Terroristen einbeziehen zu müssen.

Heikler ist das Argument des Leistungsmissbrauchs. Angesichts permanent knapper Sozialkassen ist die Überprüfung der tatsächlichen Hilfsbedürftigkeit immer umfassender geworden. Dabei wird nicht mehr am konkreten Fall angeknüpft. Es werden Generalverdächte aufgestellt, z.B. dass Kfz-Besitzer nicht zum Erhalt von Sozialhilfe berechtigt sein können, oder dass Freistellungsaufträge von der Kapitalertragssteuer mit der Berechtigung zum Erhalt von Ausbildungsförderung im Widerspruch steht. Da beides eine gewisse Plausibilität hat, wurden die Daten von völlig Unverdächtigen mit denen von sämtlichen Hilfeempfängern gerastert. Beide Methoden waren zunächst unzulässig, doch erfolgreich beim Aufspüren von sog. Sozialschmarotzern; weshalb sie nachträglich gesetzlich legitimiert wurden. Die jüngste Blüte des Misstrauens gegenüber Hilfsbedürftigen ist die Möglichkeit des Kontodatenabrufes bei Banken. Diese neue, am 1. April 2005 eingeführte Ermittlungsmethode macht es unmöglich, Kontoverbindungen in Deutschland zu verschweigen. Ursprünglich zielte dieses Verfahren gegen Terroristen, Geldwäscher und Steuerhinterzieher. Doch gerade diese Kriminellen können sich z.B. durch die Flucht ihres Kapitals ins benachbarte Ausland den Ermittlungen entziehen. Kaum möglich ist dies sozialen Hilfeempfängern, auf die nun dieses Verfahren ausgeweitet wurde und teilweise extensiv auch schon angewendet wird, wie Presseberichte über Kontoschnüffeleien bei Empfängern von Arbeitslosengeld II in Hamburg zeigten.

Diese Entwicklung basiert u. a. darauf, dass die informelle gesellschaftliche Kontrolle des Sozialleistungsempfangs immer weniger funktioniert. Der Wegfall sozialer Kontrollen und Hemmungen hat mit dem Wegfall sozialer Wurzeln in unserer sich globalisierenden Gesellschaft zu tun. Der verloren gegangene Bezug zwischen Hilfesuchenden und Gemeinschaft führt zu einer Auflösung des gegenseitigen Verpflichtetseins. Wer Mangels gesellschaftlichem Kontakt keine gesellschaftliche Kontrolle befürchtet, mag sich zum Erschleichen nicht berechtigter Leistung motiviert fühlen. Auf der anderen Seite besteht gegenüber dem anonymen Hilfeempfänger scheinbar keine Veranlassung mehr, Anstand und Privatsphäre zu wahren. Fehlt der persönliche Kontakt und die direkte Kenntnis, so versucht die Sozialverwaltung dies über umfangreiche Datenrecherchen zu kompensieren. Die fatale Konsequenz dieses Mechanismus ist die Auflösung der Privatsphäre bei den sozial Schwächsten. Doch Anstand und Privatsphäre sind Werte in einer zivilisierten Gesellschaft, die auch und gerade den sozial und wirtschaftlich Schwachen in der Gesellschaft zugestanden werden sollte. Die gesellschaftliche Legitimation der Kontrolle wirkt fatal: Beispiele scheinbaren Leistungsmissbrauchs, etwa das sorgenlose Leben eines Sozialleistungsempfängers mit Namen Rolf in Florida, werden zur Begründung eines Pauschalverdachtes herangezogen. Der nächste Schritt ist die Gleichsetzung der Hilfeempfänger mit Kriminellen und deren Kontrolle mit Hilfe von Methoden der Verbrechensbekämpfung. Dieser verblüffenden Logik folgte jüngst gar das Bundesverfassungsgericht, als es in einer einstweiligen Entscheidung zur Kontenabfrage bei Banken keinen rechtlichen Unterschied machte zwischen der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und der Überprüfung der Berechtigung auf Sozialleistungen.

Ursprüngliches Motiv der deutschen Sozialgesetzgebung war das Ziel, sozial begründeten politischen Bewegungen die Grundlage zu entziehen. Es wäre überzogen, die staatliche Überwachung von sozialen Hilfsbedürftigen als eine Maßnahme zur politischen Disziplinierung potenzieller sozialer Bewegungen anzusehen. Hierfür gibt es zu wenige Ansätze sozialer Revolte. Wohl aber bringt unsere globalisierte Gesellschaft neue Risiken mit sich, die diffus genug sind, auch die Erbringung von Sozialleistungen in ein umfassendes Überwachungs- und Kontrollsystem mit einzubeziehen. Die größten Gefahren für unsere Gesellschaft sind heute technisch bedingt, z.B. durch die Verletzlichkeit der Informationstechnologie oder wegen des Einsatzes der Bio- und der Atomtechnologie. Diese Risiken mögen von Terroristen genutzt werden. Risiken gehen sicher auch aus von einer ungenügenden Sicherheit und Überwachung der technischen Systeme. Wenig Sicherheitsgewinn verspricht die personalen Kontrolle der in den Systemen handelnden Personen: Etwas anderes scheint uns die Sicherheitsüberprüfung von Programmierern der Software zur Bearbeitung vom Arbeitslosengeld II zu lehren, wie sie jüngst über die Veröffentlichung des Evaluierungsberichtes des Terrorismusbekämpfungsgesetzes des Bundesinnenministeriums bekannt wurde. Die Programmierer der Software A2LL wurden auf ihre Kontakte zu Extremisten und Mafia und auf ihre Korruptionsanfälligkeit durch Polizei und Geheimdienste überprüft. Wirksamer wäre wohl eine Überprüfung ihrer informationstechnischen Kompetenz gewesen. Die Gefahren für das IT-Verfahren der Bundesagentur für Arbeit liegen nicht in polizeilich feststellbaren Charakterschwächen der Programmierer, sondern wohl eher in der unprofessionellen Planung des Verfahrens.

Der Umstand, dass die Software A2LL der Bundesagentur voller Sicherheitslücken ist, beruht nicht auf der persönlichen Unzuverlässigkeit der IT-Verantwortlichen, sondern auf der überstürzten Implementierung. Tatsächlich sind die Lücken gewaltig: So haben prinzipiell alle Sachbearbeiter Zugriff auf die Daten sämtlicher Leistungsempfänger in Deutschland. Eine Zugriffsprotokollierung zum Zweck der Feststellung des Datenmissbrauchs erfolgt bisher nicht. Ein solches System dürfte in anderen Verwaltungsbereichen, z.B. bei der Polizei oder in der Steuerverwaltung nie in Betrieb gehen. Doch hier scheint es ja nur um die Daten von Arbeitslosen zu gehen, deren Schutz keiner besonderen

Maßnahmen bedarf. Als schutzbedürftig werden nicht die Hilfebedürftigen angesehen, sondern allenfalls das reine Funktionieren des Gesamtsystems.

Die Politik reagiert oft hilflos auf die Herausforderungen sozialer Probleme. Zu deren Bewältigung meint man, angesichts der globalen Konkurrenz, kein Geld mehr aufwenden zu können. Löcher werden gestopft, nicht Ursachen bekämpft; das Löcherstopfen geschieht mit Hilfe von Überwachung, mit Datensammelei und Totalkontrollen bis hinein in die Intimsphäre der Menschen. Datenschutz, als Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung mit Verfassungsrang ausgestattet, wird zur disponiblen Masse. Die Wettbewerber im globalen Markt kennen ja zumeist auch keinen Datenschutz und kein Sozialgeheimnis.

Möglich wäre eine andere Reaktion: Statt über den Abbau sozialer Rechte und über die verstärkte Kontrolle der sozial Bedürftigen vor Ort einen Ausgleich im globalen Wettbewerb auf einem niedrigen Niveau anzustreben, wäre es eine sinnvollere Strategie, die sozialen Errungenschaften in Deutschland und Europa in die Welt zu exportieren. Zu diesen Errungenschaften gehört nicht nur die Wahrung eines materiellen Mindeststandards, sondern auch von kulturellen Standards gesellschaftlicher Solidarität. Hierzu gehört auch der Datenschutz. Der Export des Sozialgeheimnisses in den globalen Markt harrt noch der politischen Initiative. Sozialdatenschutz als sozialer Standard im weltweiten Wettbewerb mag von den Eliten manch totalitärer Gesellschaft als Marktverzerrung angesehen werden. Wir können sicher sein, dass die dortige Bevölkerung eine solche Einmischung in fremde Angelegenheiten freundlich begrüßen würde.

30.04.2005

"Die WTO stoppen!": General Council of the People in Genf
Mobilisierung der Geneva Peoples Alliance
gegen den Generalrat der WTO vom 27.-29. Juli in Genf

Liebe FreundInnen

Die Geneva Peoples Alliance ist eine Koalition von internationalen und Schweizer NGOs, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die sich gemeinsam gegen die laufende Verhandlungsrunde der WTO einsetzen. attac schweiz ist nicht nur Mitglied der Koordinationsgruppe der Allianz, sondern spielt auch eine wichtige Rolle in der Vorbereitung der Mobilisierung, die vom 27.-29. Juli in Genf geplant ist.

Diese Mobilisierung hat zum Ziel, den öffentlichen Druck auf den Generalrat der WTO Ende Juli zu erhöhen. Die Geneva Peoples Alliance setzt sich dafür ein, dass kein Verhandlungsergebnis erzielt werden kann, welches die Entwicklungsländer im Hinblick auf die sechste Ministerkonferenz der WTO im Dezember in Hong Kong schwächt. Ein enormer Druck wird zurzeit auf die Entwicklungsländer ausgeübt, damit sie massgebliche Konzessionen in den zentralen Dossiers Landwirtschaft, Dienstleistungen und Marktzugang für industrielle Güter machen.

Der Generalrat findet mitten im Genfer Sommer statt. Diese Mobilisierung soll daher einen festlichen Charakter haben. Nebst Diskussionen und Konferenzen sind eine Reihe von kulturellen und politischen Aktivitäten unter freiem Himmel geplant, Konzerte, Informationsstände und Aktionen. Das Programm wird zurzeit laufend aktualisiert und kann unter www.omc-wto.org (auf englisch, französisch und spanisch) aufgerufen werden.

Für mehr Informationen oder die aktive Teilnahme am General Council of the People schickt eine Mail an die Adresse info@omc-wto.org.

Mit solidarischen Grüssen, Das Sekretariat von attac schweiz
www.suisse.attac.org / www.schweiz.attac.org suisse@attac.org / schweiz@attac.org

Programm in Genf: Vormittags öffentliche Debatten, nachmittags Workshops, abends Kulturprogramm

Vormittagsprogramm:

: **Landwirtschaft - 27 Juli**

Mit :Saliou Sarr,, ROPPA Solveig Horve, CPE Luiz Vicente Facco, CONTAG/Brazil, Antonio Onorati, Crocevia,Aftab Alam, Action Aid

NAMA- 28 Juli

Mit Tanja, COSATU,Daniel Mittler, Greenpeace , ,Martin Khor, TWN , Aimee Gonzalez, WWF

Dienstleistungen - 29 Juli

Tony Clarke, Polaris, Canada Mit Carlos Aquilar, Encuentro Popular/ Costa Rica ;Ryu Mikjung, KOPA/South Korea ;Susan George, Attac France ;Genevieve Genciancos, PSI and Migra Tom Lines
http://www.omc-wto.org/index.php?option=com_content&task=category&sectionid=2&id=7&Itemid=18&lang=ge

Sand im Getriebe Nr 46 (Ende August): Schwerpunkt WTO .

Mit Beiträgen aus dem Genfer Programm und eine Übersetzung vom Focus on the Global South „Das Ende einer Illusion“ (WTO Reform, Global Civil Society and the Road to Hong Kong)

-

Jacques Nikonoff
Attac und die politischen Parteien

Liebe Freunde und Genossen,
(...) Einige von Ihnen haben die Tageszeitung „Le Monde“ vom 2. Juli vielleicht gelesen. Dort kann man eine Erklärung von Julien Dray lesen, laut welcher „Attac ein bewaffneter Arm gegen die Sozialistische Partei geworden sei, sie sei über ihre Grenzen getreten, indem sie in einem Streit zwischen den linken Parteien Partei ergriff, und indem sie zu einer Art Schutzschild wurde, hinter dem die Linksextremen und die KPF Schutz suchten, die verstanden haben, dass man die Drecksarbeit auf sie abwälzen könne“. In den Augen von Julien Dray „hat sich attac in eine neue radikale, linksextreme Partei verwandelt“ .Harlem Désir fügt hinzu: „Früher konnte man der sozialistischen Partei, den Grünen oder der LCR (französische revolutionäre kommunistische Liga) angehören, und sich trotzdem bei Attac wohlfühlen. Jetzt ist es als Sozialist sehr schwierig.“
(...) Ich möchte Julien Dray und Harlem Désir kurz antworten. Ich möchte Sie zuerst beruhigen: **Attac ist keine politische Partei geworden**. Unser Einsatz bei der Kampagne zum Referendum, der von allen und sogar von unseren Gegnern anerkannt wird, ist das Ergebnis einer bei unserem Verein alt gewohnte Vorgehensweise. Wir haben den aktuellen europäischen Aufbau immer als das Trojanische Pferd des Liberalismus betrachtet. Und wir haben nur unsere Arbeit als eine auf Aktionen ausgerichtete Volksbildung getan, indem wir uns diesen Auseinandersetzungen ganz und gar gewidmet haben. Umso mehr als die Mitglieder von Attac uns bei einer internen Befragung zu 85% grünes Licht erteilt hatten.
Sie können mir also Glauben schenken: die aktiven Mitglieder von Attac sind sehr stolz darauf, die „Drecksarbeit“ - so die Worte von Julien Dray- erledigt zu haben!
Wir können und wollen keine politische Partei werden.
Und dies aus drei Gründen:

Erstens: für eine neue Partei gibt es keinen Raum.
Es gibt schon viele politische Parteien und Bewegungen: drei trotskistische Parteien; die PCF (die französische kommunistische Partei) und ihre verschiedenen Schattierungen; die PS (die französische sozialistische Partei) mit ihren Tendenzen; die Grünen; die MRC (die französische republikanische Bürgerbewebung); viele unterschiedliche kleine Parteien. Und die rechten Parteien erwähne ich nicht mal. Wo sollen wir uns hinstellen? Klar, mit nur ein paar Leuten bei einem netten Glas Wein nach einer Arbeitssitzung ist es immer möglich eine Partei zu gründen. Es ist sogar möglich, jeden Tag eine neue zu gründen. Aber was bringt es, wenn man damit nur 0,1% oder 0,5% erreicht?
Zweitens: die Globalisierungskritik ist keine herkömmliche Meinungsrichtung.
Sie wissen es besser als alle anderen: die Parteien beruhen immer auf Meinungsrichtungen. Sie bringen Bürger zusammen, die eine gemeinsame Vorstellung von der Gesellschaft und deren Zukunft teilen; sie haben eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Bezugspunkte; sie haben eine gewisse ideologische und politische Einheitlichkeit. Erfüllt die globalisierungskritische Bewegung diese Kriterien? Ganz und gar nicht, sie ist zu heterogen und quer zu vielen Strömungen. Wir nennen diese Heterogenität Vielfalt. Nicht um unsere Unstimmigkeiten zu vertuschen, sondern weil wir wirklich der Meinung sind, dass sie uns bereichert. Sie wäre ein Hindernis, wenn wir an die Macht wollten; in der Opposition ist sie ein Vorteil. Nehmen wir einige Beispiele: es gibt welche, die Wachstum wollen und welche, die Negativwachstum preisen; welche, die für Vollbeschäftigung kämpfen, und welche, die sich für ein allgemeines Grundeinkommen einsetzen ; welche, die für Atomkraft sind, und welche, die dagegen sind; welche, die an die Macht wollen, und welche, die sich lieber als Gegenmacht sehen; welche, die ein föderalistisches Europa wünschen, und welche, die nach einem Europa der Nationen streben; welche, die nur auf Netzwerke schwören, und welche, die an die Organisation glauben.
Wie könnte man denn unter diesen Umständen ein Regierungsprogramm erarbeiten und dann auch tatsächlich regieren, was schließlich doch die Rolle einer politischen Partei ist?
Darüber hinaus ist die globalisierungskritische Bewegung quer verlaufend. Sie kann mit den traditionnellen politischen Richtungen nicht verglichen werden, da sie alle anderen Richtungen, oder zumindest viele von ihnen, einschließt. Man kann Trotskist und globalisierungskritisch sein; Kommunist und globalisierungskritisch; Sozialist und globalisierungskritisch; Umweltschützer und globalisierungskritisch; Dritte-Welt-Aktivist und globalisierungskritisch, Gewerkschaftler und globalisierungskritisch. Nur wenige Bürger behaupten von sich selbst, sie wären nur globalisierungskritisch.
Drittens: die Mitglieder von Attac haben diese Möglichkeit schon zurückgewiesen. Auf der Hauptversammlung 2004 habe ich nach dem Zwischenfall mit den 100% Globalisierungskritischen Listen selber eine Resolution vorgeschlagen, um die Versuchung einer Parteigründung eindeutig zurückzuweisen. Sie erlangte 85% der Stimmen. 11% enthielten sich oder gaben ungültige Wahlzettel ab, 4% waren dagegen. Es ist also eine beschlossene Sache: die Mitglieder von Attac wollen aus ihrem Verein keine Partei machen.
Bleiben wir einen Augenblick bei der Sache mit den 100% Globalisierungskritischen Listen, die uns immer wieder von sogenannten Freunden vorserviert wird.
Ungefähr zehn Mitglieder von Attac haben zusammen mit anderen anlässlich der Europawahl dieses Abenteuer gewagt. Sie glaubten, sie könnten Listen zur Wahl anmelden. Sie haben es natürlich nicht geschafft. Aber diese Initiative wurde von der Presse groß aufgenommen; sie versuchte, die Führung von Attac zu destabilisieren, indem sie sie beschuldigte, die Initiative unter der Hand unterstützt zu haben. Seitdem gibt es bei manchen und sogar in unseren eigenen Reihen ein echter Glaube im religiösen Sinn daran, dass wir die Verwandlung von Attac in eine politische Partei vorbereiten würden.

Hoffentlich hab ich jetzt klar gestellt, wie unrealistisch eine solche Perspektive wäre. Aber dies gehört zu den seit dem 29. Mai immer häufigeren Destabilisierungsversuchen, denn unser Verein stört anscheinend sehr viele Leute stört.
Trotzdem bleibt die Frage der politischen „Folgen“ oder „Umsetzung“ unserer Aktivitäten offen. Wir sehen es selber ein: Das, was wir tun, weist Mängel auf und hat seine Grenzen. Deshalb lassen sich manche vom Abenteuer der Parteigründung verlocken.
Wir waren immer der Meinung, und bleiben auch dabei: Eine Neufundierung der politischen Parteien ist unumgänglich. Ich glaube übrigens, dass die Referendumskampagne dazu beigetragen hat, und dass sie die Fata Morgana der möglichen Gründung einer globalisierungskritischen Partei nur noch ein bisschen ferner rücken lassen hat. Zu allen unseren Mitgliedern und Freunden, die eine politische Weiterführung unserer Volksbildungsaktivitäten wünschen, sagen wir: werdet Mitglieder einer politischen Parteien! Welche eignen sich am besten, dafür geben wir keinen Rat, das muss jeder selber entscheiden! (...)

Zu den Diskussionen um das neue Linksbündnis in Deutschland dokumentieren wir zwei Aufrufe.
Debatten um die Sozialpolitik sind insb. in den Nr. 34, 36,38 und 43, um Europa in den Nr. 38, 40, 43 und 44 zu finden.

Friedenspolitisches Manifest

Auf die Inhalte kommt es an! Für ein klares friedenspolitisches Profil des neuen Linksbündnisses

Markenzeichen der verfehlten rot-grünen "Friedenspolitik" in den letzten Jahren waren der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien (1999), der Krieg in Afghanistan mit dem Einsatz der Elitetruppe Kommando Spezialkräfte (KSK) (seit 2001), die deutsche Unterstützung der Invasion gegen den Irak (seit 2003) sowie die immer häufigeren anderen Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland. Auch Liberale und Konservative setzten und setzen auf eine Politik der weltweiten militärischen Intervention. Friedenspolitik sieht völlig anders aus.

Wir wollen eine echte Friedenspolitik. So fordern wir für den Bereich der Außen- und Militärpolitik mindestens folgendes:
1. Angriffskriege müssen geächtet werden, Deutschland und die Bundeswehr dürfen sich daran nicht mehr beteiligen,
2. Die bisherigen Kriege mit deutscher Beteiligung und Unterstützung müssen ernsthaft diskutiert und aufgearbeitet werden
3. Keine Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland
4. Rücknahme der Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 und 1992
5. Sofortige Auflösung des Kommando Spezialkräfte (KSK) als ersten Schritt einer qualitativen Abrüstung. Auflösung der so genannten "Einsatzkräfte" der Bundeswehr mit dem Ziel der strukturellen Angriffsunfähigkeit
6. Gegen die Militarisierung der EU, d.h. u.a. * keine European Rapid Reaction Corps und keine EU-Battle Groups * Rücknahme der "Europäischen Sicherheitsstrategie" und des European Defense Paper,
7. Gegen diesen EU-Verfassungsvertrag und auch keine Umsetzung (auch insbesondere der militärischen Teilbereiche) dieses Vertrags durch die Hintertür
8. Beendigung der gefährlichen NATO-Militärpolitik wie sie z.B. in der NATO-Strategie von 1999 festgelegt wurde
9. Keine deutsche Beteiligung an UN-mandatierten Kampfeinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta
10. die UN-Charta mit dem Verbot der Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen muss geachtet werden, jede UN-Reform, mit der Präventivkriege mandatiert durch den Sicherheitsrat ermöglicht werden, muss abgelehnt werden;
11. Deutschland muss - auch aufgrund seiner Geschichte - ein Kriegsdienstverweigerer in der internationalen Politik werden
12. Statt auf Aufrüstung und Rüstungsmodernisierung muss auf Konversion und Abrüstung gesetzt werden
13. Grundsätzliches Recht auf Kriegsdienstverweigerung
14. Verbot von Landminen und Anti-Panzer-Minen
15. Abschaffung von allen Atomwaffen (auch derer von verbündeten Staaten, wie der EU-Staaten Großbritannien und Frankreich und der USA) und Ablehnung jeglicher Versuche über Plutoniumswirtschaft an deutsche Atomwaffen zu kommen
16. Rüstungsexporte von Klein- und Großwaffen müssen als friedens- und sicherheitsgefährdend geächtet werden und es muss eine Institutionen für effektive Rüstungsexportverbotskontrolle geschaffen werden;
17. Die erhebliche Reduzierung und Konversion des Militärhaushaltes muss unverzüglich in Angriff genommen werden.
18. Die für die Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee wesentlichen Rüstungsbeschaffungsprojekte müssen als erstes gestoppt werden.

Wir drängen darauf, dass zumindest diese Forderungen auch vom neuen Linksbündnis vertreten werden.
Mit diesen friedenspolitischen Punkten sollte das neue Linksbündnis in die Bundestagswahlen 2005 gehen.
Unterschriften: S. http://friedensmanifest.twoday.net/

Rassistischer Stimmungsmache entgegentreten!

Offener Brief an PDS und WASG

Wir, die unterzeichnenden Gruppen, Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, waren auf die eine oder andere Weise an nahezu allen linken Bewegungen, Mobilisierungen, Kampagnen und Protesten der vergangenen Jahre beteiligt.
Bei diesen Aktivitäten haben wir uns oft mit der Basis und den AktivistInnen der PDS oder der WASG bewegt, vielleicht genauso oft waren nur wir da. Wir sind diejenigen, die in vielen Orten und Städten eine Politik von unten im Alltag erfahrbar machen und Projekte sowie Strukturen aufrechterhalten.
Parteien und soziale Bewegungen fußen auf verschiedenen Herangehensweisen, sie sind und bleiben zwei unterschiedliche Realitäten. Diese gilt es wahrzunehmen. Nichtsdestotrotz begrüßen wir den Zusammenschluß von PDS und WASG zur Linkspartei. Wir hoffen, daß dieser Schritt dazu beiträgt, linke Positionen insgesamt zu stärken und damit auch die Rahmenbedingungen unserer Arbeit zu verbessern.
Auch die deutliche Positionierung von PDS und WASG für die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze begrüßen wir. Die Forderung nach der Einführung eines angemessenen Grundeinkommens sehen wir als die richtige Antwort auf die momentane neoliberale Politik an.
Die Thematisierung der sozialen Frage darf allerdings auf keinen Fall auf dem Rücken anderer ausgetragen werden. Rassistische, diskriminierende und nationalistische Untertöne haben in linken Parteien keinen Platz.
Wir fordern Euch daher auf, im Wahlkampf und im politischen Alltag deutlich und wahrnehmbar die folgenden Punkte zu propagieren:
– die Ablehnung der aktuellen Ausbürgerungen von über hunderttausend Menschen, die einen Doppelpass besitzen.
– die Ablehnung und Abschaffung von Residenzpflicht
– die Auflösung aller Abschiebelager
– die Ablehnung von Abschiebungen
– die Forderung nach einer freien Gesundheitsversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen – also auch für Illegalisierte
– das Recht auf Legalisierung des Aufenthalts für alle illegal hier lebenden Menschen
Wir fordern Euch auf, rassistischer und nationalistischer Stimmungsmache entschieden entgegenzutreten!

Den Brief von Fels (Für eine linke Strömung) und der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) unterzeichneten linke außerparlamentarische Gruppen, Initiativen und Organisationen, Basisgruppen der Gewerkschaften, Zeitungsredaktionen, Antifagruppen
Abgedruckt in der Junge Welt vom 2.7.
Einige Internet-Adressen http://www.hier.geblieben.net/ http://www.proasyl.de/ http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/links.php#Raete